

Akademie-Verlag Berlin 1980

Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie. Hrsg. v. Manfred Buhr, Nr. 99

## Einleitung

An der Wende von den 60er zu den 70er Jahren zeichnete sich im Verhältnis der beiden deutschen Staaten eine neue Situation ab. Sie war durch zweierlei gekennzeichnet.

Erstens wurde in den ausgehenden 60er Jahren offenkundig, daß ein Vierteljahrhundert eigenständiger, gegensätzlicher Entwicklungsprozesse in DDR und BRD nicht nur zwei deutsche Staaten hervorgebracht hat, sondern auch tiefgreifende Wirkungen auf den nationalen Status ausübte und zur Herausbildung zweier ihrer sozialen Entwicklungsstufe nach unterschiedlicher Nationen führte. Die SED trug den sich deutlich abzeichnenden Tendenzen in der nationalen Frage Rechnung und gelangte nach gründlicher Analyse der neuen Bedingungen zu der Erkenntnis, daß sich im Gefolge der sozialistischen Revolution und mit der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft auf den ihr wesenseigenen Grundlagen in der DDR die sozialistische deutsche Nation entwickelt, während in der BRD auf den gesellschaftlichen Grundlagen des Kapitalismus die alte kapitalistische oder bürgerliche Nation fortbesteht. In diesem Sinne stellte der VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 fest: „Was die nationale Frage betrifft, so hat hierüber bereits die Geschichte entschieden.“<sup>1</sup> Die SED brachte mit ihren Aussagen den Grundsatz zur Geltung, daß Nationen nicht ewige und unwandelbare Erscheinungen sind, sondern den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen unterliegen und daher mit grundlegenden ökonomischen, sozialen und politischen Umwälzungen selbst eine neue Qualität annehmen.<sup>2</sup>

Zweitens schickten sich die regierenden Kreise in der BRD unter dem Druck des zugunsten des Sozialismus veränderten Kräfteverhältnisses an, die seit eineinhalb Jahrzehnten historisch überholte Hallstein-Doktrin der sogenannten staatlichen Alleinvertretung endlich über Bord zu werfen und die Existenz des sozialistischen deutschen Staates, der DDR, anzuerkennen. Die Akzeptierung dieser geschichtlichen Realität verbanden sie jedoch mit der gleichzeitigen [8] Beschwörung einer angeblich fortbestehenden Einheit der deutschen Nation.<sup>3</sup> Wenn schon zugestanden werden mußte, daß auf deutschem Boden zwei selbständige, voneinander unabhängige, souveräne Staaten mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung entstanden waren, dann sollte der alte imperialistische „Rechtsanspruch“ gegenüber dem sozialistischen deutschen Staat, der dessen Beseitigung und die Ausdehnung des imperialistischen Machtbereiches bis an die Oder und Neiße zum Inhalt hat, wenigstens auf „nationaler“ Ebene aufrechterhalten werden. Dieselben Kräfte, die, einen Verlust ihrer Machtpositionen fürchtend, über Jahrzehnte hinweg durch Verhinderung jeder demokratischen Erneuerung in den Westzonen und in der BRD die Einheit der deutschen Nation systematisch zerstört hatten, spielten sich nun scheinheilig als Wahrer und Verteidiger einer „nationalen Einheit aller Deutschen“ auf. In den Mittelpunkt der BRD-Propaganda rückte die Doktrin von der „einheitlichen deutschen Nation“, nach der DDR und BRD als „zwei Staaten einer Nation“, wie die offizielle Formel der BRD-Regierung lautete<sup>4</sup>, in Sonderbeziehungen zueinander stünden und mit der die „deutsche Frage“ ungeachtet

<sup>1</sup> Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, Bd. 1, S. 55, Bd. 2, S. 293 f.

<sup>2</sup> Erich Honecker, Zügig voran bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED, in: E. Honecker, Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1975, S. 239 ff. Vgl. Hermann Axen, Zur Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, Berlin 1973; Kurt Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, in: Kurt Hager, Zur Theorie und Politik des Sozialismus, Berlin 1972, S. 198 ff.; Alfred Kosing/Walter Schmidt, Zur Herausbildung der sozialistischen Nation in der DDR, in: Einheit, 2/1974, S. 179 f.; Alfred Kosing, Nation und Geschichte. Studie zur historisch-materialistischen Theorie der Nation, Berlin 1976.

<sup>3</sup> Geschichte der SED. Abriß, Berlin 1978, S. 535 ff. Grundriß der deutschen Geschichte. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1979, S. 769 ff.

<sup>4</sup> Willy Brandt, Im Bewußtsein der Verantwortung für die Zukunft unseres Landes, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, (im folgenden: Bulletin), Nr. 132, 29.10.1969, S. 1122; ders., Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation an den Bundestag vom 14.10.1970, in: Bulletin, Nr. 5, 14.1.1970, S. 33; ders., Im Interesse der Menschen, des Friedens und der Zukunft der Nation, in: Bulletin, Nr. 70, 22.5.1970, S. 671.

des erfolgten Einschwenkens auf den sich in Europa durchsetzenden Entspannungsprozeß „offengehalten“ werden sollte.<sup>5</sup>

In dieser Situation wurde die Stellung zur Nationsfrage zu einem Kernproblem der ideologischen Klassenauseinandersetzungen zwischen Imperialismus und Sozialismus. Ins Zentrum rückte die Frage nach den Konsequenzen gegensätzlicher gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen in DDR und BRD für den nationalen Status beider Staaten. Neue Dimensionen gewann auf diesem Hintergrund die Diskussion um das Verhältnis von Nation und Geschichte. Die bürgerliche Ideologie in der BRD glaubte, durch eine stärkere Berufung auf die deutsche Geschichte, die für DDR und BRD gemeinsam war, wichtige Argumente für die regierungsoffizielle Doktrin von der Einheit der deutschen Nation gewinnen und dem von der SED nüchtern konstatierten neuen geschichtlichen Tatbestand zweier, ihrem sozialen Wesen nach gegensätzlicher deutscher Nationen wirkungsvoll begegnen zu können.<sup>6</sup>

Es zeichneten sich verstärkte Bemühungen ab, dem historischen Erbe aus der zurückliegenden deutschen Geschichte den Vorrang gegenüber dem realen Geschichtsprozeß der jüngsten Vergangenheit nach dem zweiten Weltkrieg zu geben.

Überblickt man die in den 70er Jahren geführten Diskussionen in der BRD über die Beziehungen von Nation und Geschichte, dann lassen sich im ganzen drei große Problemkomplexe festhalten: *Erstens* [9] Bemühungen um eine Neueinordnung und Neubewertung des Deutschen Reiches von 1871 bis 1945 in der Entwicklung der deutschen Nation; *Zweitens* die wachsende Beschäftigung mit dem sogenannten „vornationalstaatlichen Zeitalter“ deutscher Geschichte, das heißt mit dem Jahrtausend deutscher Geschichte zwischen der Herausbildung des deutschen Volkes als ethnischer Einheit im 10. Jahrhundert und der Bildung eines bürgerlichen deutschen Nationalstaates 1871; und *drittens* die Auseinandersetzungen um die Konsequenzen selbständiger und gesellschaftlich gegensätzlicher Entwicklungsprozesse in DDR und BRD auf den nationalen Status.

[11]

---

<sup>5</sup> Hans-Gerhard Müller, Der revanchistische und entspannungsfeindliche Charakter der These vom „Offenhalten der deutschen Frage“, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule „Dr. Theodor Neubauer“, Erfurt/Mühlhausen, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 2/1978, S. 141 ff.

<sup>6</sup> Walter Schmidt, Nationalismus im Klassenkampf unserer Zeit, in: Einheit, 2/1975, S. 196 ff.

## Höhepunkt oder Episode deutscher Geschichte? Die Kontroversen um Deutsches Reich und Nation

Wenn man in Rechnung stellt, welchen zentralen Stellenwert die bürgerliche deutsche Historiographie und die Bourgeoisideologie generell der Reichsgründung von 1871 und dem Deutschen Reich für Entwicklung und Bestand der deutschen Nation beimaßen,<sup>7</sup> verwundert es nicht, daß eben dieses Reich ins Fadenkreuz kontroverser Diskussionen geraten mußte, als sich die offizielle BRD-Politik zu der Einsicht durchrang, daß auf deutschem Boden zwei selbständige Staaten bestehen. Denn die Reichsgründung galt im bürgerlichen Geschichtsdenken bislang als die Konstituierung, die eigentliche Vollendung der deutschen Nation. Das Reich als Nationalstaat, als endlich konstituierte „Staatsnation“ wurde für die bürgerliche Ideologie zum wichtigsten Bezugspunkt für die Existenz der deutschen Nation, ja Staat und Nation erschienen in ihrer Sicht beinahe als identisch. Die bürgerliche Geschichtsschreibung war daher in allen Krisenzeiten des 1871 errichteten bürgerlichen Herrschaftssystems zwar genötigt gewesen, an dem Kernstück ihres, im wesentlichen von der preußischen Geschichtsschreibung des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts geschaffenen Geschichtsbildes wenigstens zu rühren. Aber weder die geringfügigen Fragestellungen von 1918 noch die schon etwas ernsteren Nuancierungen der Jahre unmittelbar nach der katastrophalen Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg hatten die Grundsubstanz, den zentralen Stellenwert des Reichs für die Nation, betroffen.<sup>8</sup> Auch die Zerstörung des Deutschen Reichs veranlaßte die deutsche bürgerliche Historiographie zunächst noch keineswegs, die Frage nach dessen Platz und Rolle in der Geschichte der deutschen Nation und für ihren zukünftigen Weg kritisch aufzuwerfen. Die Reichsgründung blieb Höhepunkt deutscher Geschichte und wurde gegen erste Kritik aus den eigenen Reihen, die einem mitteleuropäischen Föderationssystem den Vorzug vor der Entwicklung zum zentralisierten Nationalstaat gab, bedingungslos verteidigt.<sup>9</sup> Das Reich gewann als historische Legitimierung [12] für die Alleinvertretungsanmaßung der BRD in den 50er und 60er Jahren sogar noch an Bedeutung. Die Berufung auf das, Deutsche Reich wurde zu einem zentralen Argument im Kampf gegen die sozialistische DDR.

Die am Ende der 60er Jahre erfolgende politische Umorientierung auf die Anerkennung der im Ergebnis und Gefolge des zweiten Weltkrieges entstandenen geschichtlichen Realitäten ließ sich jedoch kaum mehr mit einigen kosmetischen Schönheitsreparaturen an der bislang dem Reich zugewiesenen historischen Funktion bewerkstelligen. Der Widerspruch zwischen den Tatsachen, der Existenz zweier selbständiger deutscher Staaten, die die herrschenden Kreise in der BRD unter dem Druck des zugunsten des Sozialismus veränderten Kräfteverhältnisses nun anzuerkennen gezwungen war, und dem alten bürgerlichen Geschichtskonzept war zu eklatant, um noch alles beim alten belassen zu können. Die bürgerliche Historiographie kam nicht mehr umhin, der Sache mit dem Reich und seiner Rolle in der deutschen und europäischen Geschichte etwas mehr auf den Grund zu gehen. Wesentlich befördert wurde die nun anhebende Diskussion um das Deutsche Reich durch das Centenarium seiner Gründung im Jahre 1971.<sup>10</sup>

Eine allgemeine Anerkennung der verhängnisvollen Wirkungen, die vom Deutschen Reich auf die Entwicklung der Nation und auf die europäische Geschichte ausgegangen waren, erfolgte freilich nicht. Konservative Kräfte, politisch vor allem von den in den Wahlen von 1969 geschlagenen

---

<sup>7</sup> Vgl. Hans Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin 1975, S. 197 ff.; ders., Sybel und Treitschke, Antidemokratismus und Militarismus im historisch-politischen Denken großbourgeoiser Geschichtsideologen, Berlin 1965; ders., Zur Auswirkung der Reichsgründung auf historisch-politische und methodologische Konzeptionen der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung bis 1914, in: Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen. Bd. 2, hrsg. von Horst Bartel und Ernst Engelberg, Berlin 1971, S. 517 ff.

<sup>8</sup> Werner Berthold, „... großhungen und gehorchen“. Zur Entstehung und politischen Funktion der Geschichtsideologie des westdeutschen Imperialismus, untersucht am Beispiel von Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke, Berlin 1960, S. 37 ff.; Gerhard Lozek, Friedrich Meinecke, in: Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft, hrsg. von Joachim Streisand, Bd. 2, Berlin 1965, S. 322 ff.

<sup>9</sup> Gustav Seeber/Heinz Wolter, Reichsgründung und Bismarck-Staat, in: Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, Berlin 1977, S. 281 f.

<sup>10</sup> Vgl. Gustav Seeber/Heinz Wolter, Neue Tendenzen im bürgerlichen Geschichtsbild der BRD über die Reichsgründung von 1871, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZFG), 9/1972.

Unionsparteien getragen, beharrten nach wie vor auf dem Reich von 1871 als entscheidendem historischem Bezugspunkt imperialistischer BRD-Politik gegenüber der DDR. Die regierungsoffizielle neue Formel von den „zwei Staaten einer Nation“ sah und sieht sich bis heute wütenden Attacken von dieser Seite ausgesetzt.<sup>11</sup> Aus Furcht davor, bei einer grundsätzlichen Kritik und historischen Infragestellung des reaktionären Staatsgebildes und bei gleichzeitiger Anerkennung seines Unterganges sogenannte „Rechtspositionen“ aufzugeben, banden sie das „Schicksal“ der weiterhin postulierten deutschen Nation weiter an den bürgerlich-imperialistischen deutschen Nationalstaat, bekannten sich zur Aufrechterhaltung des Prinzips der deutschen „Staatsnation“. Richard von Weizsäcker, damaliger Hauptsprecher von CDU und CSU in den Debatten des Bundestages zu Nationsproblemen, erklärte Anfang der 70er Jahre geradezu programmatisch: „1871 brachte uns eine Nation mit allem Licht und allem Schatten. Ich sage nicht, es war die beste, sondern ich sage, es war die einzige Form des deutschen National-[13]staates. Sie ist es, die unser Bewußtsein geprägt hat, und keine andere. Dieses Bewußtsein ist es, an das angeknüpft werden muß, von dem, welcher sagt, seine Politik wolle die staatliche Einheit wahren ... Mit diesem Bewußtsein müssen wir pfleglich umgehen, sonst gefährden wir das Ziel, die Einheit der Nation zu wahren.“<sup>12</sup> In der Sicht der konservativen Kräfte war der Bestand einer einheitlichen Nation immer und unmittelbar mit dem historischen Phänomen eines einheitlichen Nationalstaates verbunden. Ihm schrieben sie eine, wenn nicht gerade nationsbildende, so doch prägende Funktion zu. Eine Aufgabe der Einheit von deutscher Nation und Deutschem Reich betrachteten sie faktisch als Preisgabe der Nation überhaupt.<sup>13</sup> In erster Linie aber ist die strikte Weigerung, die Nation vom Reich zu lösen, natürlich politisch motiviert. Die konservativen Kräfte fürchteten, dadurch ein zentrales Argument für ihre nach wie vor verfolgte imperialistische Politik der sogenannten staatlichen Wiedervereinigung zu verlieren.

Trotz aller Beteuerung, am Deutschen Reich als historisch-politischem Orientierungspunkt festhalten zu wollen, geriet mit der offiziellen Anerkennung der Zwei-Staaten-Konzeption durch die BRD-Regierung das an der „Staatsnation“ preußisch-deutscher Prägung praktizierte Nationsverständnis erstmals in eine tiefe Krise. Da auch die konservativen Kräfte sich der Realität nicht entziehen und die Anerkennung des sozialistischen deutschen Staates nicht mehr wie bisher schlankweg ignorieren konnten, traten sie die Flucht in die „juristische Fiktion“ eines angeblich fortbestehenden Deutschen Reiches an. Sollte es weiter eine einheitliche Nation geben, mußte auch das Deutsche Reich als existent ausgegeben werden. Vorreiter in dieser Richtung formaljuristisch-fiktiver Interpretation des Reichsgedankens war die CSU. Zwar hatte Strauß bereits in den 60er Jahren die Nationalstaatlichkeit für historisch überholt erklärt.<sup>14</sup> Das hinderte die CSU aber in den 70er Jahren keineswegs zu verkünden: „Die deutsche Staatlichkeit ist die des Deutschen Reiches. Entgegen einer in ihrer Zielrichtung durchsichtigen Propaganda hat dieses Reich den Zusammenbruch von 1945 überdauert, es besteht heute noch ... Auch die staatliche Neuorganisation konnte den Untergang des Reiches nicht bewirken, weil sich ... die Bundesrepublik Deutschland von Anfang an als den das Deutsche Reich fortsetzenden, also mit diesem identischen Staat verstand.“<sup>15</sup>

Indes handelt es sich bei dieser illusionären Sicht der Dinge nicht bloß um eine parteipolitische Doktrin. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Grundlagenvertrag zwischen DDR und [14]

---

<sup>11</sup> Vgl. Marcell Hepp, Vor 100 Jahren. Deutsch-Französischer Krieg, in: Bayernkurier, 24.1.1970; Franz Josef Strauß, Einheit in Freiheit, in: Politik und Kultur, 3/1979, S. 26 ff.; Helmut Kohl, Das Wiedervereinigungsgebot als Bestandteil deutscher Politik, in: Ebenda, S. 16 ff.; Jens Hacker, Neue Chancen für nationale Frage, in: Politische Meinung, Nr. 177, 1978, S. 48 ff.

<sup>12</sup> Bulletin, Nr. 28, 26.2.1972, S. 493.

<sup>13</sup> Vgl. Richard von Weizsäcker in: Ebenda, Nr. 27, S. 374: „Mit allen Fehlern, mit allen Irrtümern des Zeitgeistes und doch mit dem gemeinsamen Willen und Bewußtsein hat diesen unseren Nationsbegriff das Jahr 1871 geprägt. Von daher – und nur von daher – wissen wir heute, daß wir uns als Deutsche fühlen. Das ist bisher durch nichts ersetzt worden.“ Dagegen Horst Ehmke, Man dürfe nicht „die Frage dieser Nation mit dem Jahre 1871 ... verbinden“, in: Ebenda, S. 404. Siehe auch: Johannes Groß, Warum soll gefeiert werden? Die Deutschen müssen sich zu ihrer Geschichte bekennen, in: Chris und Welt, 8.8.1970.

<sup>14</sup> Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966; ders., Herausforderung und Antwort, Stuttgart 1968, S. 135; ders., Deutschland Deine Zukunft, Stuttgart 1975, S. 76.

<sup>15</sup> Das deutschlandpolitische Grundsatzpapier der CSU, in: Die Welt, 25./26.2.1978.

BRD vom 31. Juli 1973<sup>16</sup> wurde diese politisch gefährliche Fiktion für die BRD faktisch zum Rechtsgrundsatz erklärt. Nach dieser Version sei das Deutsche Reich 1945 zwar militärisch geschlagen worden, aber nicht untergegangen, sondern bestehe heute noch fort. Mit der Gründung der BRD sei angeblich kein neuer Staat geschaffen, sondern nur ein Teil Deutschlands staatlich organisiert worden, der für ganz Deutschland Verantwortung zu tragen habe. Aus dieser Konstruktion wird dann ein weiterexistierendes einheitliches deutsches Staatsvolk und eine einzige deutsche Staatsbürgerschaft abgeleitet. politisch handelt es sich bei dieser sogenannten Rechtsposition, die selbstverständlich völkerrechtlich keinerlei Wert besitzt und außerhalb der BRD weder gültig ist noch anerkannt wird, um ein Relikt der alten Alleinvertretungsanmaßung des imperialistischen Staates gegenüber dem sozialistischen deutschen Staat. Daß dies mit der politischen Wirklichkeit nichts zu tun hat<sup>17</sup>, haben selbst der CDU nahestehende Historiker bestätigen müssen. „Staats- und völkerrechtlich erscheint demnach das Deutsche Reich im Umfang der Grenzen von 1937 als Staat noch existent, wenn auch zur Zeit handlungsunfähig, während es in der historisch-politischen Wirklichkeit, die vor aller Augen steht, mit dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches untergegangen ist“, erklärte Karl Dietrich Erdmann 1977 auf dem CDU-Parteitag und fügte, mit seltener Offenheit den politischen Pragmatismus einer absolut realitätsfremden fiktiven Konstruktion gutheißend, hinzu: „Wir alle kennen die guten Gründe, die ins Feld geführt werden, um die juristische Fiktion von der Fortexistenz der staatlichen Einheit Deutschlands aufrechtzuerhalten. ... Insofern hat die Rechtsfigur vom Fortbestand des Deutschen Reichs ihren guten Grund. Nur: Zur Erfassung der nationalen Wirklichkeit, in der wir leben, trägt sie nichts bei“, ja könne sogar ein Hindernis zur Verteidigung der offiziellen BRD-These von der einheitlichen deutschen Nation werden.<sup>18</sup> Und Michael Hereth, Professor für Politikwissenschaft an der Hamburger Hochschule der Bundeswehr, dem, um eines klaren Feindbildes für den Bundeswehrosoldaten willen, das „Gerede von der Einheit“ gänzlich suspekt ist und der die Bundesrepublik auf keinen Fall als ein zeitweiliges Provisorium, sondern vielmehr als einen verteidigungswürdigen Staat charakterisiert wissen will, hat noch deutlicher die „juristischen Formeln vom Fortbestehen des Staates über 1945 hinaus, von der Rechtsnachfolge und der Kontinuität des Staates“ schlicht und einfach „Ausweichmanöver von Politikern, Verfassungsjuristen und Publizisten vor der Tatsache“ genannt, daß die BRD „eine Neugründung war und ist“.<sup>19</sup>

[15] Diesem politischen Konzept entspricht eine Linie konservativer Geschichtspropaganda, die das Deutsche Reich bei geringfügiger partieller Kritik, namentlich seiner faschistischen Entwicklungsphase, als Ganzes nach wie vor als entscheidenden nationalen Faktor erscheinen läßt. Die für den inneren Bedarf der Ideologiebildung höchst wichtigen Geschichtslehrbücher der Schulen folgen dieser Linie.<sup>20</sup> Der Beschluß der Kultusminister der BRD-Bundesländer zur Behandlung der sogenannten deutschen Frage im Unterricht vom November 1978 gab erneut die Orientierung der gesamten Schulbildung auf das von der CDU/CSU vertretene und vom Bundesverfassungsgericht für rechtens erklärte Prinzip der Staatsnation deutlich zu erkennen.<sup>21</sup>

Gegenüber der alten konservativen, letztlich immer noch borussisch geprägten Hochschätzung des Deutschen Reiches als wichtigstem nationsintegrativem Faktor gewann nun aber – zum erstenmal in

---

<sup>16</sup> Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Ergebnis der verfassungsrechtlichen Prüfung des Gesetzes zum Grundvertrag, 31.7.1973, in: Das Parlament, Nr. 35, 1.9.1973, S. 7 ff.

<sup>17</sup> Siehe Sebastian Haffner, Deutsches Reich – ein Phantom, in: Vorwärts, 15.11.1973.

<sup>18</sup> Karl Dietrich Erdmann, Die Nation im geteilten Deutschland, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (im folgenden: GWU), 12/1977, S. 742.

<sup>19</sup> Michael Hereth, Das Gerede von der Einheit. Verfassungsgebot und politische Realität. Was ist unser Vaterland, in: Die Zeit, 8.6.1979.

<sup>20</sup> Geschichte und Ideologie. Kritische Analyse bundesdeutscher Geschichtsbücher, hrsg. von Reinhard Kühn!, Hamburg 1973; Rudolf Hub, Grundlagen, Funktion, Inhalt und Entwicklung der Schulgeschichtsschreibung in der BRD, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule „Dr. Theodor Neubauer“, Erfurt/Mühlhausen, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 2/1978, S. 9 ff.; hier auch eine Reihe weiterer Beiträge zu diesem Thema.

<sup>21</sup> „Die deutsche Frage im Unterricht“. Beschluß der Kultusminister und -senatoren der BRD-Länder, in: Frankfurter Rundschau, 1.12.1978; dazu: Alfred Kosing/Walter Schmidt, Geburt und Gedeihen der sozialistischen deutschen Nation, in: Einheit, 9/10/1979, S. 1069 ff.; Gerhard Lozek, Illusionen und Tatsachen. Anachronistische BRD-Geschichtsschreibung über die DDR, Berlin 1980.

der Geschichte der bürgerlichen Historiographie und Geschichtsideologie – eine kritisch-distanzierte Haltung zum zentralistischen deutschen Nationalstaat größeres Gewicht und erlangte zunehmend stärkeren, ja maßgebenden Einfluß. In den historisierenden Diskussionen seit den ausgehenden 60er Jahren wurden massive Bestrebungen erkennbar, die deutsche Nationsentwicklung weitgehend vom 1871 gegründeten Deutschen Reich abzukoppeln. Flexiblere Kräfte, die politisch vor allem dem Konzept der 1969 in Regierungspositionen gelangten Koalition von SPD und FDP folgten, auf historiographischem Felde aber durchaus auch realistischere Anhänger der CDU-Politik einschlossen, suchten der durch den Zwang zur Anerkennung zweier deutscher Staaten entstehenden Situation dadurch gerecht zu werden, daß sie die nationsbildende und -erhaltende Rolle des einheitlichen Nationalstaates entschieden abwerteten und geradezu in Frage stellten. Sie trennten Nation und Staat strikt, erklärten das Deutsche Reich zu lediglich *einer* Form nationaler Existenz der Deutschen, die in der ganzen deutschen Geschichte überdies nur episodischen Charakter trage. Theodor Schieder, der der Politik der SPD/ FDP-Koalition keineswegs freundlich gesonnen war, bemerkte bereits 1971 in einem dem 100. Jahrestag der Reichsgründung gewidmeten Aufsatz abschließend, daß „die Geschichte der Deutschen ... nur ein knappes dreiviertel Jahrhundert zwischen 1871 und 1945 im Zeichen einer geschlossenen nationalstaatlichen Ordnung“ stand, diesem Zeitraum aber viele Jahrhunderte anderer politischer Gestaltungen gegenüberstünden, in denen die deutsche Nation existiert habe, ohne ihren Zusammenhalt zu verlieren.<sup>22</sup> Und der Politologe [16] Peter Graf von Kielmansegg erklärte des Reich zu einer Episode ohne Bestand, weswegen man, solle die Kontinuität der deutschen Geschichte nicht aufgegeben werden, über die Zäsur von 1871 zurückgreifen müsse.<sup>23</sup>

Entsprechend der neuen politischen Formel von den „zwei Staaten einer Nation“, die konzeptionell der staatlichen Anerkennung der DDR zugrunde gelegt wurde, trat als historischer Fixpunkt gegenwärtiger und künftiger imperialistischer Politik an die Stelle des Nationalstaates die Nation selbst. Ein nicht an den Einheitsstaat gebundener Nationsbegriff erschien nun als letztes historisch tragfähiges Refugium, um ein besonderes Verhältnis zur DDR begründen zu können. Unter diesen Bedingungen gewann – wie Felix Messerschmid 1971 formulierte – „die Aufgabe hohe Bedeutung, die Gleichung von Nation und Nationalstaat<sup>24</sup> und nichtstaatliche Kriterien als gültige Maßstäbe für einen neuzufassenden Nationsbegriff zu erschließen. Mit rücksichtsloser Offenheit kritisierte 1972 der Nationalismustheoretiker Eugen Lemberg die verengte undifferenzierte Vorstellung vom Staat als Hauptintegrationsfaktor der Nation und verlangte, „die Existenz der Nation nicht so ausschließlich, wie sich das die Deutschen seit der Gründung ihres Nationalstaates angewöhnt haben, von eben einem solchen Nationalstaat abhängig zu machen“, sondern vielmehr den „Sinn für die außer-staatlichen Quellen und Bindkräfte der Nation wiederzuentwickeln“.<sup>25</sup> Als konzeptioneller Zufluchtsort bot sich hierfür die in der deutschen Bourgeoisideologie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, namentlich durch Friedrich Meinecke entwickelte Auffassung von der von der „Staatsnation“ unterschiedenen „Kulturnation“.<sup>26</sup> In der buntschillernden Bedeutungsvielfalt einer von den konkreten ökonomischen, sozialen und politisch-staatlichen Verhältnissen weitgehend gelösten sprachlich-ethnisch-kulturellen Gemeinschaft fand die bürgerliche Politik und Ideologie theoretisch den Rahmen für einen neu zu fassenden Nationsbegriff abgesteckt. Die Schwammigkeit des Kulturnationsbegriffs kam dem politischen Pragmatismus sehr entgegen. Sie schien bessere Möglichkeiten zu bieten, über die Realitätsferne und den

<sup>22</sup> Theodor Schieder, Nation und Nationalstaat in der deutschen Geschichte. Zum Gründungstag der Reichsgründung, in: Das Parlament, 1971, Beilage 12, S. 15; ders., Das Deutsche Reich und seine nationalen und universalen Beziehungen 1871 bis 1945, in: Reichsgründung 1870/71, Stuttgart 1970.

<sup>23</sup> Peter Graf von Kielmansegg, Nur eine Episode, in: Die Zeit, 15.1.1971. Angekündigt hatte sich die kritische Distanzierung von dem ans Deutsche Reich gebundenen bürgerlichen Nationsbegriff bereits Mitte der 60er Jahre in den Arbeiten verschiedener Historiker, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem 100. Jahrestag des preußisch-österreichischen Krieges von 1866; so auch bei Karl Otmar Freiherr von Aretin, Über die Notwendigkeit kritischer Distanzierung vom Nationsbegriff in Deutschland nach 1945, in: Nation und Nationalismus, hrsg. von Hans Bolewski, Stuttgart 1967, S. 26 ff.

<sup>24</sup> Felix Messerschmid, Deutsche Nation – historisch und politisch, in: GWU, 5/1972, S. 291.

<sup>25</sup> Eugen Lemberg, Überlebenschancen der Nation im internationalen und historischen Vergleich, in: Deutsche Studien, 37/1972, S. 54.

<sup>26</sup> Friedrich Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates, Berlin 1922.

reaktionären Inhalt der imperialistischen Politik einer sogenannten nationalen Wiedervereinigung hinwegtäuschen zu können.

Aus dieser Sicht verlor das Deutsche Reich seinen bisherigen Stellenwert als Vollendung und Höhepunkt deutscher Nationsentwicklung. Als Staat erschien es jetzt nur als eine neben vielen anderen möglichen staatlichen Existenzformen der Nation. „Die Formen der [17] Staatlichkeit, in denen sich Nationen organisieren, konnten und können verschieden sein“, bemerkte Messerschmid. „Der Nationalstaat ist nur eine von möglichen politischen Ordnungsformen; die deutsche Geschichte hat ihn nie voll besessen.“<sup>27</sup> Der 75jährigen Nationalstaatsperiode wird in der Gesamtgeschichte der deutschen Nation demzufolge auch nicht mehr ein zentraler Platz zugestanden; ihre Bedeutung ist vielmehr auf den Beitrag zur Entwicklung des *politischen* Selbstverständnisses dieser Nation reduziert worden. Gleichwohl wird diesem politischen Selbstverständnis und den Erfahrungen dieser Periode ein gewichtiger nachwirkender Einfluß auf die Physiognomie der von der Bourgeoisiedologie noch als eine Einheit ausgegebenen „nachnationalstaatlichen“ deutschen Nation zugesprochen. Insofern ist das Deutsche Reich als Nationalstaat immer noch Drehpunkt im bürgerlichen Verständnis der deutschen Nationsgeschichte. Die bisher gemachten Äußerungen zu deren Periodisierung unterscheiden nämlich drei am Begriff des Nationalstaates orientierte große Entwicklungsabschnitte;<sup>28</sup> erstens das „vornationalstaatliche“ Zeitalter, dessen Gewicht, wie noch zu zeigen sein wird, merklich angehoben ist; zweitens die „nationalstaatliche“ Periode des Dreivierteljahrhunderts zwischen 1871 und 1945 und drittens die gegenwärtige, wie Theodor Schieder erstmals formulierte, „nachnationalstaatliche Nation“, deren einer Wesenszug eben darin besteht, daß in sie auch die Erfahrungen mit einem zentralisierten Einheitsstaat eingegangen sind. Schieder hat vor allem versucht, als ein zusätzliches Argument für die angeblich fortbestehende Einheit einer „nachnationalstaatlichen Nation“ aus der Nationalstaatsperiode eine für BRD und DDR gemeinsame „historisch-politische Tradition“ abzuleiten.

Als Modell und entscheidender historischer Fixpunkt für ein auf die Nation bezogenes geschichtliches Selbstverständnis flexibler imperialistischer Klassenpolitik war das Deutsche Reich fragwürdig geworden und wurde nun erstmals offiziell zur Kritik freigegeben. Ein Tabu wurde durchbrochen. An der Wende von den 60er zu den 70er Jahren setzte auf relativ breiter Front eine kritische Sichtung des Dreivierteljahrhunderts deutscher Reichsgeschichte ein. Allgemeine Anerkennung fanden jetzt jene von linksliberalen deutschen Historikern in der Vergangenheit geäußerten kritischen Meinungen über den Bismarckstaat,<sup>29</sup> die Karl Jaspers bereits 1960 aufgegriffen und in der strikten Weigerung artikuliert hatte,<sup>30</sup> ihm eine Sinnnotwendigkeit in der deutschen Geschichte zuzuerkennen. Sie wurden Ansatzpunkte für [18] Forschungen und Darstellungen. Vor allem die von Vertretern der jüngeren Historikergeneration getragene, sozialgeschichtlich-strukturanalytisch orientierte Richtung in der BRD-Historiographie machte sich daran, die historischen Ursachen für die negative Rolle des Deutschen Reiches aufzuhellen.<sup>31</sup> Sie arbeiteten vor allem die Kluft zwischen der sich rasch entfaltenden „industriellen Massengesellschaft“ und den beibehaltenen, ja sich sogar weiter verkrustenden konservativen sozialen und politischen Strukturen des 1871 geschaffenen Staatsgebildes heraus.

Die kritische Distanzierung vom Deutschen Reich, zu der sich die bürgerliche Ideologie in den 70er Jahren mehr und mehr durchrang, ruht historisch-politisch vor allem auf drei Säulen.

Eine *erste* Argumentationslinie knüpft an die kurze Zeitspanne der Existenz und Wirksamkeit eines zentralisierten Nationalstaates in der rund ein Jahrtausend langen deutschen Geschichte an. Die davon

---

<sup>27</sup> Felix Messerschmid, *Deutsche Nation – historisch und politisch*, a. a. O., S. 291.

<sup>28</sup> Vgl. dazu vor allem: Theodor Schieder, *Honeckers Spiel mit der Geschichte. Die DDR will keine deutsche Zukunft haben*, in: *Deutsche Zeitung*, 4.10.1974; ders., *Nation und Nationalstaat in der deutschen Geschichte*, a. a. O., S. 4 ff.; Willy Brandt, *Bericht zur Lage der Nation*, 24.2.1972, in: *Bulletin*, Nr. 26, 25.2.1972, S. 310; Werner Conze, *Die deutsche Nation – Ergebnis der Geschichte*, Göttingen 1963; Barthold Witte, *Die deutsche Nation nach dem Grundvertrag*, in: *Europa-Archiv*, 7/1973, S. 230.

<sup>29</sup> Vgl. Hans Schleier, *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik*, a. a. O., S. 199 ff.

<sup>30</sup> Karl Jaspers, *Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik*, München 1960, S. 42.

<sup>31</sup> Gustav Seeber/Heinz Wolter, *Reichsgründung und Bismarck-Staat*, a. a. O., S. 287 ff.; vgl. auch: Dieter Langewiesche, *Das deutsche Kaiserreich – Bemerkungen zur Diskussion über Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 19, 1979, S. 628 ff.

abgeleitete generelle Abwertung des Reichs als nationsintegrierender und -prägender Faktor hat jedoch weitreichende Konsequenzen für das bürgerliche Geschichtsbild zur deutschen Geschichte nach sich gezogen. Die zur Zeit in Gang gekommenen Selbstverständigungsdiskussionen in der BRD-Historiographie und historisierenden Publizistik heben nicht bloß den episodischen Charakter des Deutschen Reiches hervor, sondern stellen ihn prinzipiell als Norm und Wertungsmaßstab der ganzen deutschen Geschichte in Frage. Das zeigt ein bewußtes Abrücken von der alten preußisch-deutschen Geschichtsbetrachtung an. Nicht mehr, wie in der Vergangenheit, nur vereinzelt Außenseiter des bürgerlichen Geschichtswissenschaftsbetriebs stoßen bis zu diesem Punkt vor, sondern führende BRD-Historiker verschiedener politischer, methodologischer und weltanschaulicher Schattierung sind sich in dieser bislang tabuierten Frage im letzten Jahrzehnt im wesentlichen einig geworden.<sup>32</sup> Nicht neu gewonnene Erkenntnisse aus der Forschung und daraus abgeleitete wissenschaftliche Überlegungen sind hier ausschlaggebend, sondern rein pragmatisch-politische Erwägungen führten die bürgerliche Historiographie zur jetzigen historischen Infragestellung des Deutschen Reiches.

Die 1960 noch mit Schweigen übergangene Feststellung Karl Jaspers', die historische Vorstellung, wonach die deutsche Geschichte sich zwangsläufig auf den „Bismarckstaat Kleindeutschlands“ hinentwickelt habe, sei eine „politische Fiktion“<sup>33</sup>, wird gegenwärtig zum Allgemeingut bürgerlichen Geschichtsdenkens in der [19] BRD. Es ist kein Einzelfall mehr und trägt zugleich programmatischen Charakter, wenn K. D. Erdmann erklärt: „Der Nationalstaat ist also nicht die Norm der deutschen Geschichte“<sup>34</sup> oder wenn „ein geeinter Staat“ nicht nur nicht als „Normalität“, sondern geradezu als „Ausnahmefall der deutschen Geschichte“ bezeichnet wird.<sup>35</sup> Es hat ein Umdenken begonnen; man sucht nach neuen, außerhalb des Nationalstaates liegenden Kriterien für eine Neubewertung der auf die Nation fixierten deutschen Geschichte. Der Prospekt einer „Neuen Deutschen Geschichte“, deren Herausgeber vor allem aus der sozialgeschichtlichen Richtung kommen, zeigt an, daß erstmals in einer auf Breitenwirkung abzielenden Gesamtdarstellung von der bisherigen, „vom modernen nationalstaatlichen Denken her an Grenzverlauf und zentraler Gewalt orientierten Sehweise“ Abstand genommen werden soll. Man will „das Problem der deutschen Einheit, das die Konzeption des Gesamtwerks stets ... begleiten wird, von einer neuen historischen Perspektive her deuten“.<sup>36</sup>

Eine *zweite* Kritikebene bilden die von der marxistischen Geschichtswissenschaft seit eh und je herausgestellten extrem reaktionären Züge des Deutschen Reiches. Hatte die bürgerliche Geschichtsideologie den reaktionären Charakter des Reiches bisher gar nicht oder kaum zur Kenntnis genommen, so bringt sie dieser Seite gegenwärtig ein erstaunlich großes Interesse entgegen.<sup>37</sup> Eine Reihe grundlegender marxistischer Einschätzungen über den historischen Platz der Reichsgründung und über die Klassengrundlagen und das reaktionäre Wesen des Deutschen Reiches werden aufgegriffen und, zum Teil zu eigenen Neubewertungen hochstilisiert, ins bürgerliche Geschichtsbild zu integrieren versucht. In Anknüpfung an bereits seit längerem erkennbare Bestrebungen in der USA-Historiographie<sup>38</sup> wird dabei jedoch versucht, die reaktionären Züge vornehmlich an die Junkerklasse zu binden, die Bourgeoisie hingegen davon zu entlasten. Auch konzentriert sich die Kritik am Reich

<sup>32</sup> Karl Dietrich Erdmann, Die Nation im geteilten Deutschland, in: GWU, 12/1977, S. 739 f.; ders., Sinnfragen der deutschen Geschichte, in: Evangelische Kommentare, 9/1978, S. 528; Felix Messerschmid, Deutsche Nation – historisch und politisch, a. a. O., S. 291; Dieter Schmidt-Sinns, Mittlere Geschichte im Lernfeld Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41, 9.10.1976, S. 23 ff.; Hans Mommsen, Auf der Suche nach der Nation. Zur Geschichte des deutschen Nationalbewußtseins, in: Evangelische Kommentare, 10/1979, S. 567; Theodor Schieder, Nation und Nationalstaat in der deutschen Geschichte, a. a. O., ders., Was ist des Deutschen Vaterland? in: Die Welt, 11.11.1972

<sup>33</sup> Karl Jaspers, Freiheit und Wiedervereinigung, S. 42.

<sup>34</sup> Karl Dietrich Erdmann, Die Nation im geteilten Deutschland, in: GWU, 12/1977, S. 739; vgl. auch ders., Sinnfragen der deutschen Geschichte, a. a. O.

<sup>35</sup> Dieter Schmidt-Sinns, Mittlere Geschichte im Lernfeld Politik, S. 28.

<sup>36</sup> Ankündigung Neue Deutsche Geschichte in zehn Bänden, hrsg. von Peter Moraw, Volker Press und Wolfgang Schieder, Verlag C. H. Beck München.

<sup>37</sup> Vgl. Gustav Seeber/Heinz Wolter, Reichsgründung und Bismarck-Staat, S. 287 ff.; dies., Neue Tendenzen im bürgerlichen Geschichtsbild der BRD über die Reichsgründung von 1871, a. a. O.

<sup>38</sup> Vgl. Alfred Loesdau, Globalstrategie und Geschichtsideologie. Zur Analyse der bürgerlichen Historiographie der USA in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, Berlin 1974, S. 104 ff.

vornehmlich auf das Kaiserreich und die faschistische Zeit, während die Weimarer Republik davon weitestgehend ausgenommen bleibt. Weitgehende Verbreitung fand die bereits in den 60er Jahren entwickelte, von marxistischen Überlegungen ausgehende These, daß mit der Reichsgründung die nationale Idee von rechtskonservativen Kräften okkupiert und für ihre egoistischen Ziele mißbraucht wurde.<sup>39</sup> Auch die von Wilhelm Liebknecht gleichsam prognostisch begründete Auffassung, daß das Reich von den gleichen Kräften zerstört wurde, [20] die es 1871 aus der Taufe gehoben haben, hat Anerkennung gefunden. In Frage gestellt wird zunehmend auch die Einheit des Reiches selbst und gegen einen „konservativen Einheitswahn“ erstmals massiv die innere Widersprüchlichkeit und Zerrissenheit des bürgerlichen deutschen Nationalstaates herausgearbeitet.<sup>40</sup> Diese Kritik am Deutschen Reich ist von gleichzeitigen Bemühungen begleitet, die als „Reichsfeinde“ diffamierten oppositionellen Kräfte aufzuwerten und eine demokratisch legitimierte Traditionslinie über die 75jährige Geschichte des Reiches aufzubauen, der neben der reformistisch umgedeuteten deutschen Sozialdemokratie des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts das im „Kulturkampf“ verfolgte Zentrum und liberale Bismarckgegner zugerechnet werden.<sup>41</sup> Diese Kräfte werden zu den Trägern der Weimarer Republik erklärt und die BRD als Fortsetzung dieser Bestrebungen ausgegeben.

*Drittens* schließlich wird die bourgeoise Abkehr vom Deutschen Reich auch durch die Vorstellung gestützt, daß der souveräne Nationalstaat generell überholt sei und die Geschichte übernationalen Zusammenschlüssen zustrebe, in die sich die nationalen Einheiten einzufügen hätten.<sup>42</sup> Im gesamten politischen Spektrum der herrschenden Kreise der BRD finden sich im Kern gleichgelagerte Stimmen gegen den alten „klassischen“ Nationalstaat als einem Phänomen des 19. Jahrhunderts, das den Anforderungen der modernen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technikentwicklung nicht mehr gerecht werden könne. Diese Argumentation korrespondiert direkt mit den Bemühungen um eine historische Legitimierung der „Europäischen Gemeinschaft“.

Der marxistischen Geschichtswissenschaft ist selbstverständlich jede willkürliche, pragmatisch-aktualitätsbezogene, von den historisch-gesetzmäßigen Prozessen dieser Epoche mehr oder weniger abstrahierende Umwertung der mit der Gründung des Deutschen Reiches von 1871 erfolgten bürgerlichen Nationalstaatsbildung fremd. Ihre von Marx und Engels bereits zum Zeitpunkt der Bildung des Bismarckstaates abgegebenen und von Lenin und der marxistischen Historiographie weiter ausgebauten, wissenschaftlichen Urteile zum historischen Platz der Reichsgründung und zur Stellung des Deutschen Reichs in der deutschen Geschichte haben vor den geschichtlichen Erfahrungen eines Jahrhunderts bestanden und bedürfen keinerlei Korrektur.<sup>43</sup>

---

<sup>39</sup> So bereits 1966 bei Werner Conze/Dieter Groh, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Stuttgart 1966, S. 114 ff.; Werner Conze, Die deutsche Nation – Ergebnis der Geschichte, a. a. O., S. 75 ff.; Gustav Heinemann, Lehren für eine gescheiterte Nation, in: Stuttgarter Zeitung, 18.1.1971; Karl Dietrich Erdmann, Die Nation im geteilten Deutschland, S. 740 f.; Horst Ehmke, Was ist des Deutschen Vaterland, in: Die Welt, 18., 20., 21.5.1979; Carlo Schmid, Staat und Nation der Deutschen, in: Die neue Gesellschaft, 5/1972, S. 329 ff.

<sup>40</sup> Helmut Schmidt, Rede auf dem 32. Deutschen Historikertag in Hamburg, in: Politik und Kultur, 6/1978, S. 66 ff.; Christian Graf von Krockow, Nation als Problem. Die Deutschen vor ihrer Geschichte, in: Politik und Kultur, 4/1974, S. 24 ff.

<sup>41</sup> Willy Brandt, Perspektiven der Neuen Mitte, in: Bulletin, Nr. 14, 5.2.1974, S. 125; Gustav Heinemann, Lehren für eine gescheiterte Nation, a. a. O.; Horst Ehmke, Was ist des Deutschen Vaterland, a. a. O.; Karl Dietrich Erdmann, Die Nation im geteilten Deutschland, S. 740 f.; Helmut Schmidt, Rede auf dem 32. Deutschen Historikertag in Hamburg, S. 69 f.

<sup>42</sup> Willy Brandt, Neue Impulse für ein geeintes Europa, in: Bulletin, Nr. 62, 14.5.1969, S. 527 ff.: „Der Nationalstaat klassischer Prägung ist die Lebensform von gestern“; Egon Bahr, Ein Beitrag zur Diskussion über die Nation, in: Nationalbewußtsein heute, Köln 1974, S. 66 ff.; Helmut Schmidt, Ansprache auf dem Deutschen Katholikentag am 16.9.1978 in Freiburg, in: Bulletin, Nr. 101, 20.9.1978, S. 933; Johann Baptist Gradl, Anmerkungen zum Thema Nation, in: Nationalbewußtsein heute, Köln 1974, S. 54 f.; Franz Josef Strauß, Deutschland Deine Zukunft, S. 75; Hans Mommsen, Nationalismus und internationale Integrationsprozesse in der Gegenwart, in: Das Parlament, B 9, 1.3.1980, S. 9710; Karl Dietrich Erdmann, Sinnfragen der deutschen Geschichte, S. 528: „Sinnkonsequenz aus unserer Hinwendung zur politischen Einheit Europas“ ist „die Preisgabe des Gedankens, daß staatliche Einheit die Norm, der Normalzustand, der Maßstab für nationale Existenz unseres Volkes“ sei.

<sup>43</sup> Vgl. Grundriß der deutschen Geschichte, a. a. O. S. 270 ff.; Ernst Engelberg, Deutschland von 1871 bis 1897, Berlin 1965, S. 11 ff.; Horst Bartel, Die Reichseinigung 1871 in Deutschland – ihre Geschichte und ihre Folgen (Thesen), in: ZFG, 9/1968; ders., Die Reichseinigung 1871 in Deutschland – ihre Geschichte und ihre Folgen, in: Ebenda, 1 u. 2/1969;

Die marxistische Geschichtsbetrachtung hat von Anfang an sowohl die relative Fortschrittlichkeit als auch die starke Begrenzt-[21]heit der mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 erfolgten Konstituierung des bürgerlichen deutschen Nationalstaates betont. Sie stellte dieses Ereignis in die gesetzmäßigen Zusammenhänge von bürgerlicher Umwälzung und damit verbundener kapitalistischer Nationsbildung auf deutschem Boden, brachte dabei aber zugleich auch alle Konsequenzen für den spezifischen Charakter dieses Nationalstaates und für seine Rolle bei der weiteren Entwicklung der bürgerlichen deutschen Nation zur Geltung, die sich aus der Art und Weise ergaben, in der die bürgerliche Umgestaltung vollzogen wurde, aus der Tatsache nämlich, daß sie nicht auf revolutionär-demokratischem, sondern hauptsächlich auf reformerischem Wege vollzogen und durch eine „Revolution von oben“ beendet wurde.

In marxistischer Sicht machte weder die Nationsbildung noch deren politische Konstituierung in einem Nationalstaat den Hauptinhalt der deutschen Geschichte seit dem ausgehenden Mittelalter aus. Nicht das Nationale, sondern die gesellschaftlichen Prozesse des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus stehen im Zentrum des marxistischen Geschichtsbildes. Nationsbildung und Nationalstaatskonstituierung waren in diese Entwicklung eingebettet und besaßen als Derivate der ökonomischen, sozialen und politischen Umwälzungsprozesse beim Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft durchaus relatives Eigengewicht. Im Gefolge der Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse und der sozialpolitischen Kämpfe gegen den Feudalismus vollzog sich gesetzmäßig die Integration der Bevölkerung zu einer bürgerlichen Nation, erfolgte schließlich deren politische Konstituierung als bürgerlicher Nationalstaat, wodurch die Nationsbildung auf kapitalistischer Grundlage erst vollendet wurde.

In diesem Sinne bleibt die Reichsgründung von 1871 in der Entwicklung der deutschen Nation eine wesentliche Zäsur. Mit ihr kam, zwar sehr spät, die Formierung einer bürgerlichen deutschen Nation erst zum Abschluß. Die Entscheidung über deren inhaltliche, sozialpolitische Ausprägung und territoriale Ausdehnung in den deutschsprachigen Gebieten fiel erst in der Epoche bürgerlicher Umgestaltungen auf deutschem Boden zwischen 1789 und 1871, in der bürgerliche Reformen, demokratische Revolution „von unten“ und „Revolution von oben“ miteinander im Wettstreit lagen und einander ablösten. Da im ganzen aber der reformerische Weg die Oberhand behielt, wurden der demokratischen Ausprägung der bürgerlichen Nation relativ enge Gren-[22]zen gesetzt. Die marxistische Geschichtswissenschaft wertet die Reichsgründung insofern positiv, als damit die bürgerliche Umgestaltung abgeschlossen wurde, die bürgerliche deutsche Nation sich politisch konstituierte und dadurch zugleich eine Reihe günstiger Bedingungen für die weitere geschichtliche Entwicklung entstanden. Die nationalstaatliche Einheit schuf freie Entfaltungsmöglichkeiten für die bürgerliche Gesellschaft. Die Volksmassen und namentlich die Arbeiterklasse gewannen mit der Beseitigung der feudalstaatlichen Zersplitterung einen nationalen Kampfboden.

Die marxistische Wertung der Reichsgründung schloß jedoch von Anfang an zugleich die Charakterisierung der negativen Folgen des Weges der „Revolution von oben“ auf die Nationalstaatsbildung, die Klarstellung des reaktionären Wesens des Deutschen Reiches ein, der die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung mit wenigen Ausnahmen bislang ausgewichen war: Aufrechterhaltung der politischen Macht der Junkerklasse, reaktionäres Klassenkompromiß von Junkertum und Bourgeoisie, Vorherrschaft des Militarismus, Verpreußung Deutschlands, wesentliche Einschränkung der bürgerlichen Demokratie, Mißbrauch der nationalen Idee durch die Reaktion, Entstehung eines internationalen Gefahrenherdes. Sie verwies mit allem Nachdruck auf diese mit der Reichsgründung verbundenen historischen Realitäten, die dem erreichten bürgerlichen Fortschritt enge Grenzen setzten, den weiteren Entwicklungsweg der deutschen Nation größten Belastungen aussetzten und den Grundstein für die negative Rolle des Deutschen Reiches in der deutschen und europäischen Geschichte legten.

---

Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen, hrsg. von Horst Bartel und Ernst Engelberg, Berlin 1971; Horst Bartel/Walter Schmidt, Friedrich Engels zu einigen Grundproblemen der Geschichte des deutschen Volkes im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. 6, Berlin 1972, S. 147 ff.; Gustav Seeber, Lenin über die deutsche Arbeiterbewegung von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (im folgenden: BzG), 2/1970, S. 191 ff.

Hatte die erzwungene Anerkennung der historischen Ergebnisse der Nachkriegsentwicklung die Diskussion um eine Neueinordnung des Deutschen Reiches im bürgerlichen Geschichtsbild der BRD ausgelöst, so wird die Ausprägung des neuen historisch-politischen Konzepts ebenfalls von aktuellen Bedürfnissen imperialistischer Politik bestimmt. Denn die Frage, ob das Deutsche Reich noch Modell für eine effektive Politik der BRD gegenüber der sozialistischen DDR und als Ziel imperialistischer „Wiedervereinigungs“bestrebungen noch nützlich sei oder nicht, ist in den letzten Jahren noch stärker Gegenstand kontroverser Debatten unter den politischen Hauptkräften des BRD-Imperialismus geworden. Flexible politische Kräfte suchen dem neuen Kräfteverhältnis dadurch Rechnung zu tragen, daß sie die Losung von der sogenannten staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands, die in der BRD selbst und mehr noch bei deren Verbündeten auf blankes [23] Unverständnis stößt, als den heutigen Realitäten nicht mehr entsprechend durch andere imperialistische Zielstellungen ersetzen. In diese Richtung laufen auch die jüngsten BRD-Debatten um den Begriff der sogenannten Wiedervereinigung.<sup>44</sup> Es geht im Grunde darum, den Begriff der „staatlichen Wiedervereinigung“ durch den der „nationalen Einigung der Deutschen“ abzulösen, ohne einen Abstrich vom generellen Ziel zu machen, die sozialistische DDR zu liquidieren. In diesem Sinne wird erklärt, der geschlossene Nationalstaat dürfe nicht letzter Maßstab der Politik sein, und zugleich dafür plädiert, die sogenannte klassische Wiedervereinigung zu einem zentralisierten Nationalstaat, als dessen Vorbild das Deutsche Reich galt, als Forderung aufzugeben. Statt dessen soll die nach wie vor angestrebte „Vereinigung der Deutschen“ unter imperialistischem Vorzeichen in die Losung von einer „nationalen Einigung der Deutschen“ unter weitgehender oder gar gänzlicher Ausklammerung der staatlichen Formen gekleidet werden.

[24]

---

<sup>44</sup> Walter Scheel, Zur 25. Wiederkehr des 17. Juni 1953, in: Bulletin, Nr. 66, 20.6.1978, S. 625 ff.; Helmut Schmidt, Interview für France Soir, in: Tagesspiegel, 16.2.1979; ders., Erklärung der Bundesregierung zum 17. Juni 1953, in: Bulletin, Nr. 64, 21.6.1977; Egon Franke, Deutschland und Europa, in: Ebenda, Nr. 128, 9.11.1978, S. 1195; ders., Grundsatzzfragen der Deutschlandpolitik, in: Ebenda, 21.6.1979, S. 754 ff.; Jürgen Schmude, Eine deutsche Nation – eine deutsche Kultur, in: Bulletin, Nr. 98, 21.8.1979, S. 917 ff.

## **Vorgeschichte und Genesis der bürgerlichen Nation oder vornationalstaatliches Zeitalter“? Die ideologische Mobilisierung der älteren deutschen Geschichte**

Die kritische Abwertung des Deutschen Reiches von 1871 ging mit einer gleichzeitigen Aufwertung des sogenannten „nationalstaatlichen Zeitalters“ der deutschen Geschichte, also den Jahrhunderten vor der Reichsgründung, einher. Gesteigertes Interesse wurde der deutschen Geschichte seit der Herausbildung des deutschen Volkes als ethnischer Einheit, der deutschen Nationalität, und der Entstehung feudaler deutscher Staatlichkeit im 10. Jahrhundert, den Jahrhunderten des Mittelalters entgegengebracht, in denen die alte deutsche „Reichsidee“ ihre besondere Ausprägung erfuhr. Gleichermassen zog die Zeit seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert die Aufmerksamkeit auf sich, als die kapitalistische deutsche Nation sich herausbildete, nach Meinung der Mehrheit der bürgerlichen Historiker jedoch längst formiert war. Die ältere deutsche Geschichte gewann aus verschiedenen Gründen für die bürgerliche Geschichtsideologie größte Bedeutung; und zwar zur Stützung eines Nationsbegriffs, der sich nicht mehr an zentralisierter Nationalstaatlichkeit orientieren konnte und wollte, sondern andere, außerhalb des zentralen Einheitsstaats liegende Kriterien und Maßstäbe mobilisieren mußte.

Das gesteigerte Interesse, das nicht nur Historiker, sondern auch Politiker der BRD nunmehr für die ältere deutsche Geschichte hegten, erklärt sich zunächst aus der im Hinblick auf das Verhältnis von Nation und Staat mit der deutschen Gegenwart scheinbar analogen Situation. Gerade diese Epoche deutscher Geschichte schien geeignet, die Irrelevanz einer Nichtidentität von Staat und Nation zu beweisen. Sie schien die Auffassung zu bestätigen, daß Nation keineswegs von einem einheitlichen Staatsgebilde abhängt, sondern auch bei fehlendem Einheitsstaat, bei staatlicher Zersplitterung und Vielfalt existent und existenzfähig sei. Der politische Kern dieser Argumentationslinie ist unschwer zu erkennen. Wenn geschichtlich bewiesen werden könnte, daß eine Nation über Jahr-[25]hunderte bestehen bleibt, auch wenn sie politisch nicht in einem Staat vereinigt ist, dann wäre es auch für Gegenwart und Zukunft der deutschen Nation letztlich unerheblich, ob ein gemeinsamer deutscher Staat vorhanden ist oder wie in den Jahrhunderten vom Mittelalter bis zur Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 deutsche Mehrstaatlichkeit vorherrscht. Bereits 1972 wurde dieses politische Motiv der Hinwendung zur deutschen Geschichte dieser Epoche recht deutlich mit der Nationen nahezu Ewigkeitswert zudiktierenden Feststellung zu erkennen gegeben: „Die Nationen bleiben, was sie sind, aber die Staaten nicht. ... Hier gibt es in gewissem Sinn Berührungen mit dem vornationalstaatlichen Zeitalter, als es beides gab, Nation und Staat, aber beide noch nicht dasselbe waren.“<sup>45</sup>

Sollte diese Argumentation, daß die deutsche Nation mannigfache staatliche Zersplitterungen und sogar „innerdeutsche“ kriegerische Konflikte über Jahrhunderte hinweg heil überstanden habe<sup>46</sup>, Beweiskraft erhalten, dann mußte allerdings die deutsche Nation als nicht erst im Stadium der Genesis, sondern als bereits vollausgebildete historische Erscheinung ausgegeben, ihre Existenz also bis ins Mittelalter vorverlegt werden. Durch Gleichsetzung der Nation mit der Nationalität, die sich lediglich durch die Gemeinsamkeit ethnischer Eigenschaften auszeichnet und im Feudalzeitalter zugleich als historischer Vorläufer der bürgerlichen Nation in Erscheinung tritt<sup>47</sup>, wird von einer Reihe bürgerlicher Historiker die deutsche Nation bereits von dem Zeitpunkt an als gegeben bezeichnet, an dem das deutsche Volk sich als ethnische Einheit im wesentlichen formiert hatte, wie neuerdings überhaupt eine Tendenz deutlich hervortritt, der sogenannten ethnischen Nation den Vorrang zuzuweisen.<sup>48</sup>

---

<sup>45</sup> Willy Brandt, Bericht zur Lage der Nation, 24.2.1972, in: Bulletin, Nr. 26, 25.2.1972, S. 310; vgl. auch: Theodor von Mutius, Wie man sich besinnen sollte, in: Die politische Meinung, H. 146, Januar/Februar 1973.

<sup>46</sup> Helmut Schmidt, Erklärung der Bundesregierung über die Lage der Nation, 30.1.1975, in: Bulletin, Nr. 16, 31.1.1975, S. 161 ff.: „Die deutsch-deutschen Kriege der vergangenen Jahrhunderte haben die Nation nicht ausgelöscht. Sie hat das überdauert.“ Johann Baptist Gradl, Anmerkungen zum Thema Nation, in: Nationalbewußtsein heute, Köln 1974, S. 52: „Die deutsche Nation zeigt in ihrer Geschichte eine endlose Folge von inneren Kämpfen. Aber die Nation als solche stand dabei kaum in Frage ... Das tiefer angesiedelte Zusammengehörigkeitsgefühl ging darüber jedenfalls nicht verloren. Nicht einmal der Dreißigjährige Krieg hat es zu ertöten vermocht.“

<sup>47</sup> Vgl. dazu: Alfred Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart, Berlin 1975, S. 153 ff.

<sup>48</sup> Melvin Croan, Regime, Gesellschaft und Nation. Die DDR nach dreißig Jahren, in: Deutschland-Archiv, 1979, H. 10, S. 1035 ff. Gegen solche Identifizierung von ethnischem Volks- und Nationsbegriff: Helmut Rumpf, Die Frage nach der deutschen Nation, in: Zeitschrift für Politik, 1971, S. 158; ferner Heinz Siegfried Lamm, Grenzregelung mit Polen, in:

Werner Conze datiert die deutsche Nation seit der Jahrtausendwende.<sup>49</sup> Walter Schlesinger, der eine Klärung der Unterschiede zwischen Volk, Nation und Staat ausdrücklich umgeht, setzt den Beginn deutscher Geschichte ins 10. Jahrhundert, an die Königswahl Heinrichs I. 919.<sup>50</sup> Andere halten die deutsche Nation spätestens seit der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert, also mit Beginn der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, für ausgebildet und bringen dafür neben den gemeinsamen ethnischen Merkmalen von Sprache und Lebensgewohnheiten die sich entwickelnden kulturellen Gemeinsamkeiten in Anschlag.<sup>51</sup>

Es ist auffällig, daß die Frage nach der historischen Genesis der deutschen Nation von der Mehrzahl bürgerlicher Historiker und [26] anderer Gesellschaftswissenschaftler in der BRD entweder überhaupt nicht gestellt wird oder aber, sofern auf geschichtliche Prozesse eingegangen wird, Aussagen über Beginn und Abschluß der Nationsbildung weitgehend vermieden bzw. so unscharf wie nur möglich gehalten werden.<sup>52</sup> Das hängt auch damit zusammen, daß die Nationsentwicklung, von einigen Arbeiten der sozialgeschichtlich orientierten Richtung abgesehen,<sup>53</sup> weitgehend auf die Entwicklung des Nationalbewußtseins verengt wird. Demgegenüber bleiben die realen geschichtlichen Basisprozesse, die Entwicklung der Wirtschaft, der Klassen, des Staates, wodurch die Nation ökonomisch, sozial und politisch konstituiert wird, weitgehend ausgespart. Nationalbewußtsein erscheint aber häufig entweder auf ethnisches Selbstbewußtsein beschränkt oder wird als Verbindung von ethnischem Selbstbewußtsein und bestimmten Erscheinungen einer im Sinne des Kulturnationsbegriffes verstandenen gemeinsamen Kultur begriffen.<sup>54</sup> Weite Verbreitung hat die Auffassung gefunden, daß sich ein solches sprachlich-kulturell determiniertes „vopolitisches“ Nationalbewußtsein erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts politisch ausgeformt hat und im Deutschen Reich seine politisch-staatliche Bindung fand.<sup>55</sup>

Die meisten bürgerlichen Aussagen über die deutsche Nation entsprechen jedoch nicht den historischen Gegebenheiten. Die deutsche Nation war weder im 16. Jahrhundert noch gar im 10. Jahrhundert bereits herausgebildet. Ihr historischer Entstehungsprozeß, wie in anderen Ländern auch Bestandteil und Resultat des revolutionären Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, setzte an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert mit der Ausbildung kapitalistischer Verhältnisse und der frühbürgerlichen deutschen Revolution von 1517 bis 1526 erst ein und zog sich über mehr als drei Jahrhunderte bis ins zweite Drittel des 19. Jahrhunderts. Er verlief nicht nur sehr langsam, sondern – wie noch zu zeigen sein wird – auch außerordentlich konfliktreich und kompliziert.

Auch der Beginn der Nationswerdung kann nicht ins frühe Mittelalter zurückdatiert und mit dem Prozeß der Bildung feudaler Völker gleichgesetzt werden. Es erscheint nicht gerechtfertigt, die Bildung großer relativ stabiler ethnischer Einheiten im Gefolge des revolutionären Übergangs zum Feudalismus schon in die Entwicklungsgeschichte der Nationen einzuordnen und so gleichsam ein erstes, feudales Stadium der Nationsentwicklung anzunehmen. Da die Nation eine auf der Grundlage der kapitali-[27]stischen Produktionsweise sich bildende neue, höhere Struktur- und Entwicklungsform

---

Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates, Bd. 1, München–Wien 1971, S. 92; im Grunde ebenfalls für eine Unterscheidung von Volk und Nation, aber unentschlossen auch: Kurt Sontheimer, Begriff und Problematik der Nation in der Sicht der Bundesrepublik, in: Die Nation – Schwerpunkt Berlin. Versuch einer Deutung, 1972, S. 25 ff.

<sup>49</sup> Werner Conze, Die deutsche Nation. Ergebnis der Geschichte, Göttingen 1963, S. 10. So auch: Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Wien 1966, S. 1047; ferner: Johann Baptist Gradl, Anmerkungen zum Thema Nation, S. 52; vgl. dazu: Alfred Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart, S. 78 ff.

<sup>50</sup> Walter Schlesinger, Die Königserhebung Heinrichs I. Der Beginn der deutschen Geschichte und die deutsche Geschichtswissenschaft, in: Historische Zeitschrift (im folgenden: HZ), Bd. 221, 3/1975, S. 530.

<sup>51</sup> Wolfgang Venohr, Halb Preußen – halb Sachsen, Hamburg 1972, S. 138.

<sup>52</sup> Carlo Schmid, Staat und Nation der Deutschen, a. a. O., Wolfgang J. Mommsen, Nation und Nationalbewußtsein in der Gegenwart. Eine historische Betrachtung, in: Politik und Kultur, 2/1974, S. 16 ff.; Hans Thieme, Der Einheitswille in der deutschen Geschichte, in: Politik und Kultur, 1/1977, S. 40 ff.

<sup>53</sup> Nationalismus und sozialer Wandel, hrsg. von Otto Dann, Hamburg 1978; Nationale Bewegung und soziale Organisation, hrsg. von Theodor Schieder und Otto Dann, Bd. 1, München – Wien 1978.

<sup>54</sup> Wolfgang J. Mommsen, Nation und Nationalbewußtsein in der Gegenwart, a. a. O.

<sup>55</sup> Karl Jaspers, Freiheit und Wiedervereinigung, S. 38 ff.; Carlo Schmid, Staat und Nation der Deutschen, a. a. O.; Theodor Schieder, Nation und Nationalstaat in der deutschen Geschichte, S. 2 ff.; Bruno Heck, Nation und Demokratie in Deutschland, in: Nation und Nationalismus, Stuttgart 1967, S. 62 ff.

des gesellschaftlichen Lebens darstellt, ist eine Vorverlegung nicht bloß der Existenz von Nationen, sondern auch der Nationsgenesis in den Zeitraum des Mittelalters nicht gerechtfertigt. Vom Prozeß der Nationswerdung selbst ist daher die Vorgeschichte der Nationen in den Epochen des Feudalismus zu unterscheiden. Das Aufkommen kapitalistischer Verhältnisse bildet erst den qualitativen Einschnitt. Von da an erst entstanden die materiellen, ökonomisch-sozialen Grundlagen für qualitativ neue Zentralisationstendenzen, die den Zusammenschluß größerer Bevölkerungsgruppen und Territorien zu Nationen bewirkten. Nun erfolgte die Nationsbildung. In der europäischen Geschichte liegt diese Zäsur im 15. Jahrhundert, als mit der ursprünglichen Akkumulation, der Herausbildung kapitalistischer Produktionsformen, der Entstehung der Manufaktur und den unmittelbar damit verbundenen bürgerlichen Revolutionen der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus eingeleitet wurde. Damit begann die Geschichte der kapitalistischen Nationen, ihrer Formierung und Konstituierung, die selbst einen – in den einzelnen Ländern freilich unterschiedlich – langen historischen Zeitraum umfaßt.

Wenn Aufstieg des Kapitalismus, Formierung der bürgerlichen Gesellschaft und Nationsbildung eine untrennbare Einheit bilden, so dürfen gleichwohl jene Elemente der Nationswerdung nicht ignoriert werden, die durch vorangegangene Entwicklungsprozesse in der Feudalgesellschaft bereits vorgeformt und freigesetzt wurden. Ernst Engelberg ist voll zuzustimmen: „Im ganzen haben wir uns also im Bemühen, die Nation geschichtlich umfassender zu begründen und zu umreißen, vor zwei Extremen zu hüten: Wir dürfen weder die neuen Qualitäten, die mit der Herausbildung der bürgerlichen, erst recht der sozialistischen Nation offenbar werden, noch die lange Vorgeschichte der bürgerlichen Nation unterschätzen oder gar eliminieren.“<sup>56</sup> Es gilt, der Frage nachzugehen, welche Voraussetzungen der Feudalismus für die Nationsbildung schuf. Insofern muß das Halbjahrtausend vor 1500 sehr wohl interessieren, zwar nicht als eine Zeit, in der bereits die Nation gebildet wurde noch gar schon existierte, aber doch als *Vorgeschichte* der Nationswerdung. In dieser Weise hat Engels namentlich in seiner Skizze „Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie“ diesem Entwicklungsabschnitt seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet und dabei jene Tendenzen [28] herausgearbeitet, die den späteren Formierungsprozeß der Nationen *vorbereiteten*.<sup>57</sup>

Die wohl wichtigste Vorleistung des Feudalismus für die spätere Nationsbildung war die Schaffung und Ausformung neuer, lebensfähiger – wie Engels schrieb – „moderner Nationalitäten“.<sup>58</sup> Diese waren selbst schon das Resultat einer Revolution, denn sie entstanden in den jahrhundertelangen revolutionären Umwälzungsprozessen, die in Europa den Übergang von Sklaverei und Urgemeinschaft zur feudalen Gesellschaft bewirkten. Bestandteil und Begleiterscheinung dieses revolutionären Übergangs zu einer neuen höheren Gesellschaftsformation war die Integration und Homogenisierung ethnisch unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu neuen sozialen Einheiten mit qualitativ neuen ethnischen Eigenschaften und Merkmalen, zu feudal organisierten Völkern, die zugleich eine höhere Struktur- und Entwicklungsform des gesellschaftlichen Lebens bildeten. Brachte der Feudalismus in Gestalt der feudalen Völker eine neue Struktur- und Entwicklungsform der Gesellschaft hervor, so war diese vor allem von den werktätigen Massen geschaffen. „Die modernen Nationalitäten“ – so Engels – „sind also ebenfalls das Erzeugnis der unterdrückten Klassen.“<sup>59</sup>

---

<sup>56</sup> Ernst Engelberg, Rezension zu: Klassenkampf – Tradition – Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Grundriß, Berlin 1974, in: BzG, 3/1975, S. 541.

<sup>57</sup> Friedrich Engels, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (im folgenden: MEW), Bd. 21, Berlin 1973, S. 392 ff. Ernst Engelberg hat bereits 1962 Engels' Hinweise für die Aufhellung der Vorgeschichte der bürgerlichen Nationswerdung fruchtbar gemacht. Vgl. Ernst Engelberg, Probleme des nationalen Geschichtsbildes der deutschen Arbeiterklasse. II. Zum Verhältnis von Klasse und Nation in der deutschen Geschichte, in: ZfG, Sonderheft 1962, S. 20 ff. Siehe auch: Joachim Herrmann, Einige Ergebnisse und Probleme der Erarbeitung des Abschnitts „Epoche des Übergangs zum Feudalismus und der Ausbildung der feudalen Gesellschaftsordnung“ (Hauptperiode V und VI), in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historikergesellschaft der DDR, 1975, Heft II, S. 33 ff.; Gerhard Schilfert, Zur Problematik von Staat, Bürgertum und Nation in Deutschland in der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: ZfG, 1963, H. 3, S. 516 ff.

<sup>58</sup> Friedrich Engels, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie, in: MEW, Bd. 21, a. a. O., S. 395.

<sup>59</sup> Ebenda.

Diese Nationalitäten sind aber in doppelter Weise eine historische Voraussetzung der künftigen Nationswerdung:<sup>60</sup> *Erstens* gingen sie den Nationen geschichtlich voraus, ihre Entwicklung war selbst Vorgeschichte der Nationen; und *zweitens* entwickelten sich in ihnen und mit ihnen die ethnischen Grundlagen späterer Nationen, durch die deren Konstituierung auf kapitalistischen Grundlagen wesentlich erleichtert wurde. Allen großen lebensfähigen Völkern oder Nationalitäten des Mittelalters war potentiell die Tendenz eigen, selbständige Staaten zu bilden und sich zu Nationen hin zu entwickeln. „Die Sprachgruppen einmal abgegrenzt (vorbehaltlich späterer Eroberungs- und Ausrottungskriege, wie sie z. B. gegen die Elbslawen geführt wurden), war es natürlich, daß sie der Staatenbildung zur gegebenen Grundlage dienten, daß die Nationalitäten anfangen, sich zu Nationen zu entwickeln. ... Zwar blieben das ganze Mittelalter durch Sprachgrenzen und Landesgrenzen weit davon entfernt sich zu decken; aber es war doch jede Nationalität, Italien etwa ausgenommen, durch einen besondern großen Staat in Europa vertreten, und die Tendenz, nationale Staaten herzustellen, die immer klarer und bewußter hervortritt, bildet einen der wesentlichsten Fortschrittshebel des Mittelalters.“<sup>61</sup>

[29] Was die deutsche Nationalität betrifft, so war ihre Herausbildung um die Jahrtausendwende im wesentlichen zweifellos erfolgt, jedoch die Ethnogenese des deutschen Volkes und damit die Ausformung der deutschen Nationalität noch keineswegs abgeschlossen. Sie dauerte vielmehr bis ins 13. Jahrhundert an und führte – vor allem im Zusammenhang mit der Ostexpansion des 12. und 13. Jahrhunderts – zur Assimilierung weiterer westslawischer Bevölkerungsgruppen.<sup>62</sup>

Zugleich muß ein zweites Moment der „Vorarbeit“ für die Nationsbildung in der Feudalzeit Beachtung finden: die mit dem Aufkommen der gewerblichen Warenproduktion und der Städte sowie mit dem dadurch entstehenden Handel verbundenen ökonomischen Faktoren, von denen bereits selbst zentralisierende Wirkungen ausgingen. In der Epoche des vollentfalteten Feudalismus, die mit dem Eintritt der Städte in die Klassenkämpfe der Feudalgesellschaft begann, wurde durch die Ausdehnung der Warenproduktion und des Handels ökonomisch schon der Boden vorbereitet für Beziehungen über lokale und regionale Räume hinweg, ohne daß diese Bindungen schon stabilen Charakter annahmen. Gleichwohl war die Zentralisierungstendenz an dieses in den Kapitalismus weisende Element geknüpft. Sie konnte sich freilich nur durchsetzen durch ein Bündnis der Städte mit der Zentralgewalt, aber eben dieses Bündnis bildet ein wichtiges Bindeglied für die Nationsbildung. „Daß in diesem allgemeinen Wirrwarr das Königtum das progressive Element war, liegt auf der Hand. Es vertrat die Ordnung in der Unordnung, die sich bildende Nation gegenüber der Zersplitterung in rebellische Vasallenstaaten. Alle revolutionären Elemente, die sich unter der feudalen Oberfläche bildeten, waren ebenso auf das Königtum angewiesen wie das Königtum auf sie. Die Allianz von Königtum und Bürgertum datiert aus dem zehnten Jahrhundert.“<sup>63</sup> Durch die Verbindung von feudaler Zentralgewalt und Städtebürgertum konnten günstige politisch-staatliche Ausgangsbedingungen für die spätere Konstituierung von Nationen geschaffen werden. Denn auf diesem Wege gelang es, ein von ethnisch gleicher oder verwandter Bevölkerung bewohntes Territorium staatlich-politisch zusammenzufassen und zu arrondieren.

Vorbereitet wurde die kapitalistische Nationsbildung durch den Feudalismus jedoch nicht nur auf dem Wege staatlich-politischer Zusammenfassung des Territoriums, sondern auch im Hinblick auf die Sprache. Als Kommunikationsmittel, als „das wich-[30]tigste Werkzeug der Handelsbeziehungen der Menschen“<sup>64</sup> war die Sprache wohl auch das wichtigste ethnische Element für die künftige Nationswerdung. Gerade in der Epoche des entfalten Feudalismus aber erfolgten auf der Grundlage der mit der Warenproduktion und dem Handel entstehenden neuen Bedürfnisse wichtige sprachliche An- und Ausgleichungsprozesse, die die Entstehung und Durchsetzung einer nationalen Schrift- und Literatursprache, wie sie in Deutschland im wesentlichen an die frühbürgerliche Revolution und den

---

<sup>60</sup> Vgl. Alfred Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart, a. a. O., S. 153 ff.

<sup>61</sup> Friedrich Engels, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie, in: MEW, Bd. 21, a. a. O., S. 396

<sup>62</sup> Vgl. Joachim Herrmann, Die Nordwestslawen und ihr Anteil an der Geschichte des deutschen Volkes, Berlin 1973.

<sup>63</sup> Friedrich Engels, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie, in: MEW, Bd. 21, a. a. O., S. 397.

<sup>64</sup> W. I. Lenin, Thesen für ein Referat zur nationalen Frage, in: Werke, Ergänzungsband 1896–1917, Berlin 1972, S. 318.

Namen Luthers geknüpft ist, entscheidend vorbereiteten. Verwiesen sei vor allem auf die Herausbildung der „ostmitteldeutschen Gemeinsprache“ im 14./15. Jahrhundert.<sup>65</sup>

Die Nationsbildung erfolgte auf der Basis der sich ausbreitenden kapitalistischen Produktionsweise, die stabile ökonomische Bindungen mit sich brachte und so materielle Voraussetzungen für eine nationale Integration der Bevölkerung deutscher Territorien schuf; sie vollzog sich in den Klassenkämpfen von Bourgeoisie und Volksmassen zur Überwindung der feudalen und zur Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft, von deren Höhepunkten, den bürgerlichen Revolutionen, besonders starke nationsbildende Wirkungen ausgingen. Die entscheidende Phase der Formierung der ihren sozialen Grundlagen nach bürgerlichen deutschen Nation lag in der Epoche der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland zwischen Großer Französischer Revolution 1789 und Deutscher Reichsgründung 1871, als der Feudalismus zwar schrittweise, aber endgültig beseitigt wurde und der Kapitalismus zur herrschenden Gesellschaftsordnung aufstieg. Die industrielle Revolution verlieh diesem Prozeß eine starke ökonomische Grundlage. Die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen des frühen 19. Jahrhunderts und vor allem die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 trieben ihn sozial und politisch voran. Die Bildung der deutschen Nation vollendete sich in den 60er Jahren mit der Schaffung eines einheitlichen bürgerlichen deutschen Nationalstaates auf dem Wege der Bismarckschen Reichseinigung „von oben“. Die Entstehung der bürgerlichen deutschen Nation ist nicht vom Ringen um einen bürgerlichen deutschen Nationalstaat zu trennen. Die sozialpolitischen Auseinandersetzungen um einen solchen Staat, den Marx und Lenin als „Normalfall“ der bürgerlichen Nationsentwicklung bezeichneten<sup>66</sup>, gehören zu den wichtigsten nationsbildenden Faktoren.

Ist es schon eine wissenschaftliche Fehlleistung, die deutsche Nation bereits für einen Zeitabschnitt der deutschen Geschichte als existent auszugeben, in dem sie sich als neue Struktur- und Ent- [31]wicklungsform der bürgerlichen Gesellschaft erst schrittweise herausbildete, so sind um so mehr alle Aussagen über deren für diese Zeit angeblich charakteristische hohe Stabilität fragwürdig. Um Argumente für eine „Überlebenschance“ der „einheitlichen deutschen Nation“ in der Gegenwart zu gewinnen, sind historische Analogien insbesondere mit dieser Epoche, aber auch mit der Feudalzeit Mode geworden.<sup>67</sup> Man beruft sich auf die feudalen Machtkämpfe zwischen Staufern und Welfen und vor allem auf die Auseinandersetzungen zwischen Protestantismus und Katholizismus in der Zeit der Reformation und Gegenreformation und vergleicht sie mit dem gegenwärtigen Ringen zwischen Imperialismus und Sozialismus auf deutschem Boden. Da „die Nation“ die großen Konflikte „ideologischer Weltmächte“ in der Vergangenheit, sogar den Dreißigjährigen Krieg überstanden habe, gäbe es berechtigte Hoffnungen, daß auch in der Gegenwart die Einheit der Nation nicht verloren geht, sondern daß sie die unversöhnlichen gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Systeme in DDR und BRD „verkräftet“.

Jede ernsthafte historisch-komparative Betrachtung wird zunächst derartige rein formale, von den historischen Grundprozessen ganz unterschiedlicher Epochen losgelöste Vergleiche grundsätzlich in Frage stellen müssen. Dies um so mehr, als versucht wird, die fundamentalen Auseinandersetzungen zwischen den Gesellschaftsordnungen von Kapitalismus und Sozialismus in der Gegenwart auf Ideologienkonflikte zu reduzieren und daraus die übrigen gesellschaftlichen Widersprüche abzuleiten. Und selbst wenn man in Rechnung stellen kann, daß die sogenannten Glaubenskämpfe der Reformation und Gegenreformation Ausdrucksformen der geschichtlichen Bewegung einer Übergangsepoche waren, bleibt immer noch der grundsätzlich verschiedene gesellschaftliche Inhalt der gegenwärtigen Übergangsepoche außerhalb des Blickfeldes, in der nicht einfach ein Formationswechsel von einer

---

<sup>65</sup> Vgl. Leo Stern/Erhard Voigt, Deutschland in der Feudalepoche von der Mitte des 13. Jahrhunderts bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert, Berlin 1965, S. 261 ff.

<sup>66</sup> W. I. Lenin, Unter fremder Flagge, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 129 ff.

<sup>67</sup> Vgl. Eugen Lemberg, Überlebenschancen der Nation ..., a. a. O., S. 54; ders., Deutsche Einheit im Konflikt der ideologischen Weltsysteme, in: Politik und Kultur, 3/1974; Karl Dietrich Erdmann, in: Deutscher Evangelischer Kirchentag, Hannover 1967, S. 114 ff.; auch in: GWU, 6/1972, S. 357 ff.; ders., Die Nation im geteilten Deutschland, S. 745; Johann Baptist Gradl, Anmerkungen zum Thema Nation, S. 52; Helmut Schmidt, Erklärung der Bundesregierung über die Lage der Nation, 31.1.1975, in: Bulletin, Nr. 16, 31.1.1975, S. 167.

Ausbeuterordnung zu einer anderen vollzogen, sondern ein jahrtausendealter Formationstyp von antagonistischen Klassengesellschaften überwunden wird.

Dann aber ist zu berücksichtigen, daß es sich weder im 16. und 17. Jahrhundert noch gar im hohen Mittelalter schon um eine konstituierte deutsche Nation handelte, sondern um eine deutsche Nationalität, die frühestens seit dem beginnenden 16. Jahrhundert die ersten Schritte auf dem Wege zu einer kapitalistischen Nation machte. Eben dieser Weg zur kapitalistischen Nation belegt jedoch [32] alles andere als eine unzerstörbare, die realgeschichtlichen ökonomischen, sozialen und politischen Prozesse überwindende oder überdauernde Bindekraft des Ethnisch-Nationalen. Die historischen Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache. Gerade die deutsche Geschichte zeigt, daß im Prozeß des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus keineswegs ein übermächtiger Trend zur Integration der verschiedenen Teile des um die Jahrtausendwende als ethnische Einheit entstandenen deutschen Volkes zu einer geschlossenen bürgerlichen Nation dominierte, sondern im Gegenteil bis ins 19. Jahrhundert hinein sich hauptsächlich desintegrative Tendenzen durchsetzten, was zur Bildung mehrerer selbständiger, zumeist „deutschsprachiger“ kapitalistischer Nationen und Nationalstaaten führte.

Diesem Phänomen nationaler Eigenentwicklungen, von „Abspaltungen“, „Ausgliederungen“ aus der deutschen Geschichte hat sich auch die bürgerliche Historiographie, nicht zuletzt unter dem Eindruck der gegenwärtigen selbständigen nationalen Entwicklungsprozesse in DDR und BRD, in jüngster Zeit stellen müssen. Als erster machte bereits 1954 Hermann Heimpel mit dem Blick auf eine durchaus für möglich gehaltene selbständige Nationskonstituierung in der noch als „Sowjetzone“ apostrophierten DDR darauf aufmerksam, daß aus dem „Reich der alten Kaiser“ zunächst die Niederlande und dann die Schweiz herausgebrochen seien, weswegen die Berufung auf das alte Reich „dem Wiedervereinigungsgedanken sogar schädlich“ werden könne. „Die Geschichte hat gesprochen. Niederländer, Belgier und Schweizer haben ein für allemal ihre eigene Geschichte.“<sup>68</sup> 1960 verwies dann der Philosoph Karl Jaspers auf die nationalen Differenzierungen der zunächst einheitlichen deutschen Geschichte im Gefolge politisch-staatlicher Eigenentwicklungen der Schweizer, Holländer und Österreicher.<sup>69</sup>

In den 70er Jahren wurde dieses Thema schließlich Gegenstand breiterer Diskussionen. 1972 bemerkte Eugen Lemberg, der Nationsbildungen aus sich verschränkenden gegenläufigen Prozessen von Integration und Desintegration zu erklären sucht, daß sich das „Heilige Römische Reich“ zwar als von „deutscher Nation“ bezeichnete, aber auch unter diesem Namen (also nach dem 15. Jahrhundert) noch der Abspaltung großer sich zu besonderen Nationen konstituierender Teile – nämlich der Niederlande und der Schweiz – ausgesetzt war und die Österreicher sogar noch in der letzten Phase der nationalen Selbstkonstituierung aus dem Prozeß [33] der Nationsbildung ausschieden.<sup>70</sup> Mitte der 70er Jahre griff der Mediävist Walter Schlesinger<sup>71</sup> Heimpels Überlegung auf und erklärte ebenfalls unter Bezug darauf, daß das selbständige Wirtschafts- und Sozialsystem in der DDR „im Begriffe zu sein (scheint), im zweiten deutschen Staat eine neue Nation aus sich hervorzubringen“: „Es wäre nicht das erste Mal, daß die deutsche Nation eine andere aus sich entläßt“, und auch er bezog nun auch Österreich in diesen Trend in der deutschen Geschichte ein. Die Österreicher seien ebenso wie die Niederländer und die Schweizer aus der deutschen Geschichte ausgeschieden, „weil sie einen eigenen Staat gebildet haben, oder bildeten sie eigene Staaten, weil ihre Geschichte nicht mehr mit der deutschen Geschichte identisch war, weil ein Verlust an historischer Identität eingetreten war“? Der Prospekt der „Neuen deutschen Geschichte“ erklärt, dieses Prinzip in der Darstellung konsequent zur Geltung bringen und die Schweiz und die Niederlande sowie Österreich und Luxemburg nur bis zu den jeweiligen „völkerrechtlichen Grenzdaten“ 1648 und 1866 als Bestandteile der deutschen Geschichte behandeln zu wollen.<sup>72</sup> [34]

---

<sup>68</sup> Hermann Heimpel, Die Wiedervereinigung im Spiegel der Geschichte, in: Kapitulation vor der Geschichte? Gedanken zur Zeit, Göttingen 1957, S. 28.

<sup>69</sup> Karl Jaspers, Freiheit und Wiedervereinigung, S. 39 f.

<sup>70</sup> Eugen Lemberg, Überlebenschancen der Nation ..., a. a. O., S. 51 f.

<sup>71</sup> Walter Schlesinger, Die Königserhebung Heinrich 1. Der Beginn der deutschen Geschichte und die deutsche Geschichtswissenschaft, a. a. O., S. 530.

<sup>72</sup> Ankündigung „Neue Deutsche Geschichte“.

## **Von der mittelalterlichen deutschen Nationalität zu verschiedenen bürgerlichen Nationen. Nationsbildungen auf dem Wege zum Kapitalismus**

Die bürgerliche Geschichtsideologie bleibt jedoch im Grunde bei der Konstatierung des Phänomens stehen. Sie stößt bestenfalls zu der von Schlesinger formulierten, aber offen gelassenen Frage vor, die letztlich wieder nicht zu den realen Geschichtsprozessen hin-, sondern von ihnen zur sogenannten nationalen Identität im gesellschaftlichen Bewußtsein wegführt.

Die mit der Bildung selbständiger Nationen der Schweizer, Niederländer, Österreicher und „Reichs“deutschen vor sich gehende nationale Differenzierung eines anfangs einheitlichen deutschen Ethnos gehört weltgeschichtlich in die Epoche des revolutionären Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus.<sup>73</sup> Alle diese Nationen konstituierten sich auf kapitalistischer Grundlage, als Entwicklungsformen der bürgerlichen Gesellschaft zu Nationen ein und desselben sozialhistorischen Typs, zu bürgerlichen Nationen. Die nationale Differenzierung war also nicht durch unterschiedliche gesellschaftliche Grundlagen der jeweiligen Nationsentwicklung verursacht. Sie wurde vielmehr dadurch hervorgerufen, daß die verschiedenen, sich zu Nationen formierenden Teile des deutschen Volkes zu unterschiedlichen Zeiten (mit einer gewissen Phasenverschiebung), in unterschiedlichem Tempo, unter jeweils besonderen historischen, aber auch territorial-geographischen Bedingungen und so auf verschiedene Art und Weise, also auf eigenen Wegen, den revolutionären Umwälzungsprozeß von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft vollzogen. Ausschlaggebend für die Desintegration im Zuge der Nationsbildung waren nicht der bei allen wesensgleiche Übergang zur neuen Gesellschaftsordnung, sondern die unterschiedlichen Voraussetzungen, Formen und Wege der Verwirklichung des kapitalistischen Fortschritts auf ökonomischem, sozialem und politischem Gebiet: Tempo und Ausmaß der Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, Umfang und Grad des sich bildenden nationalen Marktes, [35] der mit dem Kapitalismus entstehenden ökonomischen Beziehungen und Bindungen, der Zeitpunkt und das Tempo der Ausbildung nationaler Klasseninteressen der Bourgeoisie, deren Dynamik und vor allem ihre Durchsetzung im Verlauf von bürgerlichen Revolutionen. Gerade die Entscheidungen in der sozialpolitischen Sphäre, in den Klassenkämpfen der Übergangsepoche zur bürgerlichen Gesellschaft erwiesen sich zumeist als ausschlaggebend für die bürgerliche Nationsbildung.

Wenn wir die kapitalistische Nationswerdung als einen mit dem Aufstieg und Sieg der bürgerlichen Gesellschaft in direktem Zusammenhang (und in Abhängigkeit davon) stehenden Prozeß fassen, dann lassen sich – von den geschichtlichen Erfahrungen in Europa ausgehend – im wesentlichen zwei Etappen unterscheiden:

Die *erste Etappe* reichte von der Entstehung und massenhaften Ausbreitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in verschiedenen europäischen Ländern an der Wende des 15./16. Jahrhunderts bis zum Beginn des bürgerlichen Revolutionszyklus in den einzelnen Ländern, der je nach dem Entwicklungsstand der kapitalistischen Verhältnisse zu unterschiedlichem Zeitpunkt begann. Wie die bürgerliche Gesellschaft als Ganzes, so entwickelte sich auch die bürgerliche Nation in dieser Etappe noch im Schoße der Feudalordnung. Die ökonomische Grundlage der Nationswerdung bildete der Manufakturkapitalismus oder, wie in den Niederlanden, zunächst sogar das Handelskapital. Mit der schrittweisen Ausweitung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse begannen sich die einzelnen Elemente der Nation auszubilden.

Zu einer wesentlichen Voraussetzung für ein relativ ungehindertes, „reibungsloses“ Ausreifen der ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Grundlagen der Nation wurde die Bildung zentralisierter feudalabsolutistischer Monarchien. Die mit dem Aufkommen kapitalistischer Produktionsformen notwendige staatliche Zentralisation begünstigte, förderte und beschleunigte die Nationswerdung. Sie schuf einen territorialen und administrativen Rahmen für den Zusammenschluß der Menschen zu einer Nation, bot zugleich aber auch die günstigsten Bedingungen für die Entstehung

---

<sup>73</sup> Einen ersten vergleichenden Überblick bieten: Alfred Kosing/Walter Schmidt, Nation und Nationalität in der DDR, in: Neues Deutschland, 15./16.2.1975; Alfred Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart, a. a. O., S. 58 ff.; vgl. auch: Walter Schmidt, Nationalismus im Klassenkampf unserer Zeit, in: Einheit, 2/1975, S. 198.

und Ausbildung eines inneren nationalen Marktes. Wie für die bürgerliche Gesellschaft überhaupt, so wirkten diese zentralisierten Staaten auch für die Nationsbildung gleichsam wie „Brutkästen“. Dies um so mehr, als sie häufig ethnisch einheitliche Bevölkerungen staatlich zusammenschlossen. Und wo [36] das nicht der Fall war, wurde durch die staatliche Zentralisation der ökonomisch fundierte Prozeß der nationalen Integration oder Assimilierung ethnisch verschiedenartiger Bevölkerungsgruppen eingeleitet und wesentlich Vorangetrieben. Engels hat verschiedentlich auf die die Nationsbildung fördernde Rolle der feudalabsolutistischen staatlichen Zentralisation verwiesen: „Es ist die Epoche, die mit der letzten Hälfte des 15. Jahrhunderts anhebt. Das Königtum, sich stützend auf die Städtebürger, brach die Macht des Feudaladels und begründete die großen, wesentlich auf Nationalität basierten Monarchien, in denen die modernen europäischen Nationen und die moderne bürgerliche Gesellschaft zur Entwicklung kamen ...“<sup>74</sup>

Die Nationswerdung in Deutschland setzte zum gleichen Zeitpunkt ein, allerdings unter anderen Bedingungen.<sup>75</sup> Ebenso wie in Italien gelang hier nicht die in anderen europäischen Ländern erfolgte staatliche Zentralisation auf feudalabsolutistischer Grundlage, die der kapitalistischen Entwicklung den notwendigen Spielraum geben konnte. Angesichts des Versagens der herrschenden Klasse, speziell der Zentralgewalt, die das zentralisierende Bündnis mit dem Bürgertum zur Überwindung der Zersplitterung nicht zustande brachte, erfolgte ein frühzeitiger Versuch der Volksmassen, auf dem Wege einer bürgerlichen Revolution „von unten“ gegen die Feudalklasse den feudalen Partikularismus zu beseitigen, die Bahn für den weiteren kapitalistischen Fortschritt freizulegen und in diesem Zusammenhang auch günstige Voraussetzungen für die Bildung eines wesentlich auf der deutschen Nationalität basierenden zentralisierten Staates zu schaffen.

Reformation und Bauernkrieg als erste frühbürgerliche Revolution hätten bei einem Sieg über dieses Ziel wohl kaum hinaus gelangen können. Die frühbürgerliche deutsche Revolution von 1517-1526 „war objektiv darauf gerichtet, durch den revolutionären Kampf der Volksmassen gegen das Feudalsystem den Weg für den weiteren kapitalistischen Fortschritt frei zu machen und Bedingungen für die Konstituierung eines bürgerlichen Nationalstaates zu schaffen“.<sup>76</sup> Eine vollständige Beseitigung der Feudalverhältnisse und eine gleichzeitige Installierung der bürgerlichen Gesellschaft als herrschende Ordnung war noch ohne reale Chance. Damit waren aber auch die objektiven Grenzen für die Nationskonstituierung gesetzt. Die Niederlage dieser Revolution bedeutete, daß die weitere Nationswerdung sich unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen als in den westeuropäischen Ländern voll-[37]ziehen mußte. Der politisch-staatliche Rahmen für die Entwicklung eines wirklich nationalen Marktes blieb aus. Es verzögerte sich ebenso wie die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft auch die Nationswerdung; und zugleich wurden eine Reihe von nationalstaatlichen Eigenentwicklungen und damit Absonderungen möglich. Weder waren in diesem frühen Entwicklungsstadium der kapitalistischen Verhältnisse die auf dieser Basis sich entwickelnden ökonomischen Beziehungen und Bindungen schon stark genug, um ein Auseinanderbrechen der sich ökonomisch verschieden schnell entwickelnden Teile des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ zu verhindern. Noch wurden Reformation und Bauernkrieg zu einer genügend mächtigen sozialpolitischen Schubkraft, um eine schrittweise Umwandlung der *gesamten* deutschen Nationalität des ausgehenden Mittelalters zu einer bürgerlichen Nation zu sichern.

Gleichwohl gingen von der frühbürgerlichen Revolution wichtige sozialpolitische Impulse und nationsintegrative Wirkungen aus. Für eine Konstituierung der bürgerlichen Nation waren zwar weder

---

<sup>74</sup> Friedrich Engels, Dialektik der Natur, in: MEW, Bd. 20, Berlin 1972, S. 311.

<sup>75</sup> Ernst Engelberg, Probleme des nationalen Geschichtsbildes der deutschen Arbeiterklasse, S. 20 ff.; Günter Vogler, Perspektiven der deutschen Nationalentwicklung beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: ZfG, Sonderheft 1962, S. 346 ff.; Gerhard Schilfert, Zur Problematik von Staat, Bürgertum und Nation in Deutschland in der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: ZfG, 3/1963, S. 515 ff.

<sup>76</sup> Grundriß der deutschen Geschichte, S. 145. Vgl. ferner: Autorenkollektiv Adolf Laube, Max Steinmetz, Günter Vogler, Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution, Berlin 1974, S. 102 ff.; Gerhard Zschäbitz, Über den Charakter und die historischen Aufgaben von Reformation und Bauernkrieg, in: ZfG, 12/1964; ders., Über den historischen Standort und die Möglichkeiten der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland (1517 bis 1525/26), in: Studien über die Revolution, hrsg. von Manfred Kossok, Berlin 1969, S. 35 ff.

schon die objektiven Bedingungen gegeben, noch reichte die Kraft der Massen dazu aus; doch vermochte die Revolution den Prozeß der Nationswerdung *inzuleiten*: Der gemeinsame Abwehrkampf gegen das römische Papsttum (äußere Seite!) und der gemeinsame Kampf der Bauern und Plebejer gegen den Feudaladel (innere Seite!) förderten die Entwicklung eines nationalen Selbstbewußtseins. Dazu trugen wesentlich auch die großen kulturellen Leistungen dieser revolutionären Epoche bei.<sup>77</sup> Nicht zuletzt erfolgte im Feuer der frühbürgerlichen Revolution die weitere Vereinheitlichung der deutschen Sprache, entstand die neuhochdeutsche Literatursprache. Es bleibt nach wie vor ein Forschungs- und Diskussionsproblem, inwieweit und wie tief Reformation und Bauernkrieg trotz Niederlage unmittelbar und fernwirkend nationsbildend fungiert haben. Die Frage wird vor allem dahingehend zu präzisieren sein, in welchem Maße durch die frühbürgerliche Revolution bereits Schritte von der deutschen Nationalität zur deutschen Nation getan wurden.

Die *zweite Etappe* der Nationswerdung in den einzelnen Ländern umfaßt die Zeit der bürgerlichen Umwälzungen, der – um mit Lenin zu sprechen – „bürgerlichen Revolutionen im weiten Sinne“.<sup>78</sup> In dieser Etappe erfolgte im Feuer einer oder mehrerer, siegreicher oder auch nicht siegreicher, aber darum durchaus nicht völlig erfolgloser bürgerlicher „Revolutionen im engeren Sinne“ der Durchbruch zur Ausbildung der Nation, ihre *eigentliche Konstituierung* als kapitalistische [38] oder bürgerliche Nation. Die einzelnen bürgerlichen Revolutionen bildeten die Kulminationspunkte und wirkten gleichsam wie Schmelztiegel, um die mit der Ausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse bereits seit der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert in Gang gesetzten nationalen Integrationsprozesse zum Abschluß zu bringen. Bei aller Bedeutung der einzelnen bürgerlichen Revolutionen für die Nationskonstituierung muß diese in den Zusammenhang mit dem ganzen bürgerlichen Revolutionszyklus gestellt werden. Sieg oder Niederlage einer einzelnen bürgerlichen Revolution hatten natürlich ganz wesentlichen Einfluß darauf, zu welchem konkreten Zeitpunkt die Nationskonstituierung endgültig erfolgte, welche Physiognomie die kapitalistische Nation im einzelnen annahm, wie „stabil“ sie trotz tiefen Klassenantagonismus wurde, welche Klassen ihr Gesicht prägten bzw. mitzuprägen versuchten, wieweit bürgerliche Demokratie und bürgerliche Nation in Übereinstimmung gebracht wurden, ob und bis zu welchem Grad die bürgerliche Demokratie zum Inhalt der künftigen Geschichte der bürgerlichen Nation wurde. Aber auch dort, wo bürgerliche Revolutionen eine Niederlage erlitten, die bürgerliche Umwälzung sich schrittweise vollzog und durch „Revolution von oben“ zu Ende geführt wurde, wie in Deutschland im 19. Jahrhundert, vollendete sich in diesem gesamten Umwälzungsprozeß auch die Genesis der Nation.

Als erstes Land konstituierte sich die *Niederlande* im Gefolge der ersten siegreichen bürgerlichen Revolution, die als nationaler Unabhängigkeitskampf gegen die spanische Unterdrückung selbst mehrere Jahrzehnte (1566-1609) umfaßte, als bürgerliche Nation, die Marx „die kapitalistische Musternation des 17. Jahrhunderts“ nannte<sup>79</sup>. Durch verschiedene Faktoren, nicht zuletzt die geographische Lage, die den Anschluß an den Welthandel ermöglichte, begünstigt, nahm die kapitalistische Entwicklung einen raschen Aufschwung. Es entstanden Sonderinteressen, deren Hauptträger die aufsteigende Bourgeoisie war. Mit der beschleunigten Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse wurden in diesem Teil des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ ökonomische und gesellschaftliche Voraussetzungen für ein selbständiges staatliches und auch nationales Leben geschaffen. Die ungleichmäßige sozialökonomische Entwicklung legte den Grund für die Abspaltung und Eigenentwicklung der Niederlande. Aber erst die siegreiche bürgerliche Revolution brachte diese objektiven Tendenzen zu eigenständigem staatlichem und nationalem Dasein zum Durchbruch und entschied damit über das Ausbrechen aus dem Staatsverband des Römi-[39]schen Reiches und über die Konstituierung einer eigenständigen bürgerlichen holländischen Nation.<sup>80</sup>

<sup>77</sup> Ernst Engelberg, Probleme des nationalen Geschichtsbildes der deutschen Arbeiterklasse, S. 27.

<sup>78</sup> W. I. Lenin, Notizen eines Publizisten, in: Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 201.

<sup>79</sup> Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1962, S. 779.

<sup>80</sup> Vgl. A. N. Čistozvonov, Niderlandskaja buržuaznaja revoljucija XVI. veka, Moskau 1958; J. M. Shukow, Weltgeschichte in zehn Bänden, Bd. 4, Berlin 1964, S. 319 ff.; Bernhard Töpfer, Die frühbürgerliche Revolution in den

Anders verlief der Weg der *Schweiz* zur bürgerlichen Nation<sup>81</sup>, deren deutschsprachiger, aus dem Stammesverband der Alemannen hervorgegangener Bevölkerungsteil mit zwei Dritteln ihre zahlenmäßig stärkste Nationalität stellt. Die Anfänge der Schweizer Sonderentwicklung reichten bis ins 13. Jahrhundert zurück und waren zunächst mit dem Kampf der in Landgemeinden zusammengeschlossenen, meist freien Bauern und der großen Städte gegen feudale Ausbeutung und Bevormundung sowie für Reichsunmittelbarkeit verbunden. Die Nationswerdung vollzog sich infolge des Zusammenschlusses von vier verschiedenen Nationalitäten, die Randgruppen größerer Völker darstellen, in der sich ausbreitenden Eidgenossenschaft, angesichts der Prädominanz der Bauernschaft und städtischer Patrizier, wodurch die alten Gesellschaftsverhältnisse, auch begünstigt durch geographische Faktoren, für lange Zeit konserviert wurden, außerordentlich langsam. Gleichwohl wies die gesellschaftliche und politische Entwicklung bereits frühzeitig eigene Züge auf.<sup>82</sup> Die Reformation schon machte die Schweiz mit Zwingli und Calvin in eigener, von Deutschland unterschiedener Form durch; auch die Schweizer Bauernerhebungen standen nicht mehr in direktem Kontakt zum deutschen Bauernkrieg. 1648 erfolgte die völkerrechtliche Lostrennung vom Römischen Reich. Der endgültige Zusammenschluß der vier verschiedenen Nationalitäten zu einer eigenständigen kapitalistischen Nation vollzog sich jedoch erst im Gefolge der bürgerlichen Umgestaltung der Schweizer Eidgenossenschaft zwischen 1789 und 1848, also des bürgerlichen Revolutionszyklus dieses Landes<sup>83</sup>, als mit der raschen Entwicklung des Kapitalismus stabilere ökonomische Beziehungen zwischen den verschiedenen Kantonen entstanden, die eine fortschreitende Integration der ethnisch heterogenen Bevölkerungsteile bewirkten und eine politisch-staatliche Zentralisation unumgänglich machten. Die Aufstände von 1790 bis 1792, die Bildung der Helvetischen Republik unter französischer Besatzung 1798 und die napoleonische Mediationsakte von 1803 trieben diesen Prozeß voran. Die durch die kantonalen Revolutionen 1830 eingeleiteten Auseinandersetzungen von Liberalen und Demokraten einerseits und klerikaler Reaktion andererseits, die ihren Höhepunkt im Sonderbundeskrieg von 1847 hatten, endeten 1848 mit der Annahme einer neuen Bundesverfassung, die die Schweiz im Sinne der zentralistischen Bestrebungen der Bourgeoisie in einen Bundesstaat verwandelte, einheitliche Währung, Maß und Gewicht brachte [40] und Zoll und Post vereinheitlichte.<sup>84</sup> Damit fand die kapitalistische Nationsbildung durch staatlich-politische Integration der verschiedenen Nationalitäten zu einer nationalen Einheit ihren Abschluß.

In der *deutschen Geschichte* begann die Etappe der wirklichen Konstituierung der Nation mit der im Gefolge der Französischen Revolution und revolutionärer Volksbewegungen in Deutschland einsetzenden bürgerlichen Umgestaltung des Landes. Sie weist eine Reihe wichtiger Unterschiede gegenüber jenen Ländern auf, in denen sich die Nation im Rahmen feudalabsolutistisch zentralisierter Staaten bereits vorformen konnte.

1. Die Konstituierung der Nation war in Deutschland keineswegs bloß ein kurzfristiger Akt der Vollendung der Nationswerdung wie etwa in Frankreich durch die Große Revolution von 1789, sondern diese trat mit Beginn der bürgerlichen Umwälzung erst in ihre eigentlich entscheidende Phase.
2. Während in Frankreich die Nationskonstituierung gleichsam mit einem Schlag im Verlaufe der ersten siegreichen bürgerlichen Revolution dieses Landes erfolgte, bedurfte es in Deutschland einer

---

Niederlanden, in: ZfG, Sonderheft, 1965; Gerhard Schilfert, Zur Problematik von Staat, Bürgertum und Nation in Deutschland in der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: ZfG, 3/1963, S. 518.

<sup>81</sup> Zur Frage einer einheitlichen Schweizer Nation vgl. S. T. Kaltachéjan, Leninizm o sušenosti nacii i puti obrazovanija internacional'noj obščnosti ljudej, Moskau 1976, S. 193 f. Von bürgerlicher Seite: Guido Hunziker, Die Schweiz und das Nationalitätsprinzip im 19. Jahrhundert, Basel und Stuttgart 1970, S. 11: „Die Schweiz ... war trotz aller Besonderheiten, trotz aller Gegensätze und trotz der lockeren föderalistischen Struktur zweifellos eine Staatsnation.“

<sup>82</sup> J. M. Shukow, Weltgeschichte in zehn Bänden, Bd. 4, S. 213 ff.; Peter Dürrenmatt, Schweizer Geschichte, Bd. 1, Zürich 1976, S. 79 ff.; Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution, S. 134 ff.

<sup>83</sup> J. M. Shukow, Weltgeschichte in zehn Bänden, Bd. 6, S. 70, 238 ff.; Peter Dürrenmatt, Schweizer Geschichte, Bd. 1, S. 456 ff., Bd. 2, S. 597 ff. Guido Hunziker, S. 11, 16 ff., legt die eigentliche Nationsbildung der Schweizer in die Zeit von 1789 bis 1848.

<sup>84</sup> Vgl. Friedrich Engels, Der Schweizer Bürgerkrieg; ders., Die Bewegungen von 1847, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 391 ff., 497 ff.

ganzen Epoche, eines Zeitraums von rund acht Jahrzehnten (von 1789 bis 1871), um diese Aufgabe zu lösen. Erst am Ende des deutschen bürgerlichen Revolutionszyklus (und nicht schon an seinem Beginn wie in Frankreich) kam mit dem Sieg der bürgerlichen Gesellschaft und der Bildung eines deutschen bürgerlichen Nationalstaates in Gestalt des Deutschen Reiches auch der Prozeß der Nationsbildung zum Abschluß. Und erst in den letzten zwei Jahrzehnten dieser Epoche, in der Zeit zwischen 1848 und 1871, fielen die endgültigen Entscheidungen; darunter auch die über den territorialen Rahmen der kapitalistischen deutschen Nation: ob mit Einschluß der deutschsprachigen Teile der Habsburger Monarchie in den territorialen Bestand der deutschen Nation oder bei deren Ausschluß und Konstituierung zu einer selbständigen österreichischen Nation.

Über die nationale Eigenentwicklung der *Österreicher* entschied die Geschichte also erst in der zweiten Etappe des Nationsbildungsprozesses.<sup>85</sup> Ungeachtet bestimmter Tendenzen einer historisch weiter zurückreichenden selbständigen ökonomisch-sozialen, vor allem aber politischen Entwicklung der deutschsprachigen Bevölkerungsteile der Habsburger Monarchie war bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts die Frage unentschieden, ob die österreichischen Deutschen in die sich formierende deutsche Nation integriert oder den Weg zu einer eigenen Nation beschreiten würden. Erst die Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 verbaute die von den [41] Demokraten und auch von den Kommunisten um Marx und Engels angestrebte Einbeziehung der Deutschen Österreichs in eine großdeutsche demokratische Republik, die auf den Trümmern des Habsburger Reiches, der Hohenzollernmonarchie und der übrigen halbfeudalen deutschen Partikularstaaten errichtet werden sollte. Da die revolutionäre Konstituierung eines bürgerlich-demokratischen deutschen Nationalstaates 1848/49 nicht gelang und die konterrevolutionären Sieger sich daraufhin unter dem Zwang ökonomischer Bedürfnisse und dem Druck der Massenbewegungen der 60er Jahre der Aufgabe der nationalstaatlichen Einigung selbst annahmen, wurde die Bildung eines deutschen Nationalstaates direkt mit den dynastischen Machtkämpfen der beiden deutschen Hegemonialmächte Österreich und Preußen verknüpft. Das führte endgültig zur nationalen Desintegration. Der Sieg Preußens über Österreich 1866 bedeutete den Ausschluß der österreichischen Deutschen aus dem unter Führung Preußens nun entstehenden deutschen Nationalstaat. Ihr Weg zu einer bürgerlichen österreichischen Nation setzte sich nun voll durch.

3. Infolge der fortexistierenden feudalstaatlichen Zersplitterung des Landes, die sich als größtes Hemmnis des kapitalistischen Fortschritts erwies, wurde die Bildung eines zentralisierten deutschen Staates, der jetzt nur als ein eindeutig bürgerlicher Nationalstaat entstehen konnte, zum wichtigsten Problem der Nationsbildung, zur zentralen Frage des Umwälzungsprozesses zur bürgerlichen Gesellschaft. In diesem Sinne betrachtete Lenin die Vereinigung des Landes und nicht die Agrarfrage als die eigentliche nationale (d. h. das Leben der Nation am meisten berührende) Frage Deutschlands in dieser Epoche.<sup>86</sup>

4. Die Nationskonstituierung vollzog sich in Deutschland unter fortgeschritteneren weltgeschichtlichen Bedingungen, der Entfaltung des Industriekapitalismus, des Aufbrechens der inneren Gegensätze der zum Siege strebenden bürgerlichen Gesellschaft, der Existenz und des Eintritts der Arbeiterklasse in die geschichtliche Bewegung. Die Arbeiterklasse griff in der letzten entscheidenden Phase der Nationsbildung, im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts, bereits aktiv in diesen Prozeß ein, entwickelte in Gestalt der kommunistischen Programme von Marx und Engels ihr eigenes Konzept zur Lösung der nationalen Frage in der Epoche bürgerlicher Umgestaltungen (Entwicklung der bürgerlichen Nation, abhängig vom Grad der Durchsetzung bürgerlicher Demokratie; demokratische Beziehungen zu anderen Nationen, Einheit von Patriotismus und Internationa-[42]lismus) und wies die geschichtliche Perspektive zur sozialistischen Nation.

---

<sup>85</sup> Zur Entstehung der österreichischen Nation vgl. auch: KPÖ immer für Österreich. Podiumsdiskussion über die österreichische Nation und die Herausbildung des österreichischen Nationalbewußtseins, in: Weg und Ziel, 37. Jg., Sondernummer, Dezember 1979; hier auch der Wiederabdruck des entscheidenden theoretischen Beitrags von Alfred Klahr aus dem Jahre 1937 „Zur nationalen Frage in Österreich“.

<sup>86</sup> W. I. Lenin, Brief an I. I. Skworzow-Stepanow, in: Werke, Bd. 16, a. a. O., S. 113.

Eine gesonderte Frage betrifft die Haltung der deutschen Bourgeoisie in dieser Etappe der Nationswerdung. Es ist notwendig, progressive Leistungen und gleichzeitiges historisches Versagen dieser Klasse, die wie in anderen Ländern auch in Deutschland als Hegemon der bürgerlichen Umwälzung natürlich auch die führende Rolle bei der Nationsbildung übernommen hatte, gegeneinander abzuwägen. Ihre nationalen Verdienste bestanden in der Entwicklung der kapitalistischen ökonomischen Grundlagen des nationalen Lebens und in der Ausbildung und Verbreitung eines fortschrittlichen, antifeudalbürgerlichen Nationalbewußtseins. Sie trug wesentlich dazu bei, den Gedanken der nationalen Integration wachzuhalten. Dagegen versagte die Bourgeoisie als politische Führungskraft im Machtkampf gegen die Feudalklasse.

5. Die kapitalistische deutsche Nation kam infolgedessen nicht auf dem Wege einer Revolution „von unten“, nicht durch den Sieg der von der Bourgeoisie geführten demokratischen Volkskräfte, sondern durch eine „Revolution von oben“ unter Führung des preußischen Junkertums zustande. Das hatte ungünstige Auswirkungen auf den künftigen Entwicklungsweg der deutschen Nation. Es hatte vor allem zur Folge, daß die Beziehungen von bürgerlicher Nation und bürgerlicher Demokratie nicht in optimaler Weise gelöst wurden. Die bürgerliche Demokratie wurde nicht zum Inhalt der Nation. Die jeder bürgerlichen Nation ohnehin eigenen inneren Klassenantagonismen wurden dadurch noch erheblich vertieft.

Die einzelnen Phasen der endgültigen Konstituierung der deutschen bürgerlichen Nation entsprechen im wesentlichen den Etappen des bürgerlichen Umwälzungsprozesses.<sup>87</sup> Auf sie kann hier nicht eingegangen werden. Wir möchten nur knapp andeuten, wie der bürgerliche Umwälzungsprozeß in seinen verschiedenen Ebenen die Nationskonstituierung bewirkt hat.

Wesentlich vorangetrieben wurde die Nationsbildung durch die unter dem Einfluß der Französischen Revolution und deutscher Volksbewegungen eingeleiteten praktischen Schritte und Maßnahmen zur Überwindung feudaler und Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse. Die bürgerliche Umwälzung verlieh diesem Prozeß zweifellos eine neue Qualität. Die im Gefolge der bürgerlichen Reformen einsetzende rasche kapitalistische Entwicklung führte – wesentlich verstärkt durch die einsetzende industrielle Revolution – zur Schaffung der ökonomischen Grundlage der Nation; erst jetzt bildete sich ein [43] nationaler Markt voll heraus (ungeachtet des fehlenden zentralisierten Staates, ohne dessen fördernde Wirkung, ja entgegen der staatlichen Zersplitterung). Die Bildung des Zollvereins als einer die Einzelstaaten übergreifenden Einheit 1834 reflektierte die neue Stufe, die in dieser Beziehung seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert erreicht wurde. Bei der kapitalistischen Nationsbildung in Deutschland trat wegen des fehlenden staatlichen Rahmens für die Bildung des inneren Marktes das entscheidende Gewicht der ökonomischen Bedürfnisse nach Zentralisation besonders deutlich zutage. Die ökonomische ging der politisch-staatlichen Zentralisation voraus. Die kapitalistische Wirtschaft schuf zunächst ein durch enge ökonomische Beziehungen und Bindungen charakterisiertes geschlossenes Territorium, bevor es politisch-staatlich als stabile Einheit gesichert und ausgebaut wurde.

Auf dieser ökonomischen Grundlage – und nicht wie in anderen Ländern schon durch politisch-staatliche Einheit vorbereitet und unterstützt – entstanden zentralisierte nationale Klasseninteressen der verschiedenen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, vor allem der führenden Kraft im Nationsbildungsprozeß, der Bourgeoisie. Der Formierungsprozeß der Schöpfer der bürgerlichen Gesellschaft, in zentralisierten Staaten meist unter der Herrschaft des Absolutismus vor sich gegangen, erfolgte in Deutschland erst im Verlauf der ersten Etappen der bürgerlichen Umgestaltungen, als der Weg zur kapitalistischen Gesellschaft bereits beschritten wurde – und zwar wesentlich zwischen 1789 und 1848. Erst in den 30er und 40er Jahren traten die verschiedenen antifeudalen Klassen selbstbewußt und kraftvoll als nationale Kräfte in Erscheinung; die Bourgeoisie erst seit 1840 mit dem Eintritt der preußischen, speziell der rheinischen Bourgeoisie in die Oppositionsbewegung. Ohne die vorangegangenen bürgerlich-nationalen Bestrebungen unterschätzen oder bagatellisieren zu wollen, darf

---

<sup>87</sup> Vgl. Grundriß der deutschen Geschichte, a. a. O., S. 197 ff.; Walter Schmidt, Zu einigen Problemen der bürgerlichen Umwälzung in der deutschen Geschichte, in: Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789 bis 1871, hrsg. von Helmut Bleiber, Berlin 1977, S. 1 ff.

doch nicht übersehen werden, daß erst zu diesem Zeitpunkt die Bourgeoisie, von ökonomischen Zwängen getrieben, als eine nationale Kraft voll in Erscheinung trat.

Die gesellschaftlichen Aktivitäten, die sozialen Kämpfe zur Installierung der bürgerlichen Gesellschaft, wirkten zugleich als nationale Integrationsprozesse. Sie forcierten den Zusammenschluß der ethnisch im wesentlichen einheitlichen Bevölkerungsteile zu einer Nation. Das galt schon für die teilweise lokal und regional zersplitterten revolutionären Aktionen von bürgerlicher Intelligenz und Volksmassen unmittelbar nach 1789 und in den 30er Jahren. Den größten, letztlich wohl entscheidenden Beitrag zur bürgerlichen Nationskon-[44]stituierung leisteten jedoch die großen *gemeinsamen* Anstrengungen des deutschen Volkes um die Verwirklichung des historischen Fortschritts auf deutschem Boden.

Drei Ereignisse müssen in diesem Zusammenhang genannt werden:

*Erstens*: die antinapoleonischen Bewegungen und insbesondere die Befreiungskriege von 1813 bis 1815<sup>88</sup>, die als Abwehraktionen gegen einen äußeren Feind das Gemeinsamkeitsbewußtsein so stark entwickelten, daß die Forderung nach Ergänzung der Befreiung von äußerer Unterdrückung durch innere nationale Einheit in den sozialpolitischen Bestrebungen und Bewegungen gleich weicher Klasse der bürgerlichen Gesellschaft von nun an geradezu ein beherrschendes Element wurde.

*Zweitens*: die Revolution von 1848/49, der unbestreitbare Höhepunkt im bürgerlichen Umwälzungs- und damit zugleich auch im Nationsbildungsprozeß. Es war dies der bedeutendste Versuch, die Nation auf revolutionär-demokratische Weise zu konstituieren. Von ihr als der ersten großen Erhebung des deutschen Volkes gegen die *eigenen* Unterdrücker, zur Selbstgestaltung des inneren Lebens der Nation ging zweifellos die stärkste nationale Integrationswirkung aus. Erstmals war die Nation als Ganzes auch institutionalisiert, und zwar nicht nur in der Frankfurter Nationalversammlung, sondern auch in Gestalt der demokratischen und proletarischen Organisationen, die sich bei ihren zwar lockeren Zusammenschlüssen um die bisherigen Staatsgrenzen kaum geschert hatten. Ein Sieg dieser Revolution hätte ähnlich wie 1789-1794 in Frankreich die *Vollendung* der Nationsbildung gebracht. Der Sieg der konterrevolutionären Gewalten vertagte den endgültigen Abschluß dieses Prozesses nochmals; er verhinderte auch eine Einbindung der deutschsprachigen Bevölkerung der Habsburger Monarchie in einen einheitlichen deutschen Nationalstaat und damit ihre Integration in die kapitalistische deutsche Nation. Die konterrevolutionären Kräfte behielten das Kommando und vermochten nun auch ihren prägenden Einfluß auf die Nationskonstituierung auszuüben. Die Revolution aber zwang sie, diesen Prozeß rasch und nicht allein mit reformerischen, sondern auch mit revolutionären Mitteln zu Ende zu führen.

*Drittens*: die gesamtnationalen revolutionären Aktivitäten von Kleinbürgertum und Arbeiterklasse in den 60er Jahren (insbesondere 1865/66), aber auch die militärischen Aktionen (1864, 1866 und 1870/71) und die damit verbundenen wirtschafts- und sozialpolitischen sowie territorialen Veränderungen und Entscheidungen der „Revolution von oben“. Jetzt erst erfolgte endgültig der Ausschluß [45] Österreichs, wurde die Nation, wenn auch „von oben“ und nur im kleindeutschen Rahmen politisch zusammengeschweißt. Das geschah zuvörderst unter dem doppelten Druck von Ökonomie und Revolution „von unten“. Ohne die komplizierte Zwiespältigkeit der preußisch-deutschen Kriege im Rahmen der „Revolution von oben“ zu verkennen, so gingen von diesen Kriegen, in denen die Masse der deutschen Soldaten mit patriotischer Begeisterung focht, beträchtliche Wirkungen für den Zusammenschluß der Deutschen zu einer bürgerlichen Nation aus. Gerade die in den Kriegen zur Bildung eines eigenen Nationalstaates gewonnenen gemeinsamen Erfahrungen wurden von den herrschenden Klassen im Deutschen Reich zur Bindung der werktätigen Massen an das reaktionäre System genutzt.

Eine wesentliche fördernde Rolle beim Zusammenschluß der deutschen Gebiete zu einem bürgerlichen Nationalstaat spielten Ideologie und geistige Kultur, die als Reflex der revolutionären Umwälzungsprozesse diese zugleich vorbereiteten und aktiv beeinflussten. Vorbereitet durch die Aufklärung,

---

<sup>88</sup> Heinrich Scheel, Die nationale Befreiungsbewegung 1813/15, in: ZfG, Sonderheft 1962, S. 322 ff.

entscheidend geprägt jedoch wohl erst durch die Klassik, entstand im Zusammenhang mit den bürgerlichen Umwälzungen seit 1789 erst ein einheitliches bürgerliches deutsches Nationalbewußtsein, das freilich – weil die Frage noch unentschieden war – alles andere als kleindeutsch orientiert war.

Mit der Bildung des bürgerlichen deutschen Nationalstaates in Gestalt des 1871 gegründeten Deutschen Reiches kam auch die Konstituierung der kapitalistischen deutschen Nation zum Abschluß. Wie in den anderen Ländern war dies auch in Deutschland ein wesentlicher historischer Fortschritt. Mit der kapitalistischen Nation und dem bürgerlichen Nationalstaat war der für die kapitalistische Entwicklung historisch notwendige und adäquate Rahmen entstanden, der eine raschere Entfaltung der modernen Produktivkräfte ermöglichte und auch für den Klassenkampf der Arbeiterklasse um ihre und der ganzen Gesellschaft Befreiung neue Bedingungen schuf. Die Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie konnten nun nationale Dimensionen annehmen. „Die Nationen sind ein unvermeidliches Produkt und eine unvermeidliche Form der bürgerlichen Epoche der gesellschaftlichen Entwicklung. Auch die Arbeiterklasse konnte nicht erstarken, ins Mannesalter eintreten und sich formieren, ohne ‚sich selbst als Nation zu konstituieren‘, ohne ‚national‘ zu sein (‚wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie‘).“<sup>89</sup>

Zugleich muß jedoch beachtet werden, daß die Art und Weise, auf die der bürgerliche deutsche Nationalstaat zustande kam, nämlich durch eine „Revolution von oben“, sich äußerst negativ auf die weitete [46] Entwicklung der kapitalistischen deutschen Nation auswirkte. Die jeder kapitalistischen Nation wesenseigenen antagonistischen Widersprüche wurden in Deutschland durch den besonders reaktionären Charakter des bürgerlichen Nationalstaates noch wesentlich vertieft. Die ohnehin vorhandene innere Zerrissenheit der bürgerlichen Nation nahm besonders zugespitzte Formen an und belastete den Weg der bürgerlichen deutschen Nation in besonderem Maße. Als der VIII. Parteitag der SED die neuen Aspekte in der Entwicklung der nationalen Frage im Gefolge der geschichtlichen Entscheidungen nach dem zweiten Weltkrieg herausarbeitete, verwies er nachdrücklich auf die verhängnisvollen Folgen der gegen Volk und Nation gerichteten Politik der herrschenden Klassen in Deutschland seit der Reichsgründung von 1871: „Bekanntlich hat das deutsche Großkapital im Bunde mit dem Junkertum den einheitlichen deutschen Nationalstaat durch die Unterdrückung des eigenen Volkes und die Unterjochung fremder Völker mit Blut und Eisen zusammengeschweißt. Die deutsche Großbourgeoisie erwies sich von Anfang an als der schlimmste Feind der Nation. Sie stürzte das deutsche Volk durch zwei von ihr verschuldete Weltkriege in nationale Katastrophen. – Im Ergebnis des Raubkrieges des faschistischen deutschen Imperialismus ist das frühere Deutsche Reich in Feuer und Blut untergegangen. Damit hat die deutsche Großbourgeoisie endgültig das Recht auf die Führung der Nation verwirkt. Nur die Arbeiterklasse war berufen, die Nation auf demokratischer Grundlage zu erneuern und ihre Einheit in einem antifaschistisch-demokratischen deutschen Staat zu gewährleisten.“<sup>90</sup>

[47]

---

<sup>89</sup> W. I. Lenin, Karl Marx, in: Werke, Bd. 21, a. a. O., S. 61 f.

<sup>90</sup> Protokoll des VIII. Parteitages der SED, 1. Bd., Berlin 1971, S. 55 f.

## **Aufwertung deutscher „Mehrstaatlichkeit“ und des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“**

Im letzten Jahrzehnt wurde der an seinem Anfang mit der weitgehenden Lösung der Nation vom zentralisierten Einheitsstaat geschaffene theoretische Ansatz von der BRD-Historiographie zu einem in mancher Beziehung neuen historisch-politischen Konzept der deutschen Geschichte ausgebaut. Die den neuen Realitäten in Mitteleuropa angepaßte, flexibler angelegte imperialistische Politik veranlaßte die bürgerliche Geschichtsideologie der BRD, alte Positionen preiszugeben und der deutschen Geschichte einen „neuen“, politisch zweckbestimmten, der gegenwärtigen Strategie des BRD-Imperialismus entsprechenden Sinn zu unterschieben, aus der deutschen Geschichte eine veränderte „Sinnkonsequenz“ abzuleiten. Die sonst geradezu peinlich auf ihre angebliche Objektivität bedachte bürgerliche Geschichtswissenschaft gibt in diesem Falle das natürlich generelle politisch-pragmatische Wesen ihrer Geschichtsbetrachtung recht deutlich zu erkennen. Karl Dietrich Erdmann erklärt ziemlich offen: „Nirgends so deutlich wie am Problem der Nation wird die enge gegenseitige Bedingtheit von politischem und historischem Sinnzusammenhang ersichtlich.“<sup>91</sup> Da die BRD weiter fest im westlichen imperialistischen Bündnissystem verankert werden soll, man zugleich aber die politisch nützlich erscheinende Illusion von der „Einheit der Nation“ unbedingt aufrechterhalten will, wird der Nationalstaat als Norm der deutschen Geschichte schlankweg aufgegeben, und es eröffnet sich den Historikern plötzlich die „Möglichkeit eines von den Grundlagen her neu zu fassenden Begriffs deutscher Geschichte“. Erdmann spricht die Abhängigkeit bürgerlicher historischer Deutung von der politischen Strategie deutlich aus: „Pointiert formuliert ergibt sich als Sinnkonsequenz aus unserer Hinwendung zur politischen Einheit Europas die Preisgabe des Gedankens, daß die staatliche Einheit die Norm, der Normalzustand, der Maßstab für die nationale Existenz unseres Volkes ist ... Die politische Entscheidung für Europa tangiert also unser Bewußtsein [48] von deutscher Geschichte. Sie zwingt uns zu einem neuen Durchdenken der historischen Linienführung. Das kann zu einer gesamtdeutschen Ausweitung und Bereicherung unseres Geschichtsbildes führen.“

Der Kern der Sache tritt recht unverhüllt zutage. Man braucht eine Sicht deutscher Geschichte, die sich nicht mehr am Nationalstaat, sondern an einer unabhängig von diesem existierenden deutschen Nation orientieren will. Zwei Momente charakterisieren diese Auffassung im einzelnen:

*Erstens* ist ihr eine stärkere Beachtung und vor allem positive Wertung der staatlichen Vielfalt in der deutschen Geschichte eigen. Statt des Einheitsstaates wird Mehrstaatlichkeit für die deutsche Geschichte als normal, geradezu zur Norm der deutschen Geschichte erklärt. „Die Teilung, ja die Zersplitterung ist nicht als einzigartiges Phänomen nach einem verlorenen, selbstverschuldeten großen Krieg über das deutsche Volk gekommen; sie ist ein Charakteristikum der deutschen Geschichte.“<sup>92</sup> Geschichtliche Bildung habe daher die Aufgabe, „Wissen davon zu vermitteln, wie in Jahrhunderten die deutsche Nation das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit in anderen als nationalstaatlichen politischen Gestalten aufrechterhalten hat“.<sup>93</sup> Es geht generell darum, den Begriff der deutschen Staatlichkeit neu zu bestimmen. Die deutsche Mehrstaatlichkeit erfährt als eine fließende, besonders wandlungs- und anpassungsfähige politische Form „nationaler Existenz“ eine wesentliche Aufwertung. Das Wesen der deutschen Geschichte soll nicht mehr in der Entwicklung zu einem zentralisierten Nationalstaat, sondern im Neben-, Mit- und auch Gegeneinander mehrerer deutscher Staaten gesehen werden, das den wechselnden Anforderungen der Entwicklung gerecht wurde und worin sich zugleich die „nationale Einheit“ realisierte.

Am deutlichsten fand diese Denkrichtung in den „Leitlinien“ für die „Neue Deutsche Geschichte“ ihren Niederschlag. „Die deutsche Staatlichkeit ist im Hinblick auf ihr inneres Gefüge für sehr lange Zeit als eine werdende und sich gemäß den jeweiligen Herausforderungen wandelnde aufzufassen“, was bis ins 19. Jahrhundert zu gelten habe.<sup>94</sup> So erscheine die deutsche Geschichte als „ein im

---

<sup>91</sup> So formuliert von Karl Dietrich Erdmann, Sinnfragen der deutschen Geschichte, S. 528. Zur These von der deutschen Mehrstaatlichkeit vgl. die Polemik von Gerhard Lozek, Illusionen und Tatsachen. Anachronistische BRD-Geschichtsschreibung über die DDR, Berlin 1980, Abschnitt: Die Sache mit der Nation.

<sup>92</sup> Dieter Schmidt-Sinns, Mittlere Geschichte im Lernfeld Politik, S. 28.

<sup>93</sup> Felix Messerschmid, Deutsche Nation – historisch und politisch, S. 291.

<sup>94</sup> Ankündigung „Neue Deutsche Geschichte“.

Hinblick auf Intensität und Konzentration wandlungsfähiges Kontinuum“, und man könnte daher „auch das Problem der deutschen Einheit, das die Konzeption des Gesamtwerkes stets ausgesprochen oder unausgesprochen begleiten wird, von einer neuen historischen Perspektive her deuten“. Deutsche Staatlichkeit in ihrer Vielfalt soll nicht mehr als etwas Negatives, Sinnwidriges erscheinen, sondern will als eine [49] normale, legitime, der jeweiligen geschichtlichen Situation entsprechende historische Realität verstanden sein.

Unter Benutzung der These von Friedrich Meinecke über den Unterschied von „Kultur-“ und „Staatsnation“ neigen maßgebende Kräfte in der BRD-Geschichtswissenschaft – im Gegensatz zu Meinecke, der sich zu seiner Zeit bekanntlich für den Nationalstaat als Maßstab deutscher Geschichte entschied – gegenwärtig dazu, jene Jahrhunderte deutscher Geschichte höher zu bewerten, in denen Deutschland in ihrer Sicht lediglich als „Kulturnation“ bestand. Sie sind in diesem Zusammenhang auch bereit, den staatlichen Pluralismus als politische Existenzform der historisch weit ins Mittelalter zurückverlegten deutschen „Kulturnation“ nicht nur zu akzeptieren, sondern auch als Wesenszug, ja sogar Vorzug deutscher Geschichte zu begreifen. Jaspers' 1960 am Phänomen des deutschen Nationalbewußtseins bereits in den Grundzügen vorexerzierte Linienführung hat in der BRD-Historiographie Fuß gefaßt. Das wird noch deutlicher erkennbar, wenn man auch Äußerungen beachtet, daß die bedeutenden kulturellen Leistungen des deutschen Volkes mit der staatlichen Vielgestaltigkeit direkt in Zusammenhang stünden.<sup>95</sup>

Ein *zweites*, mit der Aufwertung staatlicher Vielgestaltigkeit direkt verbundenes Element modifizierter bürgerlicher Sicht der deutschen Geschichte ist die stärkere Berufung auf das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“. Das Reich erscheint wegen der politisch-staatlichen Ordnungsfunktionen, die ihm eigen waren, gleichsam als notwendige Ergänzung der Mehrstaatlichkeit, aber auch als politisch übergreifender Rahmen für die nationale Entwicklung. Als ein tragfähigeres Modell für die Bewahrung „nationaler Einheit“ bei staatlicher Vielfalt tritt es im bürgerlichen Geschichtsbild offenbar mehr und mehr an die Stelle des Deutschen Reichs von 1871. Am deutlichsten ist dieser Rückgriff auf das Römische Reich im Prospekt der „Neuen deutschen Geschichte“ zu erkennen, dessen Bände in der Mehrzahl auf den Reichsbegriff fixiert sind.

So unterschiedlich die Auslegungen der alten „Reichsidee“ im einzelnen sein mögen, generell liegt ihnen wohl der Versuch zugrunde, eine gewisse Symbiose der Begriffe von „Kultur-“ und „Staatsnation“ zu erreichen. Auf den Reichsgedanken rekurrieren sowohl Vertreter des Konzepts der „Staatsnation“ als auch Anhänger der „Kulturnations-,„auffassung.“<sup>96</sup> Das Reich kann von beiden Richtungen akzeptiert werden, weil es einerseits (gerade [50] noch) staatlichen Charakter trug, andererseits aber lediglich ein loses politisches Dach über eine Vielzahl von feudalen deutschen Einzelstaaten spannte. Unter aktuell-politischem Blickwinkel vermag es der bürgerlichen Ideologie als historisches Vorbild zu dienen, weil es zwar kein zentralisierter Staat war, als übergeordnete lose Staats- und Rechtsordnung gleichwohl über einen gewissen politischen Zusammenhalt verfügte und zugleich Raum und Möglichkeit geboten zu haben schien, um Unterschiedliches, ja Gegensätzliches in der staatlich-politischen, aber auch kulturellen Entwicklung sich entfalten zu lassen.<sup>97</sup>

Dem historischen Rückgriff auf das alte Reich liegt vorrangig handfester politischer Pragmatismus zugrunde. Zur Anpassung an das veränderte Kräfteverhältnis gezwungen, sucht die bürgerliche Ideologie der BRD in der Gegenwart im Reich vor 1806 ein eigenständiges deutsches Beispiel, das ihr Erfahrungen für die langfristige Auseinandersetzung mit dem realen Sozialismus in der DDR vermitteln soll. Die Geschichte wird mobilisiert, um die gegenwärtige deutsche Zweistaatlichkeit als einen

<sup>95</sup> Gustav Heinemann, Staatliche Formen deutscher Nation, in: Politik und Kultur, 2/1974, S. 3 ff.

<sup>96</sup> Hellmut Diwald, Geschichte der Deutschen, Frankfurt am Main – Berlin (West) – Wien 1978; Ankündigung „Neue Deutsche Geschichte“; Theodor Schieder, Die verschüttete Freiheit, in: Christ und Welt, 30.4.1971; ders., Was ist des Deutschen Vaterland, in: Die Welt, 11.11.1972. Eine große Rolle spielte die Reichsidee in der von Filbinger in Stuttgart initiierten Stauferausstellung von 1977.

<sup>97</sup> Alfred Dregger, stellvertretender CDU-Vorsitzender, bezeichnete das Reich als „weltordnende Einrichtung“ und Leitbild für die deutsche Einheit (zit. in: Richard Zimmermann, Alfred Dregger und die deutsche Geschichte. Mythen und Realitäten, in: Neue Gesellschaft, 8/1978, S. 656); Dieter Schmidt-Sinns, Mittlere Geschichte im Lernfeld Politik, S. 26, kennzeichnet die Reichsidee treffend als „Vorbild für neuzeitliche Großmachtträume“.

charakteristischen Zustand deutscher Geschichte erscheinen zu lassen, durch den die „Einheit der Nation“ nicht in Frage gestellt werde. Eine historisch legitimierte Anerkennung zweier (oder mehrerer) deutscher Staaten soll Freiraum für eine flexiblere imperialistische Politik schaffen, mit der man immer noch die DDR aus der sozialistischen Staatengemeinschaft herauszulösen und schrittweise bürgerlich machen zu können glaubt.

Das stärkere Interesse für die deutsche Geschichte im sogenannten „vornationalstaatlichen“ Zeitalter steht schließlich mit den ebenfalls gegen Ende der 60er Jahre angelaufenen Bemühungen im Zusammenhang, das bürgerliche Geschichtsbild durch stärkere Einbeziehung demokratischer, ja revolutionärer Traditionen progressiv auszuweiten und auf diese Weise attraktiver zu gestalten.<sup>98</sup> Seit Mitte der 60er Jahre begann sich die bürgerliche Geschichtswissenschaft der BRD im Zusammenhang mit dem Aufkommen des sogenannten „neuen Nationalismus“ massiv der Frage nach dem Verhältnis von Nation und Demokratie zuzuwenden.<sup>99</sup> Um dem sich wieder stärker abzeichnenden bürgerlichen Nationalismus eine demokratische Legitimation zu verschaffen, sollen fortschrittliche Bestrebungen und Bewegungen aus der Zeit des Ringens gegen die feudalstaatliche Zersplitterung und um die Schaffung eines fortschrittlichen bürgerlich-demokratischen deutschen Nationalstaats mehr Berücksichtigung finden. Nicht zuletzt unter [51] dem Zugzwang der revolutionären Traditionspflege in der DDR besann man sich vor allem im Rahmen der über die Massenmedien geführten Geschichtspromaganda solcher revolutionärer Ereignisse wie des Großen Deutschen Bauernkrieges, der demokratischen Bewegungen der deutschen Jakobiner im Gefolge der Großen Französischen Revolution von 1789, der antinapoleonischen Befreiungskriege, der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49, aber auch des Ringens der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert.

Es stellt sich die Frage nach dem Zweck derartiger Bestrebungen, die keineswegs originell sind. Die bürgerliche deutsche Geschichtswissenschaft vollzieht lediglich nach, was die französische Großbourgeoisie bereits in der Dritten Republik, namentlich in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts durch Übernahme von Symbolen, Begriffen, Jubiläen der Großen Französischen Revolution von 1789 zum Zwecke der Festigung der bürgerlichen Herrschaft vormachte. Dem gleichen Ziel dient auch der Versuch, der imperialistischen BRD eine progressive Traditionslinie, eine „schwarz-rot-goldene Ahnenreihe“ zu verschaffen.<sup>100</sup> Es ist aber auch eine Reaktion auf den wachsenden Einfluß des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes zur deutschen Geschichte. Der DDR soll nicht, wie verschiedentlich direkt formuliert wurde, die „Alleinvertretung“<sup>101</sup> der progressiven Traditionen aus der deutschen Geschichte überlassen werden. Die scheinbar demokratische Ausweitung des bürgerlichen Geschichtsbildes soll zu gleich im Klassenkampf mit dem Sozialismus den Spielraum für die Verbreitung bürgerlicher Geschichtsideologie erweitern. Das herkömmliche, von reaktionären Elementen bestimmte Geschichtsbild erwies sich hierzu als zunehmend ungeeignet. Um die „gemeinsame Geschichte“ als wesentlichen Faktor einer DDR und BRD angeblich überspannenden „einheitlichen deutschen Nation“ zur Geltung bringen zu können, werden vor allem solche progressiven Traditionselemente bemüht, auf die sich BRD und DDR berufen können und die in der Bevölkerung der DDR auf ein positives Echo stoßen. Schließlich sollen durch Berufung auf progressives geschichtliches Erbe die demokratischen Kräfte in der BRD stärker an die bürgerliche Ideologie gebunden werden.

[52]

---

<sup>98</sup> Vgl. dazu: Unbewältigte Vergangenheit, Berlin 1977, S. 125 f.; Gerhard Lozek, Bürgerliche Geschichtsschreibung im Zeichen imperialistischer Politik, in: Einheit, 12/1975; Walter Schmidt, Nationalismus im Klassenkampf unserer Zeit, in: Einheit, 2/1975, S. 202 ff.

<sup>99</sup> Werner Conze, Nation und Gesellschaft – zwei Grundbegriffe der revolutionären Epoche, in: HZ, Bd. 198, 1964, S. 1 ff.; ders., Der deutsche Nationalstaat. Geschichte und Zukunft, in: Handelsblatt, 31.3., 21./22.4., 12./13.5. und 9./10.6.1967; Werner Conze/Dieter Groh, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Stuttgart 1966; Bruno Heck, Nation und Demokratie in Deutschland, in: Nation und Nationalismus, hrsg. von Hans Bolewski, Stuttgart 1967; vgl. dazu: Unbewältigte Vergangenheit, S. 74 ff., 61 ff.

<sup>100</sup> Gustav Heinemann, Lehren für eine gescheiterte Nation, in: Stuttgarter Zeitung, 18.1.1971.

<sup>101</sup> Gustav Heinemann, Die Geschichtsschreibung im freiheitlich-demokratischen Deutschland (Rede bei der Schaffermahlzeit am 13. Februar 1970 im Bremer Rathaus), in: Bulletin, Nr. 21, 17.2.1970, S. 203 f.

## Varianten der nationalistischen Einheitsdoktrin

Einen zentralen Platz nimmt in den Debatten um das Verhältnis von Nation und Geschichte die Frage ein, ob und welche Folgen sich aus den entgegengesetzten gesellschaftlichen Entwicklungen von DDR und BRD für den nationalen Status in beiden deutschen Staaten ergeben. Ausgelöst wurde die Diskussion vor allem durch die vom VIII. Parteitag der SED getroffenen Feststellungen über die Entwicklung einer sozialistischen deutschen Nation auf dem Boden der DDR. Obwohl die Mehrheit der zu diesem Thema sich äussernden Historiker und anderen Gesellschaftswissenschaftler die regierungsoffizielle These von der fortbestehenden Einheit einer deutschen Nation vertritt, ist eine starke Meinungsdivergenzierung nicht zu übersehen. Eine wenn auch noch geringe, so doch wachsende Zahl von Historikern und Politikern vornehmlich der jüngeren Generation begann über Möglichkeiten, aber auch die Realitäten einer deutschen „Binationalisierung“<sup>102</sup> nachzudenken. Das Bekenntnis zur Regierungsdoktrin ist durchaus nicht so allgemein, wie die offizielle BRD-Politik weiszumachen sucht. Es hat sich unter den Gesellschaftswissenschaftlern der BRD durchaus schon eine in sich gewiß nicht einheitliche Richtung herauskristallisiert, die von bürgerlichen Positionen aus und mit unterschiedlicher politischer Zielsetzung auf diese oder jene Weise den neuen Realitäten gegensätzlicher Nationalentwicklung in DDR und BRD Rechnung zu tragen sucht. Insofern lassen sich im Hinblick auf die Stellung zur Realität zweier deutscher Nationen im großen und ganzen zwei Gruppierungen unterscheiden.

Die erste Gruppierung bleibt im ganzen im Bannkreis der offiziellen Einheitsdoktrin. Doch zeichnen sich bei ihrer Begründung erhebliche Unterschiede ab. Es lassen sich mehrere Varianten feststellen.

Eine erste, vornehmlich von konservativen Kräften, geschlossen nur von der CSU und von neofaschistischen Elementen vertretene Richtung folgt, wie bereits dargelegt, strikt dogmatisch dem „Staatsnationen“-Konzept und läßt als historischen Bezugspunkt für „nationale Einheit“ allein das 1871 gegründete Deutsche Reich gelten. Da ein solcher Einheitsstaat seit einer Generation nicht mehr existiert, wurde an die Stelle der historischen Realität eine „juristische Fiktion“ gesetzt, ein formalrechtliches Weiterbestehen des Deutschen Reiches konstatiert. Dieser Standpunkt erhielt durch das Bundesverfassungsgericht sogar rechtliche Sanktion. Doch erwies sich diese sogenannte staatsrechtliche Begründung einer nationalen Einheit zur Erfassung der politisch-historischen Realität selbst für der CDU nahestehende Historiker als gänzlich unbrauchbar. Karl Dietrich Erdmann sprach dazu den Klartext.<sup>103</sup> Die Masse der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Historiker hat sich daher mehr oder weniger konsequent auf die theoretische Position der Kulturnation zurückgezogen. Diese zweite Richtung, der heute auch die meisten der mit der CDU sympathisierenden Historiker zuzurechnen sind, ließ das Deutsche Reich als historischen Bezugspunkt für nationale Einheit fallen und leitet diese aus gemeinsamer Kultur und einer über die Zäsur von 1871 weit zurückreichenden gemeinsamen deutschen Geschichte ab. Auch Erdmann kann als allgemeinen Rahmen für eine neue Linienführung einer gemeinsamen deutschen Geschichte bis zur Gegenwart nur „die mit der Geschichte gewachsene Kulturnation“ anbieten.<sup>104</sup>

Ein wesentliches Element dieser neuen Sicht deutscher Geschichte besteht in der territorialen Ausweitung dessen, was imperialistische BRD-Politik als sogenannte deutsche Frage ausgibt. Von historischer Seite sind Bemühungen im Gange, durch Ausdehnung des Begriffs der deutschen Kulturnation auch auf Österreich als den „dritten deutschen Staat“ dessen Geschichte nicht nur bis zur Entscheidung über den eigenen österreichischen nationalstaatlichen Entwicklungsweg im Jahre 1866, sondern bis in die Gegenwart zu einem immanenten Bestandteil einer einheitlichen deutschen Geschichte zu machen. Die von Erdmann erarbeitete 9. Auflage des Bandes 4 von Gebhardts „Handbuch der deutschen Geschichte“ behandelt ebenso wie Diwalds „Geschichte der Deutschen“ die österreichische Geschichte, einschließlich der erneuten Bildung der Republik Österreich nach der Zerschlagung des Faschismus,

---

<sup>102</sup> Erich Kitzmüller/Heinz Kuby/Lutz Niethammer, Der Wandel der nationalen Frage in der Bundesrepublik Deutschland. Nationalstaat ohne Nationalökonomie, in: Das Parlament, B 33, 1973, S. 14.

<sup>103</sup> Karl Dietrich Erdmann, Die Nation im geteilten Deutschland, S. 742.

<sup>104</sup> Karl Dietrich Erdmann, Ende oder Epoche der deutschen Geschichte?, in: Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4: Die Zeit der Weltkriege, Stuttgart 1977, S. 804.

als deutsche Geschichte, wobei Österreich immerhin schon konzidiert wird, seit 1945 im Begriffe zu sein, „eine österreichische Staatsnation zu werden“.<sup>105</sup> Ausgegangen wird von [54] einer auf der „Kulturturnation“ ruhenden „deutschen Dreistaatlichkeit“, die sich nach dem Ende der „nationalstaatlichen Periode“ ergeben habe. Durch Einbeziehung Österreichs wird aus dem historischen Sonderfall „zweier Staaten einer Nation“ der historisch ja nicht erstmalige Normalfall deutscher Mehrstaatlichkeit. „Jedenfalls geht die Geschichte weiter, auch wenn wir staatlich gespalten sind und in Begriff stehen, dies abermals europäisch zu besiegeln. Zum deutschen Geschichtsraum gehören aber, wenn wir uns davon lösen, daß die deutsche Geschichte unter der Norm des nationalen Einheitsstaates zu betrachten sei, nicht nur die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, sondern auch Österreich.“<sup>106</sup> Doch hat die „deutsche Dreistaatlichkeits“-These einen deutlichen politischen Hintergrund. Sie ist in ihrer politischen Tragweite nur im Zusammenhang mit den neuerlich wiederbelebten Diskussionen in der BRD um eine „Österreich-Lösung“ des Problems DDR zu verstehen. Erdmann ließ den Bezug darauf im Schlußabschnitt seiner Darstellung der Nachkriegsgeschichte fast unmerklich mit dem Hinweis anklingen, daß sich zwischen BRD und Österreich eine „problemlose politische Freundschaft“ entwickelt habe.<sup>107</sup> Es liegt auf der Hand: Ein ebensolches Verhältnis zur DDR wird nur durch die Existenz des Sozialismus verhindert, also müsse sich die DDR gesellschaftlich und politisch wieder in kapitalistischer Richtung entwickeln. Das ist im Grunde auch der Kern alter Vorschläge einer „Österreich-Entwicklung der DDR“. Die ersten Überlegungen für dieses politische Konzept reichen in die beginnenden 60er Jahre zurück und sind mit Jaspers' Vorschlag verknüpft, einen selbständigen „deutschen Oststaat“ zu akzeptieren, sofern er nur nach den Prinzipien der bürgerlich-kapitalistisch verstandenen „freien Selbstbestimmung“ organisiert wäre.<sup>108</sup>

[55]

---

<sup>105</sup> Ebenda, S. 801.

<sup>106</sup> Karl Dietrich Erdmann, Sinnfragen der deutschen Geschichte, S. 528. Siehe auch: Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, S. 1039, 1048.

<sup>107</sup> Karl Dietrich Erdmann, Ende oder Epoche der deutschen Geschichte, S. 81.

<sup>108</sup> Karl Jaspers, Freiheit und Wiedervereinigung, S. 45 ff.

## Zum historischen Boden der DDR

Jaspers suchte dafür der DDR in der preußisch-sächsischen Geschichte sogar einen über den Bismarckstaat hinausreichenden, Österreichs Vorgeschichte vergleichbaren eigenen historischen Boden zu verschaffen. „Vielmehr hat Ostdeutschland seinen eigenen historischen Boden. Es ist die Welt Brandenburgs und Sachsens, und übergreifend die Preußens und Berlins. Es hat seine eigene Geschichte. Heute ist es reduziert auf seinen kleinen Umfang wie Österreich. Preußen-Deutschland und seinen Maßstab gibt es als Recht so wenig mehr wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Wohl aber gibt es die Erinnerung an den hellen preußischen Geist, die verlässliche Dienstleistung, die Härte, die Unbefangtheit; und an die Welt Sachsens, voll großer geistiger und religiöser Überlieferung.“<sup>109</sup>

Diese Äußerungen Jaspers' artikulieren bestimmte – ungeachtet aller vordergründigen bürgerlichen Beschwörung einer angeblich „historisch gewachsenen deutschen Schicksalsgemeinschaft“ – auch in der Gegenwart keineswegs fehlenden Bestrebungen bürgerlicher Geschichtsideologie, das Verhältnis von DDR und deutscher Geschichte in billiger Manier willkürlich zu verengen.<sup>110</sup> Wenn schon die Anerkennung der staatlichen Selbständigkeit der DDR und eventuell sogar ihrer nationalen Eigenentwicklung nicht zu umgehen ist, dann soll der sozialistische deutsche Staat wenigstens mit dem historischen Stigma versehen werden, vom reaktionären Preußen abzustammen, und vorrangig als Fortsetzung preußischer (oder bestenfalls noch sächsischer) Geschichte erscheinen. Originalität besitzt auch diese Variante historischer Einordnung der DDR nicht. Versuche, den revolutionären Sozialismus in Deutschland als preußisch zu verketzern, reichen weit zurück.<sup>111</sup> Auch gegenwärtig spielt die bürgerliche Propaganda nicht selten auf dieser Klaviatur und sucht den realen Sozialismus auf deutschem Boden mit Preußentum zu identifizieren. Wie [56] historische Manipulationen dieser Art allein dem politisch durchsichtigen Ziel dienen, die DDR zu diskreditieren, erhellen verschiedene Reaktionen auf die jüngsten Diskussionen in der DDR um das preußische Erbe.<sup>112</sup> Sobald die DDR daran geht, auch all das aufzuarbeiten und in den Traditionsbestand der sozialistischen Gesellschaft zu integrieren, was an Positivem aus der preußischen Geschichte auf uns überkommen ist, „verweigert“ ihr die bürgerliche Ideologie selbstverständlich sofort jegliches Recht, sich auf progressive Traditionen preußischer Geschichte zu berufen.

Die DDR als sozialistischer deutscher Staat ist natürlich weder aus der Geschichte Preußens noch aus den historischen Prozessen der anderen deutschen Teilstaaten herausgewachsen, deren Territorien heute ganz oder weitgehend in den Bestand der DDR eingegangen sind. Der historische Boden der DDR ist objektiv von ganz anderer, grundsätzlich weiter reichender Dimension. Der reale Sozialismus auf deutschem Boden ist historisch nur als Ergebnis der ganzen deutschen Geschichte zu begreifen; er kann von diesen historischen Grundlagen nicht getrennt, nicht auf eine vornehmlich preußische, sächsische, thüringische und mecklenburgische „Vorgeschichte“ beschränkt werden. Seine historischen Wurzeln sind die erbitterten Klassenauseinandersetzungen, die die werktätigen Klassen des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit in einer jahrhundertelangen, wechselvollen Geschichte um die Verwirklichung des historischen Fortschritts auf deutschem Boden geführt haben.<sup>113</sup> Der

---

<sup>109</sup> Ebenda, S. 47. Zur Auseinandersetzung mit dieser These vgl. auch: Alfred Kosing, Illusion und Wirklichkeit in der nationalen Frage, in: Einheit, 5/1962, S. 13 ff.

<sup>110</sup> Wolfgang Venohr, Halb Preußen – halb Sachsen, DDR-Report, Hamburg 1972; auch Theodor Schieder bezeichnet die DDR als „Kernstück des alten Hohenzollernstaates“, in: Deutsche Zeitung, 4.10.1974; Jean Edward Smith, The Red Prussianism of the German Democratic Republic, in: Political Science Quarterly, Columbia University, New York, Vol. LXXXII, Nr. 3.

<sup>111</sup> So die Marx-Biographie von Leopold Schwarzschild, Der rote Preuße, Stuttgart 1954.

<sup>112</sup> Günter Zehm, Auf der Suche nach Preußen, in: Die Welt, 21.10.1978; Die Enteignung Preußens, in: Rheinischer Merkur, 17.11.1978; Hendrik Bussiek, „Nicht nur Weimar, sondern auch Preußen“, in: Vorwärts, 11.1.1979; Eckart Förtsch, Revision des Preußenbildes? Ein neuer wissenschaftlicher Ansatz in der DDR, in: Deutschland-Archiv, 2/1979, S. 168 ff.; H. Zielinski, SED beschäftigt sich weiter mit dem Preußenerbe, in: SFB, 7.7.1979; H.-J. Wiessner, Genosse Friedrich II.? in: ZDF, 17.4.1979.

<sup>113</sup> Diese Grundposition der DDR findet sich am klarsten formuliert bei E. Honecker, Zügig voran bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitagess der SED, in: E. Honecker, Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1975, S. 239 ff.; ders., Siegesbewußt auf sozialistischem Weg, in: Ebenda, Bd. 3, Berlin 1976, S. 172 ff.; ders., Alle Vorzüge des Sozialismus nutzen, in: Ebenda, S. 260 ff.

Durchbruch zu der, den Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche entsprechenden, sozialistischen Entwicklung in der DDR wurde vor allem durch den Kampf der deutschen Arbeiterklasse vorbereitet, deren beste Kräfte, im Bund der Kommunisten, in der revolutionären deutschen Sozialdemokratie und in der Kommunistischen Partei Deutschlands organisiert, ihn inspirierten und leiteten. Die revolutionäre Partei der siegreichen Arbeiterklasse in der DDR, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, hat im Ringen dieser Kräfte ihre historische Traditionslinie.<sup>114</sup> Die DDR ist Erbe und Vollender der progressiven Traditionen aus der ganzen deutschen Geschichte. Das ist ihr legitimer, weil objektiv gegebener historischer Anspruch, der seiner eigenen politischen Relevanz nicht entbehrt.

Das Geschichtsbild der Bürger der DDR, ihr historisches Bewußtsein, muß dieser weiten historischen Dimension von Herkunft und Verwurzelung des Sozialismus auf deutschem Boden gerecht werden. Weder darf das Geschichtsbild zeitlich auf die [57] unmittelbare Genesis und die eigene Geschichte des sozialistischen deutschen Staates nach dem Ende des zweiten Weltkrieges verkürzt werden, sondern muß auch seine gesamte über Jahrhunderte währende, vom deutschen Volk gestaltete „Vorgeschichte“ umschließen, aus der die DDR hervorging; noch darf es für ihre deutsche „Vorgeschichte“ territorial etwa bloß auf jene Gebiete früherer deutscher Staatsgebilde verengt sein, die heute das Territorium der DDR ausmachen. Unser Bild von der Geschichte, aus der wir kommen, muß die ganze deutsche Geschichte umfassen und bis 1945 alle deutschen Territorien einschließen.<sup>115</sup>

Die Sicht auf die ganze deutsche Geschichte ist ein unveräußerliches Element des nationalen Selbstverständnisses des Volkes der DDR. Denn erst auf dem Hintergrund des Gesamtablaufs der Geschichte des deutschen Volkes wird der historische Wendepunkt erkennbar, den die Konstituierung der DDR markiert. Die Geschichtswissenschaft der DDR widmet sich daher der Erarbeitung, Darstellung und Verbreitung eines ganzheitlichen Bildes der deutschen Geschichte, das bis zum Ende des zweiten Weltkriegs die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse und historischen Klassenkämpfe in allen deutschen Territorien umfaßt. Eine Beschränkung unseres Geschichtsbildes auf die preußische, sächsische, mecklenburgische und thüringische Geschichte ist unannehmbar, weil es den objektiven historischen Prozessen und Zusammenhängen, in denen die DDR steht, nicht gerecht wird.

Wenn die ganze deutsche Geschichte als der historische Grund betrachtet wird, auf dem die sozialistische DDR steht, so leitet sich aus dieser Haltung keineswegs Gleichgültigkeit, Mißachtung oder Nihilismus gegenüber der Geschichte jener Territorien ab, aus denen heute die DDR besteht. Selbstverständlich haben die Bürger der DDR ein besonderes Interesse an der historischen Vergangenheit des Territoriums, auf dem sie seit mehr als einer Generation erfolgreich die sozialistische Gesellschaft aufbauen und ausgestalten und das in seiner Gesamtheit zu ihrem sozialistischen Vaterland geworden ist. Es kann dabei indes nicht daran vorbeigegangen werden, daß auf diesem Territorium im Feudalismus und in der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus, also über Jahrhunderte hinweg, mehrere Territorialstaaten existierten, die einerseits politischer Rahmen, andererseits aber und vor allem wesentliches Hemmnis bei der Verwirklichung des bürgerlich-kapitalistischen Fortschritts waren. Natürlich haben auch diese Besonderheiten der historischen Entwicklung Spuren hinter-[58]lassen und wirken bis in die sozialistische Gegenwart hinein nach. Die sozialistische Revolution hat allerdings radikal alle aus dem Feudalismus überkommenen partikularistischen Relikte beseitigt, die die bürgerliche Umwälzung in Deutschland im Unterschied etwa zur Großen Französischen Revolution von 1789 noch hatte bestehen lassen. Das Interesse der sozialistischen Gesellschaft an diesem Abschnitt der Geschichte ihres Territoriums besteht nicht darin, irgendwelche eng territorial-staatliche Traditionen wiederzubeleben. Eine wissenschaftliche Beschäftigung mit dieser Geschichte kann nicht an der fortschritthemmenden Rolle der feudalbeherrschten deutschen Partikularstaaten vorbeigehen. Aber das ist nur eine Seite.

Das Hauptaugenmerk gilt indes dem auch in der Entwicklung der Territorialstaaten entstandenen und von der bürgerlichen Geschichtsschreibung, die sich vornehmlich auf die Herrscherhäuser konzentrierte, weitgehend der Vergessenheit anheimgegebenen progressiven Erbe. Die Geschichte Preußens,

---

<sup>114</sup> Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S. 5.

<sup>115</sup> Vgl. Grundriß der deutschen Geschichte. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1979.

Sachsens, der thüringischen, mecklenburgischen oder anhaltinischen Staaten war – in unterschiedlichem Grade freilich – nicht nur durch die Misère von Kleinstaaterei und feudaler Reaktionsherrschaft bestimmt, sondern umschließt zugleich wertvolle, durch die Aktivitäten der werktätigen Massen, aber auch progressiver Kräfte der Ausbeuterklassen geschaffene humanistische, demokratische und revolutionäre Traditionen. Die marxistisch-leninistische Regionalgeschichtsforschung betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, diese Traditionen aufzuarbeiten und zu vermitteln und so die sozialistische Bewußtseinsbildung zu fördern. Eine bewußte Aneignung dieses historischen Erbes trägt wesentlich dazu bei, die Bürger des sozialistischen Staates bei der sozialistischen Gestaltung ihrer engeren Heimat mit dem sozialistischen Vaterland fester zu verbinden. „Jede Stadt, jeder Kreis und jede Gemeinde verfügen über Traditionen, die zu unserer nationalen Identität, zur progressiven und humanistischen Geschichte unseres Volkes gehören... Das Wohlbefinden der Bürger in unserem sozialistischen Staat wird nicht unwesentlich davon beeinflußt, wie sie sich mit ihrer Gemeinde oder ihrer Stadt und deren Geschichte verbunden fühlen. Auch das wirkt auf ihr Bewußtsein, auf die Bereitschaft, zu schützen und Zu erhalten, wofür unsere Väter gekämpft und was wir alle gemeinsam geschaffen haben.“<sup>116</sup>

Die Diskussion um die Haltung der sozialistischen Gesellschaft Zum historischen Erbe Preußens<sup>117</sup> hat nicht nur die progressive [59] Klassenlinie in der Entwicklung dieses größten deutschen Territorialstaats herausgestellt, sondern sich zugleich der Forderung gestellt, auch aus der Tätigkeit der herrschenden Ausbeuterklassen alle jene Elemente sorgsam zu erschließen und ausgewogen zu bewerten, die dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen. Es versteht sich von selbst, daß diese Auseinandersetzung nicht nur die preußische Geschichte betreffen kann, sondern ebenso die Geschichte Sachsens, der thüringischen und mecklenburgischen Staaten einschließen muß. Die bereits vorliegende marxistische Geschichte Preußens wird durch historisch-materialistische „Landesgeschichten“ Sachsens, Thüringens und Mecklenburgs zu ergänzen sein.

[60]

---

<sup>116</sup> E. Honecker, Die nächsten Aufgaben der Partei bei der weiteren Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED, Berlin 1980, S. 89.

<sup>117</sup> Vgl. Ingrid Mittenzwei, Die zwei Gesichter Preußens, in: Forum, 19/1978; dies., Absolutistisches Preußen und historisches Erbe, in: Historiker-Gesellschaft der DDR – Wissenschaftliche Mitteilungen, 1979, H. I/II, S. 49 ff.; H. Bock, Die nationale Unabhängigkeitsbewegung gegen die napoleonische Fremdherrschaft. Tradition und Mahnung im marxistischen Geschichtsbild, in: Ebenda, S. 61 ff.; Horst Bartel/Ingrid Mittenzwei/Walter Schmidt, Preußen und die deutsche Geschichte, in: Einheit, 6/1979, S. 637 ff.

## Was steckt hinter der sogenannten „Osterreich-Lösung“?

Mitte der 60er Jahre nahm Erdmann – ohne sich auf die Preußenfrage einzulassen – den Grundgedanken Jaspers' auf und plädierte für eine diplomatische Anerkennung und damit gleichfalls Akzeptierung der DDR als selbständigen deutschen Staat, sobald hier bürgerlich-kapitalistische Lebensverhältnisse herrschen. „Warum soll es nicht möglich sein, so, wie Österreich und die Bundesrepublik als zwei Staaten nebeneinander existieren, einmal eines Tages einen dritten deutschen Staat neben uns zu sehen, die DDR, mit der wir auf dem gleichen Fuß etwa verkehren, wie wir es gegenwärtig mit Österreich tun, unter der Voraussetzung, daß es dort ein Mindestmaß an garantierter Freiheit gäbe.“<sup>118</sup> Erdmann wollte – und deshalb sprach er sich Anfang der 70er Jahre gegen die Ostverträge aus – die DDR erst dann völkerrechtlich anerkennen, wenn sie als Preis dafür dem Sozialismus abgeschworen hat.<sup>119</sup>

Inzwischen ist die DDR so diplomatisch anerkannt worden, wie sie sich entwickelt hat, als sozialistischer deutscher Staat, fest verankert in der sozialistischen Staatengemeinschaft. Alle imperialistischen Vorstellungen, als Preis für eine Anerkennung Abstriche am Sozialismus und an der Integration in die sozialistische Gemeinschaft aushandeln zu können, sind auf der Strecke geblieben. Gleichwohl sind derartige Hoffnungen immer noch lebendig. Sie finden gegenwärtig, da sich die imperialistische Politik nach der Anerkennung der DDR auf eine langfristige Auseinandersetzung mit dem Sozialismus auf deutschem Boden einstellen muß, ihren Ausdruck in Diskussionen über eine anzustrebende Liberalisierung und Neutralisierung der DDR. Dabei wird auf die in den 60er Jahren vereinzelt geäußerten und im allgemeinen noch abgelehnten Hinweise auf das Osterreich-Beispiel zurückgegriffen.

Am ausgereiftesten hat diese Variante der Staats- und Völkerrechtler Thomas Oppermann formuliert.<sup>120</sup> Die DDR soll im Hinblick auf die sozialen und politischen Verhältnisse in den Status [61] Österreichs gebracht werden. Zugleich soll eine schrittweise Lösung des Bündnisses mit der Sowjetunion erfolgen. Dafür wird dann großzügig zweierlei konzidiert: Nicht nur dürfe die DDR ihre Eigenstaatlichkeit behalten, sondern sie könnte auch sozialistisch bleiben, müßte nur eben einen anderen Sozialismus als den gegenwärtigen entwickeln, ohne Führung der SED. Und sie könnte, ähnlich Finnland, auch freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion beibehalten. Man müsse „Abschied nehmen vom Gedanken deutscher nationalstaatlicher Einheit“. Das sei zwar schmerzlich, aber hätte doch den Sinn, der DDR zu ermöglichen, „in vergleichbare Lebensumstände mit ihren ... Landsleuten im Westen zurückzufinden“. Der „Verzicht auf die gemeinsame Staatlichkeit würde durch die Wiedergewinnung einer geistig-humanen Übereinstimmung im gesamten deutschen Raum aufgewogen“.<sup>121</sup> „Vergleichbare Lebensumstände“ mit der BRD umschreibt deutlich genug die Absicht, in der DDR den Kapitalismus zu restaurieren. Hier werden Bestrebungen in der politischen Selbstverständigungsdiskussion unter den herrschenden Kräften in der BRD sichtbar, für längere Fristen wohl oder übel eine Eigenstaatlichkeit der DDR in Kauf zu nehmen, wenn damit nur deren Entwicklung, weg vom realen Sozialismus, in Richtung Kapitalismus eingeleitet würde. Daß eine solche DDR nur eine Zwischenstufe auf dem Wege zu ihrer politisch-staatlichen Einverleibung in den imperialistischen Machtbereich wäre, sieht man auf den ersten Blick.

In die gleiche Richtung laufende Vorstellungen sind bereits Diskussionsgegenstand von BRD-Politikern geworden. Verschiedene Stellungnahmen vor allem in der sogenannten Diskussion um den „Wiedervereinigungs“begriff lassen erkennen, daß die gegenwärtige offizielle BRD-Politik bereits vorgibt, eine staatliche Selbständigkeit der DDR für immer annehmen zu wollen, falls diese sich der bürgerlich determinierten „freien Selbstbestimmung“ unterwürfe.<sup>122</sup> Generell hat in letzter Zeit mit

<sup>118</sup> Deutscher Evangelischer Kirchentag, Hannover 1967, abgedruckt in: GWU, 6/1972, S. 359.

<sup>119</sup> Karl Dietrich Erdmann, Die falsche Alternative, in: Ebenda, S. 353 ff.; ders., Die Nation im geteilten Deutschland, in: GWU, 12/1977, S. 745.

<sup>120</sup> Thomas Oppermann, Staatliche Einheit oder innere Freiheit. Zu den langfristigen Perspektiven der nationalen Frage in Deutschland, in: Europa-Archiv, 21/1978, S. 681 ff.; siehe auch: Klaus Blömer, Deutsche Frage – eine europäische, keine deutsche Option, in: Europäische Rundschau, Wien, 2/1979, und Ralf Dahrendorf, in: Zur Sache, 4/1977, Bonn, S. 14 ff.

<sup>121</sup> Thomas Oppermann, Staatliche Einheit oder innere Freiheit, a. a. O., S. 690 und 691.

<sup>122</sup> Am klarsten bei Egon Franke, Grundsatzfragen der Deutschlandpolitik, in: Bulletin, 21. Juni 1979, S. 753 ff.; Werner Holzer, Die Gespenster-Debatte; Claus Arndt, in: Staatsbewußtsein in der DDR, in: Politik und Kultur, 6/1978, S. 52; „...“

der behutsamen Distanzierung vom Begriff der „staatlichen Wiedervereinigung“ zugunsten einer mehrstaatlich verstandenen nationalen Einheit der Deutschen zugleich die Propagierung der Selbstbestimmungslegende erheblich zugenommen. Man ist dazu übergegangen, das sogenannte Wiedervereinigungsgebot des BRD-Grundgesetzes in der Weise modifiziert zu interpretieren, daß nicht die Herstellung eines deutschen Einheitsstaates, sondern die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen gefordert [62] sei.<sup>123</sup> Insofern sei nicht die staatliche Teilung das eigentliche Ärgernis,<sup>124</sup> sondern die Tatsache, daß sich die DDR nicht an die bürgerlichen Herrschaftsbedingungen und eine durch bürgerliche Verhältnisse diktierte „freie Selbstbestimmung“ gehalten hat, sondern einen anderen Weg ging und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes realisierte, indem sie den Imperialismus beseitigte und den Sozialismus aufbaute. Diese Propaganda gibt ebenso wie das erneute Bekenntnis, daß bürgerliche Freiheit vor nationaler Einheit gehe,<sup>125</sup> das bürgerlich-imperialistische Klassenwesen auch der flexibelsten Einheitsparolen deutlich zu erkennen.

Die durch Einbeziehung Österreichs erfolgte und als „gesamtdeutsche Ausweitung und Bereicherung“<sup>126</sup> qualifizierte großdeutsche Neufassung des Begriffs deutsche Geschichte<sup>127</sup> ist nicht unwidersprochen geblieben. Zwar ist von österreichischer Seite einerseits die Lösung vom preußisch-deutschen Reich als Fixpunkt deutscher Geschichte als ein Fortschritt positiv gewertet, andererseits aber auch deutliches Unbehagen gegen die „Apriorithese“ von *einer* deutschen Geschichte, zu der die Österreichs für alle Zukunft gehören soll, geäußert worden.<sup>128</sup> Ebenso wenig einhellig ist die Meinung von BRD-Historikern zur Frage einer einfachen Integration der Geschichte Österreichs in eine auf der Basis des Kulturnationsbegriffs weitgefaßte deutsche Geschichte. Eine Reihe von ihnen läßt sich von der richtigen Auffassung leiten, daß nach 1866 Österreich seine eigene, von der deutschen geschiedene Geschichte besitzt.<sup>129</sup>

In Frage gestellt wird darüber hinaus auch von bürgerlichen Historikern und Publizisten nicht nur die Bindung der deutschen Geschichte an den Begriff der „Kulturnation“, sondern auch die deutsche „Kulturnation“ selbst als Argument für eine fortbestehende nationale Einheit der Deutschen. Vor allem vier Argumente werden dagegen ins Feld geführt. Erstens kann wegen der „eklatanten Unterschiede der beiden Gesellschaftssysteme“ in DDR und BRD von einer Kulturgemeinschaft keine Rede sein.<sup>130</sup> Selbst Theodor Schieder vermerkte mit der gleichen Begründung, daß dies keine unproblematische Größe mehr sei.<sup>131</sup> Zweitens müsse~ wer deutsches kulturelles Erbe zu einem Schlüsselbegriff für nationale Einheit machen wolle, sich fragen lassen, „welche Schichten unserer westdeutschen Gesellschaft mit welchen Beständen deutscher Kulturtradition in Fühlung stehen“. Die Aversion gegen progressive Traditionen „spricht für die Schwierigkeit, über Traditionen zu befinden, die ‚der Nation‘ gemeinsam wären“. <sup>132</sup> [63] Drittens wird vor einer Berufung auf die „Kulturnation“

---

ob nicht die DDR dann, wenn dort freiheitliche Zustände herrschen, auch das Recht für sich voll in Anspruch nehmen kann, ein selbständiger Staat sein zu können.“

<sup>123</sup> Walter Scheel, „Zur 25. Wiederkehr des 17. Juni 1953“, in: Bulletin, Nr. 66, 20.6.1978, S. 625 ff.

<sup>124</sup> Egon Franke, Grundsatzfragen der Deutschlandpolitik, S. 754.

<sup>125</sup> Ebenda, S. 753; ders., 25 Jahre Kuratorium Unteilbares Deutschland, in: Bulletin, 19. Juni 1979, S. 738 ff.; Franz Josef Strauß, Einheit in Freiheit, in: Politik und Kultur, 3/1979, S. 26 ff.; Helmut Kohl, Das Wiedervereinigungsgebot als Bestandteil deutscher Politik, in: Ebenda, S. 16 ff.; Heinrich Lummer, Deutschlandpolitische Situation, in: Politik und Kultur, 6/1979, S. 62 ff.

<sup>126</sup> Karl Dietrich Erdmann, Sinnfragen der deutschen Geschichte, S. 528.

<sup>127</sup> Vgl. hierzu: Gerhard Lozek, Grundfragen der aktuellen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Historiographie, in: BzG, 1980, H. 1, S. 28 ff.; ders., Illusionen und Tatsachen. Anachronistische BRD-Geschichtsschreibung über die DDR, Berlin 1980.

<sup>128</sup> Fritz Fellner und Georg E. Schmid, Ende oder Epoche der deutschen Geschichte? Bemerkungen zum Abschlußband des Gebhardt'schen Handbuchs, in: Zeitgeschichte, Wien – Salzburg, 5. Jg., 4/1977/78, S. 158 ff., 166 ff.

<sup>129</sup> Ankündigung „Neue Deutsche Geschichte“; Eberhard Jäckel, Bonner Runde, ZDF, 26.4.1979, „Haben die Deutschen noch eine Geschichte?“ „Wir haben bis 1866 mit Österreich eine gemeinsame Geschichte gehabt, wir hatten bis 1945 mit dem, was heute die DDR ist, eine gemeinsame Geschichte gehabt, und wir beginnen jetzt natürlich, auch wenn wir lange nicht gewollt haben, Geschichte der Bundesrepublik zu betreiben.“

<sup>130</sup> Kurt Sontheimer, Der Wille zur Einheit, in: Die Zeit, 20.10.1972; Helmut Lindemann, Die Sache mit der Nation, München 1970, S. 169.

<sup>131</sup> Theodor Schieder, Honeckers Spiel mit der Geschichte, in: Deutsche Zeitung, 4.10.1974.

<sup>132</sup> Dietrich Geyer, Bemerkungen zum Problem der Nation in Deutschland, in: Nationalbewußtsein heute, Köln 1974, S. 76 f.

gewarnt, weil dieser Begriff einmal bereits vom Faschismus mißbraucht wurde und zum anderen wegen der Ausdehnung auf Österreich, die Deutsch-Schweizer und andere deutschsprachige Bevölkerungsgruppen politisch brisant sei. „Bleibt er auf den kulturellen Bereich beschränkt, ist er apolitisch, wird er politisiert, ist er politisch gefährlich.“<sup>133</sup> Viertens schließlich werden die diesem Begriff zugrunde gelegten, auf Kultur begrenzten Merkmale für unzureichend gehalten, um die Existenz einer einheitlichen Nation zu begründen, da kulturelle Traditionen nicht nur den Menschen in BRD und DDR, sondern auch den Österreichern und deutschen Schweizern gemeinsam sind.<sup>134</sup>

[64]

---

<sup>133</sup> Horst Ehmke, Was ist des Deutschen Vaterland, a. a. O.; Dietrich Geyer, Bemerkungen zum Problem der Nation in Deutschland, S. 77.

<sup>134</sup> Barthold Witte, Die deutsche Nation nach dem Grundvertrag, in: Europa-Archiv, 7/1973, S. 230; Dieter Schmidt-Sinns, Mittlere Geschichte im Lernfeld Politik, S. 27; Klaus von Bismarck, Wie weit kann oder muß Nationalbewußtsein ... Richtschnur ... sein?, in: Nationalbewußtsein heute, a. a. O., S. 21.

## Was hat es mit der „gemeinsamen deutschen Geschichte“ auf sich?

Ein wesentliches Element des bürgerlichen Kulturnationsbegriffs ist die Berufung auf die gemeinsame Geschichte. Doch wird gemeinsame Geschichte nicht nur zur Grundlage kultureller Einheit erklärt, sondern auch als wichtiger politischer Integrationsfaktor in Anschlag gebracht. Wegen langer gemeinsamer Geschichte blieben die Deutschen angeblich zur einheitlichen Nation verbunden. Die gemeinsame Geschichte sei eine der entscheidenden nationalen Klammern zwischen DDR und BRD.<sup>135</sup> Besonders strapaziert wird die Phrase von der „gemeinsam erlebten und zu verantwortenden Geschichte“.<sup>136</sup> Wie steht es wirklich mit diesem Hauptargument bürgerlicher Ideologie für eine fortbestehende einheitliche deutsche Nation?

Zunächst gilt es, den Verleumdungen entgegenzutreten, die DDR habe der deutschen Nation eine Absage erteilt und versuche schlankweg, eine gemeinsame historische Vergangenheit der beiden deutschen Staaten zu negieren.<sup>137</sup> Natürlich kommt die DDR ebenso wie die BRD aus der deutschen Geschichte. Die DDR hat zu keiner Zeit auch nur einen Moment daran gedacht, in Frage zu stellen, daß beide deutsche Staaten eine gemeinsame Vergangenheit haben, die für sie bis zum Untergang des Deutschen Reiches 1945 reicht. Entstehung und Entwicklung der DDR als eines sozialistischen deutschen Staates sind ohne seine historischen Wurzeln in der ganzen deutschen Geschichte unbegreiflich. Keinem marxistischen Historiker wird es einfallen zu leugnen, daß die deutsche Geschichte als objektiver Prozeß von Klassenkämpfen in den staatlich sehr verschiedenartig organisierten deutschen Territorien im Zeitraum eines Jahrtausends, seit sich das deutsche Volk als ethnische Einheit herausgebildet hatte, gemeinsame Züge aufweist.

Nicht Anerkennung oder Infragestellung dieses objektiven Tatbestandes ist strittig. Die Meinungsgegensätze ergeben sich vielmehr aus dem Versuch, aus der unbestreitbaren gemeinsamen [65] historischen Vergangenheit falsche Schlußfolgerungen zu ziehen: Nämlich erstens daraus eine immer noch bestehende, beide Staaten gleichsam zusammenhaltende Einheit der deutschen Nation abzuleiten; zweitens für beide deutsche Staaten eine „gemeinsame historisch-politische Tradition“ zu konstatieren; und drittens deswegen auch für Gegenwart und Zukunft DDR und BRD unter dem Begriff einer einheitlichen deutschen Geschichte zu subsumieren und in diese sogar noch Österreich einzubeziehen.

Gemeinsamkeiten im realen Geschichtsprozeß gibt es für längere historische Zeiträume nicht nur für DDR und BRD, sondern bis zu bestimmten historischen Zäsuren, an denen jeweils ökonomisch, sozial und politisch determinierte nationale Eigenentwicklungen einsetzten, auch für andere Staaten und Nationen in Mitteleuropa, für die Schweizer, Holländer, Österreicher, Luxemburger. Derartige Gemeinsamkeiten in der Geschichte haben jedoch – selbst wenn sie über Jahrhunderte hinweg vorhanden waren – mitnichten zwangsläufig zu einer einzigen Nation geführt.<sup>138</sup> Wir haben bereits gezeigt, wie sich in der Zeit zwischen dem ausgehenden Mittelalter und dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts aus der einheitlichen deutschen Nationalität des Mittelalters mehrere kapitalistische, und bis auf die Holländer, die aus einem niederfränkischen Dialekt eine eigene Sprache entwickelten, deutschsprachige Nationen konstituierten.

---

<sup>135</sup> Peter Christian Ludz u. a., Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, in: Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/2423, S. 82; Willy Brandt, Interview, in: Frankfurter Rundschau, 19.2.1971; Carlo Schmid, Staat und Nation der Deutschen, S. 329 ff.

<sup>136</sup> Walter Scheel, Rede auf dem Historikertag der BRD 1976, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.9.1976.

<sup>137</sup> Theodor Schieder, Honeckers Spiel mit der Geschichte, in: Deutsche Zeitung, 4.10.1974; Wolfgang Venohr, Die SED und die deutsche Nation, in: Halb Preußen – halb Sachsen, S. 135 ff.; Karl Dietrich Erdmann, Ende oder Epoche der deutschen Geschichte, S. 802: „Die Absage (der DDR – W. S.) an die Nation, d. h. auch die Feststellung des Endes ihrer Geschichte, gibt sich als definitiv“; S. 803, wo von einer „verstärkten Selbstprofilierung der DDR als Staat ohne Bezug zur Nation“ die Rede ist; Helmut Schmidt, Erklärung zum 17. Juni 1953, in: Bulletin, Nr. 64, 21.6.1977; Walter Scheel, Rede auf dem Historikertag der BRD 1976, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.9.1976, indirekt auch: Walter Schlesinger, Die Königerhebung Heinrich I., S. 531. Dagegen Helmut Rumpfer, Die politische Funktion der Geschichtswissenschaft in der DDR, in: Politik und Kultur, 6/1978, S. 11 f.: Eine „Abkehr von der Pflege der deutschen Geschichte als nationale Vergangenheit“ hat sich „noch nicht bemerkbar durchgesetzt“ und wird „auch in Zukunft nicht der Fall sein“.

<sup>138</sup> Renate Riemeck, Die „Einheit der Nation“ oder Begriffsverwirrung Ende 1972, in: Deutsche Volkszeitung, 21.12.1972.

Zur Klärung des Begriffs deutsche Geschichte scheint es daher angeraten, sich über die an ihn anzulegenden Kriterien zu verständigen. Bis ins ausgehende Mittelalter wird man diesen Begriff zu Recht an das deutsche Volk im ethnischen Sinne, an die deutsche Nationalität binden können, die die der Feudalgesellschaft entsprechende geschichtliche Struktur und Entwicklungsform darstellte.<sup>139</sup> Von dem Zeitpunkt an, wo sich mit der Entwicklung des Kapitalismus bürgerliche Nationen herausbildeten, wird er allerdings nicht mehr schlechthin das deutsche Volk als Ethnos, die deutsche Nationalität umschließen können, sondern vielmehr an der neuen geschichtlichen Existenz- und Entwicklungsform orientiert sein müssen, also auf wirkliche Nationalgeschichte im Sinne der Genesis und Entwicklung der Nation festzulegen sein. Wenn man den Begriff deutsche Geschichte in dieser Weise von nun an nicht in erster Linie mehr vom Ethnischen herleitet, sondern ans Nationale und letztlich Nationalstaatliche bindet, dann kommt man für die Zeit seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert nicht umhin, mit der Genesis mehrerer deutschsprachiger Nationen [66] und Nationalstaaten deren Ausscheiden aus einer bisher gemeinsamen deutschen Geschichte auch begrifflich zu reflektieren und eigene Nationalgeschichten der Schweizer, Holländer und schließlich auch der Österreicher zu akzeptieren. In dieser Weise wird dies auch von der Geschichtsschreibung dieser Länder gehandhabt.

Als deutsche Geschichte ist dann die Geschichte jener deutschen Territorien zu verstehen, die noch am Bildungsprozeß der deutschen Nation und eines deutschen bürgerlichen Nationalstaates teilnahmen. In dieser Sicht gehört die Entwicklung der Schweiz und Hollands spätestens seit dem 17. Jahrhundert und die Österreichs seit 1866 nicht mehr zur deutschen Geschichte. Die marxistische Geschichtswissenschaft bringt dieses Prinzip dadurch zur Geltung, daß sie die deutsche Geschichte jeweils um diese selbständig werdenden Nationen „verengt“.<sup>140</sup> Aber auch zahlreiche bürgerliche Historiker akzeptieren mit unterschiedlicher Konsequenz diesen Grundsatz. Erdmanns und Diwalds erneute Ausweitung des Begriffs deutsche Geschichte auch auf Österreich verkörpert eine großdeutsche Gegentendenz zu einem von realistischen Einsichten geprägten allgemeinen Trend in der bürgerlichen Historiographie. Wir übersehen natürlich nicht, daß dahinter vor allem die Furcht steht, auch eine gemeinsame deutsche Geschichte von DDR und BRD in Frage stellen und eine eigenständige, auf sozialistischen Grundlagen ruhende Nationalgeschichte der DDR akzeptieren zu müssen.<sup>141</sup>

Hinter der bürgerlichen These von der Gemeinsamkeit der Geschichte verbirgt sich der Wunsch, die inneren sozialen Konflikte der bürgerlichen Nationalgeschichte zu verdecken, den Klassenkampf als geschichtliche Triebkraft zu eskamotieren. Aber die aus gleichen ethnischen Bindungen oder durch Zusammenschluß in staatlichen Organisationsformen wie dem „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ oder dem „Deutschen Bund“ sich ergebenden historischen Gemeinsamkeiten hoben nicht das Grundgesetz geschichtlicher Entwicklungen in antagonistischen Klassengesellschaften, den Kampf der Klassen auf. Die deutsche Geschichte wird nicht durch einen mystischen Drang nach nationaler Einheit, sondern durch das Ringen fortschrittlicher Klassen gegen die feudale Reaktion geprägt. Im Verlaufe dieser Auseinandersetzung entstand auch die bürgerliche deutsche Nation. Alle bürgerliche Anerkennung der Nation als einer historisch gewachsenen Erscheinung<sup>142</sup> sucht zu umgehen, daß Nationen Produkte nicht [67] nur ökonomischer und sozialer Entwicklungen, sondern auch und vor allem von Klassenkämpfen sind und darum mit dem Wechsel der Gesellschaftsordnungen auch selbst einem tiefgreifenden inhaltlichen Wandel unterliegen. Die Beschwörung geschichtlicher Gemeinsamkeiten will also das Ethnisch-Nationale gegenüber dem Sozial-Klassenmäßigen im Geschichtsprozeß überhöhen oder gar verabsolutieren und eine faktische Umkehrung der tatsächlichen Abhängigkeiten vornehmen. Gemeinsame nationale Geschichte in bürgerlicher Sicht und Interpretation strebt danach, dem Nationalen gegenüber dem Klassenmäßigen im Geschichtsbewußtsein den Vorrang zu verschaffen. Nationale Geschichte bildet ein wesentliches Element des bürgerlichen Klassenbewußtseins.<sup>143</sup> Die

<sup>139</sup> In diesem Sinn gebraucht in: Grundriß der deutschen Geschichte, S. 79 f.

<sup>140</sup> Ebenda, S. 172, 256, 267.

<sup>141</sup> Bisher hat – soweit bekannt – lediglich Eberhard Jäckel offen die Notwendigkeit anerkannt, nur bis 1945 von einer deutschen Geschichte, die BRD und DDR gemeinsam ist, zu sprechen. Vgl. Anm. 129.

<sup>142</sup> Carlo Schmid, Staat und Nation der Deutschen, S. 331 f.; Werner Conze, Die deutsche Nation – Ergebnis der Geschichte, a. a. O.

<sup>143</sup> Klaus Bergmann, Was ist des Schülers Vaterland, in: Geschichtsdidaktik, 4/1978, S. 308 ff.

Beschwörung eines gemeinsamen nationalen Geschichtsbewußtseins dient der bürgerlichen Ideologie, die werktätigen Klassen fester an das bourgeoise Herrschaftssystem zu binden.

Wenn gemeinsame Geschichte als Argument für fortbestehende nationale Einheit ins Feld geführt wird, muß gefragt werden, ob es sich dabei um den objektiven Geschichtsprozeß oder ein darauf beruhendes Geschichtsbewußtsein handeln soll. Diese Unterscheidung ist für unser Problem außerordentlich wichtig. Denn die geschichtliche Bewegung selbst vermag jeweils nur für die Generation, die sie gemeinsam vollzogen und erlebt hat, Grundlagen, Voraussetzungen, Elemente für ein Bewußtsein der Zusammengehörigkeit *direkt* hervorzubringen. Und es wird noch zu fragen sein, ob und inwieweit das für jüngere Generationen in DDR und BRD gegenwärtig noch der Fall ist. Ein gemeinsames Geschichtsbewußtsein, das wohl erst die Geschichte zu einem gemeinschaftsfördernden Faktor macht, entsteht jedoch nicht in erster Linie elementar, sondern durch Aufarbeitung, Deutung und Vermittlung vergangener, zumeist überhaupt nicht mehr erlebter, aber durchaus auch der erlebten Geschichte, als etwas Gemeinsames. Zu einem nationalen Integrationsferment wird Geschichte also letztlich nur dadurch, daß sie durch ein entsprechendes Geschichtsbild als nationale Gemeinsamkeit bewußt gemacht wird. Gebhard Schweigler hat recht, wenn er feststellt: „Ein Geschichtsbewußtsein im nationalen Sinne beruht nicht auf natürlichen Gegebenheiten, sondern bedarf der bewußten Anstrengung jeder Generation, der nachfolgenden Generation geschichtliche Ereignisse als ihnen allen gemeinsame darzutun.“<sup>144</sup>

Geschichtsbild<sup>145</sup> und das durch das Geschichtsbild geprägte [68] Geschichtsbewußtsein sind indes nicht allein und nicht vorrangig „national“, sondern klassenmäßig determiniert. Gewiß ist die vergangene Geschichte eines Volkes, eines Landes als objektive Grundlage für jedes Geschichtsbild gleich. Aber für die Sicht der jeweiligen Nationalgeschichte ist in antagonistischen Klassengesellschaften stets ein tiefer, durch verschiedene Klasseninteressen bedingter Gegensatz charakteristisch. Die Erschließung, Erklärung, Einordnung und Wertung der historischen Ereignisse und Prozesse in einem Lande, die dessen Geschichte erst zu einem geschlossenen Geschichtsbild verdichten, erfolgen stets von unterschiedlichen Klassenpositionen aus. Es hat schon in der Vergangenheit, als noch eine einheitliche bürgerliche deutsche Nation bestand, weder ein einheitliches nationales deutsches Geschichtsbild noch ein dementsprechend einheitliches Geschichtsbewußtsein aller Deutschen über ihre jahrtausendlange Geschichte gegeben. Dem Geschichtsbild der deutschen Bourgeoisie stand seit Mitte des 19. Jahrhunderts das selbständige nationale Geschichtsbild der Arbeiterklasse gegenüber, das von Marx und Engels begründet, von Mehring vor, allem weiter ausgebaut und durch die KPD fortgeführt wurde.

Dieses der bürgerlichen Sicht deutscher Geschichte diametrale Bild unserer historischen Vergangenheit ist im Verlauf der sozialistischen Revolution zum herrschenden Geschichtsbild der sozialistischen Gesellschaft in der DDR geworden. In der imperialistischen BRD blieb demgegenüber das bürgerliche Geschichtsbild vorherrschend. Von einem gemeinsamen Geschichtsbewußtsein zwischen DDR und BRD kann angesichts dieser Sachlage nicht die Rede sein. Eine gleiche auf bürgerlichen Anschauungen beruhende Auffassung der deutschen Geschichte, wie sie die deutsche Bourgeoisie in der Zeit ihrer Herrschaft im Deutschen Reich durch eine massive ideologische Beeinflussung der Massen zeitweise sogar weitgehend erreichen konnte, gibt es zwischen den Menschen in der DDR und in der BRD längst nicht mehr. Mit dem Hinweis auf ein gemeinsames Geschichtsbewußtsein läßt sich die postulierte nationale Einheit nicht mehr begründen. Das ist auch bürgerlichen Ideologen und Politikern nicht entgangen. Der in die Frage gekleidete Zweifel: „Werden in der DDR und in der Bundesrepublik nicht heute gemeinsame Geschichte und Tradition vor 1945 bereits ganz unterschiedlich ausgelegt?“<sup>146</sup> nimmt in der BRD bereits allgemeinen Charakter an.<sup>147</sup>

<sup>144</sup> Gebhard Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, Düsseldorf 1973, S. 29.

<sup>145</sup> Zum Begriff Geschichtsbild vgl. Helmut Meier in: Marxistisch-leninistisches Geschichtsbild und Weltanschauung der Arbeiterklasse, Berlin 1975, S. 38 ff.

<sup>146</sup> Klaus von Bismarck, Wie weit kann oder muß Nationalbewußtsein heute noch Richtschnur für die Bewältigung der Aufgaben einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt sein?, in: Nationalbewußtsein heute, Köln 1973, S. 21.

<sup>147</sup> Dietrich Geyer, Bemerkungen zum Problem der Nation in Deutschland, in: Ebenda, S. 78; Gebhard Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, a. a. O., S. 197; Jürgen Wiesner, Profilsicht des ewig Zweiten. Geschichtsverständnis und Nationalbewußtsein, in: Das Parlament, 15.9.1979, S. 2.

Hier stoßen wir auf ein Problem, das von der bürgerlichen Ideo-[69]logie zumeist bewußt verdeckt wird. Die Beziehungen der Menschen zu ihrer historischen Herkunft, das Verständnis ihrer eigenen Geschichte, werden maßgeblich bestimmt nicht durch die vergangene Geschichte, sondern durch die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Wenn die Bürger der DDR sich ihrer historischen Verwurzelung in der deutschen Geschichte bewußt sind, so ist ihr Verhältnis zur langen Geschichte des deutschen Volkes dennoch nicht das gleiche wie das der BRD-Bürger. Ihre Sicht auf die deutsche Geschichte wird durch grundsätzlich andere gesellschaftliche Positionen geprägt, erfolgt von der Warte der hier bereits siegreichen sozialistischen Gesellschaft, in der die progressiven, revolutionären, von den werktätigen Klassen des deutschen Volkes verkörperten und getragenen Bestrebungen der deutschen Geschichte ihre Fortsetzung fanden und erstmals voll zum Durchbruch und zum Siege kamen. In der gesellschaftlichen Realität der Gegenwart also kommen gegensätzliche Tendenzen, Züge, Linien der deutschen Geschichte zur Geltung. Durch das Prisma der neuen geschichtlichen Erfahrungen, die das Volk der DDR auf dem Wege der sozialistischen Umgestaltung und bei der Ausgestaltung des Sozialismus gemacht hat, gewinnt es einen eigenen Blick auf die ganze deutsche Geschichte, also auch auf jene Jahrhunderte historischer Entwicklung, die für DDR und BRD, aber auch für Österreich oder Luxemburg gemeinsame Geschichte sind. Im Zentrum ihres Geschichtsinteresses stehen andere Ereignisse, Prozesse und Bewegungen aus dieser Zeit. Und ihre Einordnung, ihre Bewertung erfolgt auf andere Weise. Gebhard Schweigler hat durchaus recht, wenn er feststellt: „Ein in der DDR auf die gemeinsame Vergangenheit bezogenes Nationalbewußtsein wäre kein gesamtdeutsches mehr, sondern ein DDR-eigenes.“<sup>148</sup> Übrigens: Auch der Bezug der Österreicher, der Luxemburger oder der Schweizer auf ihre gemeinsamen Wurzeln in der deutschen Geschichte bis zum 19. bzw. 16. Jahrhundert ist natürlich anders als für die Bürger der DDR oder der BRD, besitzt eine, durch die selbständige nationalstaatliche Entwicklung bedingte, jeweils eigene Ausprägung.

Die These von der gemeinsamen Geschichte ist hingeführt und verdichtet worden zu der Legende von einer durch die einstmalige Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat bewirkten „gemeinsamen *historisch-politischen* Tradition“ von DDR und BRD.<sup>149</sup> Sie soll verdecken, daß beide Staaten nicht nur gegensätzliche Gesellschaftssysteme, sondern auch entgegengesetzte Traditionslinien aus der deutschen Geschichte fortsetzen. Der sozialistische deutsche Staat [70] ist sich seiner historischen Herkunft aus der ganzen deutschen Geschichte bewußt, und er stellt sich der Gesamtheit des in Jahrhunderten entstandenen historischen Erbes im Guten wie im Bösen.<sup>150</sup> Aber als sozialistischer Staat ist er nicht aus den Bestrebungen der deutschen Reaktion, sondern aus den jahrhundertelangen Kämpfen der progressiven Kräfte des deutschen Volkes *gegen* diese Reaktion herausgewachsen. Er erfüllt das Vermächtnis der humanistischen und demokratischen Kräfte und ist historisch vor allem im Ringen der deutschen Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und für eine ausbeutungsfreie Gesellschaft auf deutschem Boden verwurzelt. Darum ist die DDR objektiv der progressiven Traditionslinie in der deutschen Geschichte verpflichtet.<sup>151</sup> Zwei Momente prägen ihre Stellung zur deutschen Geschichte: Sie vollendete alle progressiven Tendenzen und brach erstmals vollständig mit der Reaktion. „Unser sozialistischer Staat verkörpert die Kontinuität alles Guten, so, wie er den radikalen Bruch mit allem Reaktionären in der deutschen Geschichte verkörpert.“<sup>152</sup> Die BRD ist trotz neuerlicher Bemühungen um die Einbindung auch progressiver Traditionen in ihr bürgerliches Geschichtsbild den Beweis dafür schuldig geblieben, daß sie in einer revolutionären, alle demokratischen und progressiven Bestrebungen des deutschen Volkes aufgreifenden und fortführenden Traditionslinie steht. Sie hat weder die reaktionären imperialistischen Machtverhältnisse beseitigt und den Weg des gesellschaftlichen Fortschritts beschränkt, noch hat sie mit dem reaktionären historischen Erbe im Geschichtsbild und

<sup>148</sup> Gebhard Schweigler, Zum Nationalbewußtsein in der DDR, in: Politik und Kultur, 1/1977, S. 67.

<sup>149</sup> Theodor Schieder, Honeckers Spiel mit der Geschichte, in: Deutsche Zeitung, 4.10.1974.

<sup>150</sup> Vgl. hierzu: Helmut Meier/Walter Schmidt, Die DDR-Verkörperung der besten Traditionen der deutschen Geschichte, in: Einheit, 4/5/1975, S. 463 ff.; dies., Tradition und sozialistisches Bewußtsein, in: Ebenda, 12/1978, S. 220 ff.

<sup>151</sup> Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll des IX. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin 1976, S. 209; Erich Honecker, Zügig voran bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages, in: Reden und Aufsätze, Bd. 2, S. 241; ders., Siegesbewußt auf sozialistischem Weg, in: Ebenda, Bd. 3, S. 174 ff.; ders., Alle Vorzüge des Sozialismus nutzen, in: Ebenda, S. 260 ff.

<sup>152</sup> Aufruf zum 30. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, in: Neues Deutschland, 18.11.1977.

Geschichtsbewußtsein gebrochen. Die reaktionär orientierte Traditionspflege der BRD-Bundeswehr, die Weigerung von Regierungsstellen, Universitäten der BRD die Namen großer fortschrittlicher Deutscher zu verleihen, geben eine allgemeine Tendenz nur besonders klar zu erkennen.<sup>153</sup>

Die offizielle Propaganda der BRD gefällt sich darin, der DDR einen „Alleinvertretungsanspruch“ auf die progressiven Traditionen der deutschen Geschichte und ein gleichzeitiges Ausweichen vor dem reaktionären Erbe vorzuwerfen.<sup>154</sup> Wenn die DDR das progressive Erbe unserer Geschichte erschließt und pflegt, wie es bislang noch kein deutscher Staat getan hat, so hat dies objektive Gründe. Es reflektiert lediglich, daß in diesem Staat zum erstenmal auf deutschem Boden die fortschrittlichen Klassen unter Führung der Arbeiterklasse vollständig gesiegt und damit eine Wende in der deutschen Geschichte eingeleitet haben. Darum werden hier auch der Weg zu diesem Sieg genau aufgehehlt und jene Kräfte voll ins Geschichtsbild gerückt, auf deren Schultern der Sozialismus auf deutschem Boden [71] steht. Die DDR ist stolz auf ihre revolutionäre historische Traditionspflege. Aber sie ist sich durchaus der Tatsache bewußt, daß auch anderswo fortschrittliche revolutionäre Kräfte sich in ihrem Kampf mit vollem Recht auf gleiche progressive Traditionen deutscher Geschichte berufen. Wer wollte leugnen, daß die DKP historisch ebenso wie die SED aus dem opferreichen Kampf der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und besonders der Kommunistischen Partei Deutschlands hervorgegangen ist!<sup>155</sup>

Zugleich hat sich die DDR weder in der gesellschaftlichen Wirklichkeit noch im geistigen Leben der Verantwortung gegenüber den reaktionären Zügen der deutschen Vergangenheit entzogen oder sie aus dem Geschichtsbewußtsein zu verdrängen gesucht. Sie stellt sich der ganzen deutschen Geschichte. Zunächst muß festgehalten werden, daß keine Klasse in der deutschen Geschichte der Verantwortung gegenüber dem Reaktionären in der eigenen Vergangenheit besser gerecht geworden ist als die Arbeiterklasse in der DDR, unter deren Führung das Volk erstmals auf deutschem Boden alle Grundlagen der Reaktion radikal vernichtete. Auch wurde in der DDR in einem schweren geistigen Ringen die reaktionäre, zuletzt weitgehend von faschistischen Ideen durchsetzte Geschichtsideologie überwunden und ein von sozialistischen Positionen bestimmtes fortschrittliches Geschichtsbild im Bewußtsein der Bürger durchgesetzt.<sup>156</sup> Aber es geht fehl oder es will irreleiten, wer daraus ableitet, daß damit das Wissen um das Reaktionäre in der deutschen Geschichte aus dem Geschichtsdenken gleichsam gestrichen worden sei.

Im sozialistischen Geschichtsbild der DDR wird das reaktionäre Erbe in der Dialektik der beiden Klassenlinien deutscher Geschichte voll erfaßt. Die marxistische Sicht der deutschen Geschichte ist nicht auf eine ausschließliche Nachzeichnung der progressiven Traditionslinie verengt. Eine gründliche Kenntnis der reaktionären Klassenlinie ist schon deshalb unverzichtbar, weil nur in diesem Zusammenhang die Leistungen der fortschrittlichen Kräfte, der Klassenkampf überhaupt und die Kompliziertheit der historischen Entwicklung im besonderen verständlich werden. Die marxistische Geschichtsauffassung kann und will die reaktionären Züge in der Geschichte eines Landes und eines Volkes nicht eskamotieren. Notwendig ist sowohl die klare Herausstellung der verhängnisvollen Rolle der herrschenden Ausbeuterklassen in der deutschen und europäischen Geschichte als auch eine differenzierte Analyse ihres in bestimmten Perioden und auf Teil gebieten zweifellos auch geleisteten Beitrags zur Verwirklichung des gesellschaftlichen Fortschritts auf deutschem Boden. Bestimmte [72] Leistungen von Repräsentanten dieser Klassen verdienen durchaus, in den Traditionsbestand der sozialistischen Gesellschaft aufgenommen zu werden.<sup>157</sup>

---

<sup>153</sup> Joachim Streisand, Geschichtswissenschaft und Geschichtsbewußtsein, in: Der IX. Parteitag der SED und die Gesellschaftswissenschaften, Berlin 1977, S. 192 f.

<sup>154</sup> Gustav Heinemann, Die Geschichtsschreibung im freiheitlich-demokratischen Deutschland, a. a. O., S. 203; Helmut Schmidt, Erklärung zur Lage der Nation, 17. Mai 1979, in: Bulletin, Nr. 64, 18.5.1979, S. 603 ff.; Walter Scheel, Rede auf dem Historikertag der BRD 1976, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.9.1976.

<sup>155</sup> Mannheimer Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei, 20. bis 22. Oktober 1978. Programm, beschlossen am 21. Oktober 1978, Berlin 1979, S. 5 f.

<sup>156</sup> Vgl. Geschichtsbewußtsein und sozialistische Gesellschaft, hrsg. von Helmut Meier und Walter Schmidt, Berlin 1970, S. 17 ff., 71 ff.

<sup>157</sup> Evamaria Engel, Gesellschaftlicher Fortschritt und herrschende Klasse im Mittelalter, in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, 1979, H. I-II, S. 23 ff.; Ingrid Mittenzwei, Absolutistisches Preußen und

Schließlich und vor allem zielt das Dogma von der bleibenden historischen Gemeinsamkeit der Deutschen auf eine Leugnung der nationalen Konsequenzen aus der eigenständigen und neuen Qualität des realen Geschichtsprozesses in der DDR nach dem zweiten Weltkrieg. Ein Grundelement der marxistischen Linienführung der deutschen Geschichte umschließt die Erkenntnis, daß sich in der DDR seit 1945 eine historische Eigenentwicklung vollzieht, der sozialistische deutsche Staat also bereits seine eigene, unverwechselbare Geschichte besitzt, die in ihrer Qualität weit über alle bisherigen geschichtlichen Bewegungen auf deutschem Boden hinausgeht und sich auch grundlegend von der Geschichte des anderen, des imperialistischen deutschen Staates unterscheidet. Zwischen DDR und BRD gibt es seit mehr als einer Generation im letztlich entscheidenden realen Geschichtsprozeß keine Gemeinsamkeit mehr. Und das von der offiziellen Politik und Geschichtsideologie der BRD so viel beschworene „Aufeinanderbezogenheit“ von DDR und BRD<sup>158</sup> entpuppt sich bei näherem Hinsehen als harte, erbitterte Konfrontation von Sozialismus und Kapitalismus, die gesetzmäßig zu einer scharfen Abgrenzung beider deutscher Staaten geführt hat.

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges, spätestens seit der Gründung von BRD und DDR im Jahre 1949 gehen diese beiden Staaten historisch eigene Wege, ähnlich wie seit dem 16. Jahrhundert Hollands und der anderen deutschen Territorien und seit 1848/49 bzw. 1866 Österreichs und Preußen-Deutschlands Wege auseinandergingen. Ja, wegen der gegensätzlichen gesellschaftlichen Grundlagen, auf denen sich die historische Entwicklung in den beiden deutschen Staaten der Gegenwart im Unterschied zu den Aufspaltungen im 16. oder 19. Jahrhundert vollzieht, geht dieser Prozeß sogar wesentlich grundsätzlicher vor sich, hat er weitaus tiefergreifende Auswirkungen. Auch in den Nationsdebatten in der BRD muß – ungeachtet der zumeist vorgetragenen verbalen Bekenntnisse zur offiziellen Einheitsthese – der letztgenannte objektive Tatbestand zugegeben werden.<sup>159</sup> Gegenüber bisherigen staatlich-politischen und gesellschaftlichen Auseinanderentwicklungen in der deutschen Geschichte, so wird konstatiert, verläuft eine solche Entwicklung jetzt erstmals im Rahmen gegensätzlicher Gesellschaftssysteme, was der desintegrativen Tendenz natürlich eine besondere Dynamik verleiht.<sup>160</sup>

Auf dem Boden der DDR nahmen die geschichtlichen Prozesse [73] einen neuen gesellschaftlichen Inhalt an. Der revolutionäre Übergang zum Sozialismus wurde vollzogen; die Bewegungsgesetze einer sich ausgestaltenden sozialistischen Gesellschaft, die bereits auf eigenen Grundlagen ruht, begannen zu wirken. Mit dem neuen Inhalt der Geschichte prägte sich die Eigenständigkeit von Gesellschaft, Staat und Nation aus. Es entstanden in der Realität der geschichtlichen Bewegung neue historische Erfahrungen, Werte, Normen, Traditionen, die sich prinzipiell von denen unterscheiden, über die die Menschen in der BRD verfügen. Es vollzog sich eine Abgrenzung gegenüber dem Imperialismus; und es entwickelt sich eine wachsende Gemeinsamkeit mit den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, in deren Rahmen die DDR den wesensgleichen Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus durchschritt und die entwickelte sozialistische Gesellschaft gestaltet. Alle diese neuen Momente im objektiven geschichtlichen Prozeß lassen nicht zu, noch von einer, DDR und BRD umgreifenden einheitlichen deutschen Geschichte zu sprechen. Der neue Charakter des historischen Prozesses, der einen selbständigen Staat, eine neue Gesellschaft und eine eigenständige Nation hervorbrachte und weiter ausprägt, verlangt eine konzeptionelle Entscheidung für eine eigene, von der BRD-Entwicklung geschiedene Nationalgeschichte der DDR.

---

nationales Erbe, in: Ebenda, S. 49 ff.; Horst Bartel/Ingrid Mittenzwei/Walter Schmidt, Preußen und die deutsche Geschichte, in: Einheit, 6/1979, S. 640 ff.

<sup>158</sup> Vgl. vor allem: Peter Christian Ludz, Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, in: Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode; Drucksache 7/2423, S. 70 ff.; ders., Deutschlands doppelte Zukunft. Bundesrepublik und DDR in der Welt von morgen, München 1974, S. 138 ff.; ders., Anknüpfen an die historische Verbindung zum Westen, in: Vorwärts, 29.8.1974.

<sup>159</sup> Eugen Lemberg, Überlebenschancen der Nation ..., a. a. O., S. 54; Andreas Hillgruber, Zerbricht die Nation?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.11.1976.

<sup>160</sup> Helmut Schmidt; Erklärung zur Lage der Nation, 17. Mai 1979, in: Bulletin, Nr. 64, 18.5.1979, S. 601 ff. Die Deutschen machten gegenwärtig eine „einzigartige Erfahrung“ durch, nicht allein des historisch schon bekannten Nebeneinanders deutscher Staaten, sondern „daß staatliche Trennung zugleich mit einer tiefgreifenden Auseinanderentwicklung im Gesellschaftlichen, im Politischen und zu einem Teil auch im Kulturellen einhergeht“. Neu sei vor allem, daß die Auseinanderentwicklung auf gegensätzlichen gesellschaftlichen Grundlagen vonstatten geht.

Mit der historischen Eigenentwicklung von DDR und BRD seit den 40er Jahren unseres Jahrhunderts endet die bis dahin gemeinsame Geschichte dieser beiden deutschen Staaten, wird der beschworenen historischen Gemeinsamkeit, der letztlich ausschlaggebende objektive Boden eines einheitlichen realen Geschichtsprozesses entzogen. Das hat weitgreifende Konsequenzen. Denn historische Gemeinsamkeit ist nichts für alle Ewigkeit Gegebenes, gleichsam Unverlierbares. Ob und inwieweit sie beim Zusammenschluß und für den Zusammenhalt von sozialen Gemeinschaften, so auch von Nationen, und für ihren Fortbestand wirkt, hängt wesentlich davon ab, ob durch einen fortdauernden realen historischen Prozeß ein bestehendes Maß an Gemeinsamkeit immer wieder neu reproduziert wird. Sobald für längere Zeit Eigenentwicklungen unterschiedlicher oder gar gegensätzlicher Art auftreten, muß mit einem Schwinden der Bindungskraft und -wirkung des vorher historisch Gemeinsamen gerechnet werden. Die Integrationspotenz der gemeinsamen Geschichte ist nicht allmächtig; sie unterliegt auf die Dauer der Kraft eines divergierend, konträr verlaufenden realen Geschichtsprozesses. Die historische Entwicklung im deutschsprachigen Raum liefert, wie wir gesehen haben, vielfältige Belege dafür. Realistisch beobachtende bürgerliche Historiker [74] stellen im Hinblick auf die desintegrativen Nationsentwicklungen im 20. Jahrhundert ein deutliches Überlagern aus der älteren Geschichte „tradiierter Solidaritäten durch jüngere geschichtlich vermittelte Kollektiverfahrung“ fest.<sup>161</sup> Und gegen das immer wieder vorgebrachte Argument von der „gemeinsam erlebten Geschichte“ wird auch von BRD-Historikern, selbst von strikten Verfechtern der nationalen Einheitsthese, nicht mehr in Frage gestellt, daß die Mehrheit der Bevölkerung in DDR und BRD die von ihnen erlebte und gestaltete Geschichte nicht als etwas Gemeinsames mehr empfindet und begreift.<sup>162</sup> Gebhard Schweigler trifft die lakonische Feststellung, daß gegenwärtig eine geschichtliche Gemeinsamkeit zwischen DDR und BRD nicht mehr vorhanden ist.<sup>163</sup>

[75]

---

<sup>161</sup> Hans Mommsen, Auf der Suche nach der Nation, S. 567.

<sup>162</sup> Klaus von Bismarck, Wie weit kann oder muß Nationalbewußtsein heute noch Richtschnur für die Bewältigung der Aufgaben einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt sein?, in: Nationalbewußtsein heute, a. a. O., S. 25; Ulrich Lüke, In den Schulen spricht man kaum noch über die deutsche Nation, in: Die Welt, 8.6.1979.

<sup>163</sup> Gebhard Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, S. 31.

## **Auf der Suche nach „nationserhaltenden“ sozialen und politischen Faktoren: „Kommunikationsnation“ und „dialektische Einheit der Nation“**

Da Kulturgemeinschaft wegen der weitgehenden Ausklammerung der sozialen und politischen Sphäre als Basis für eine einheitliche Nation als nicht tragfähig genug angesehen wird und auch Zweifel bestehen, daß die Erinnerung an nicht mehr erlebte historische Vergangenheit ein ausreichendes nationserhaltendes Moment ist, konzentrierten sich die Bemühungen darauf, in der jüngsten, von der jetzt tätigen Generation erlebten Geschichte vor allem im politischen und sozialen Bereich Elemente für eine angeblich fortdauernde nationale Einheit der Deutschen ausfindig zu machen. Wesentliche theoretische Anleihen aus dem strukturalistisch-funktionalen Nationsmodell K. W. Deuschs<sup>164</sup> aufnehmend, suchte der DDRologe Peter Christian Ludz<sup>165</sup> mit der Definition der Nation als einer aus sozialen und politischen Beziehungen der Menschen sich ergebenden Kommunikationseinheit das dem Kulturnationsbegriff anhaftende soziale und politische Vakuum auszufüllen.<sup>166</sup> Der Kerngedanke der kommunikationstheoretischen Begründung einer einheitlichen deutschen Nation besteht darin, ein auf verwandtschaftlichen Beziehungen, auf gemeinsamer Sprache, Kultur, Geschichte und auf gleicher industriegesellschaftlich determinierter ökonomischer Grundlage beruhendes „Aufeinanderbezogensein“ der Menschen in BRD und DDR zu konstatieren. Zum Hauptmerkmal dieser Nation wird der – verglichen mit den Beziehungen der Bevölkerungen von DDR und BRD zu den Menschen in anderen Ländern – höhere Grad an Verwandtschaft<sup>167</sup> sowie an Kommunikation und Information erklärt und so dem Tourismus und den Massenmedien eine maßgebende nationale Integrationsfunktion zugewiesen. Der Zusammenhang mit der Politik zur Verstärkung sogenannter innerdeutscher Kontakte und erhöhter ideologisch-politischer Einwirkung mit Hilfe der elektronischen Massenmedien liegt auf der Hand. Davon erhofft sich die BRD-Politik ein Wachhalten bzw. Wiederbeleben deutschen Gemeinschaftsbewußtseins. Entgegen allen soziologischen Untersuchungsergebnissen, die eine fortschreitende Ausprägung nationaler Eigenidentität im Bewußtsein der Menschen von BRD und DDR belegen,<sup>168</sup> glaubt man für die 70er Jahre eine Verdichtung des „Beziehungsgeflechts“, des „Netzwerks sozialer Kommunikation“ und damit eine Neubelebung gesamtdeutschen Denkens feststellen zu können.<sup>169</sup>

Von historischer Seite ist vor allem versucht worden, einen über die Merkmale einer Kulturgemeinschaft hinausgreifenden bürgerlichen Nationsbegriff durch Mobilisierung politischer Elemente anzureichern. Hauptanliegen dieser Bemühungen ist, nach Verlust des bürgerlichen Einheitsstaates, der bisher Träger der politischen Komponente des Nationalbewußtseins war, nach der Devise „Das Politische erschöpft sich nicht im Staatlichen“,<sup>170</sup> eine vom Staat sich abhebende, nicht auf ihn fixierte politische Ebene zu finden, in der ein übergreifendes politisch motiviertes Gemeinschaftsbewußtsein wachsen könnte. Erdmann erfand dafür den Begriff der „dialektischen Einheit der Nation“.<sup>171</sup> Sie soll

---

<sup>164</sup> Karl W. Deutsch, *Nationenbildung – Nationalstaat – Integration*, Düsseldorf 1972.

<sup>165</sup> Peter Christian Ludz, *Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974*, S. 70 ff.

<sup>166</sup> Vgl. dazu Hans-Gerhard Müller, *Aktuelle Aspekte des bürgerlichen Nationalismus im ideologischen Kampf*, in: *IPW-Berichte*, 4/1973, S. 2 ff.; Alfred Kosing, *Nation in Geschichte und Gegenwart*, a. a. O., S. 51 ff.; Walter Schmidt, *Nationalismus im Klassenkampf unserer Zeit*, a. a. O., S. 201 f.

<sup>167</sup> Zur Verwandtschaftsfrage bemerkt Karl Dietrich Erdmann, *Die Nation im geteilten Deutschland*, S. 746: Der Reiseverkehr „beruht ... doch zu einem erheblichen Teil auf Verwandtschaften und Freundschaften aus der Zeit vor der Teilung. Diese werden in einem natürlichen Prozeß auslaufen, ohne daß eine entsprechend breite Basis für Neuanknüpfungen gegeben wäre.“

<sup>168</sup> Gebhard Schweigler, *Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR*, S. 66 ff.; ders., *Neue Fehler mit alten Zahlen. Haben es sich die Forscher mit der „Einheit der Nation“ leicht gemacht?*, in: *Die Zeit*, 20.9.1974, Hans-Georg Wolf/Paul Leidinger, *Umfrage zum Thema „Deutsche Einheit“*, in: *Geschichte Politik und ihre Didaktik*, 3/4/1979, S. 110 ff.

<sup>169</sup> Melvin Croan, *Regime, Gesellschaft und Nation*, a. a. O., S. 1038; Richard von Weizsäcker, in: *Tagesspiegel*, 21.11.1979; E. Hauser, *Gemeinsames Dach für eine Nation*, in: *Frankfurter Rundschau*, 22.11.1979.

<sup>170</sup> Horst Ehmke, *Was ist des Deutschen Vaterland?*, a. a. O.

<sup>171</sup> Karl Dietrich Erdmann, *Die Nation im geteilten Deutschland*, S. 749 f.; ders., *Sinnfragen der deutschen Geschichte*, S. 528; ders., *Ende oder Epoche der deutschen Geschichte*, S. 803 f.; ders., *Die dialektische Einheit der Nation*, in: *Die Einheit unserer Nation*, Lübeck 1973. Inhaltlich gleichgelagerte Überlegungen auch bei: Barthold Witte, *Die deutsche Nation nach dem Grundvertrag*, in: *Europa-Archiv*, 7/1973, S. 227 ff.

mehr als „Kulturnation“ und auch weit entfernt von einer „Staatsnation“ sein. Als ein erstes wesentliches Element dieses gleichsam dazwischenliegenden Nationsbegriffs wird neben der gemeinsamen deutschen Geschichte vor allem der Anspruch gesetzt, aus ihr die Konsequenzen ziehen zu wollen. Als zweites eigentliches Wesensmerkmal dieses Nationsbegriffs erscheint – bei uneingeschränkter Anerkennung der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit gesellschaftlicher, politisch-staatlicher und ideologischer Verhältnisse in DDR und BRD – die permanente gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der als Wettstreit um die bessere Lösung von durch die deutsche Geschichte gestellten Aufgaben positive, nationserhaltende Momente abgewonnen werden sollen. Nationale Einheit wird in dieser „dialektischen Sicht“ durch den Kampf der beiden Systeme auf deutschem Boden tagtäglich praktiziert. Ihm haften darum etwas Besonderes an, weil beide aus ein und derselben historischen Vergangenheit kommen. Dabei wird nicht versäumt, Marx als Teil eines deutschen historischen Erbes anzuerkennen, von dem beide Gesellschaftssysteme in ihrer deutschen Variante geprägt würden. Erdmanns „dialektische Einheit der Nation“, die sich mit manchen Äußerungen von sozialdemokratischen Politikern berührt,<sup>172</sup> stellt einen Versuch dar, die keineswegs bestrittene Gegensätzlichkeit gesellschaftlicher Ordnungen von DDR und BRD durch Umfunktionierung der Klassenauseinandersetzungen in einen Wettbewerb aus der tatsächlichen Triebkraft für die Auflösung einer früher einheitlichen Nation zu einem national verbindenden, einheitsschaffenden Element zu machen.

[77] Zunächst verdient aufmerksam zur Kenntnis genommen zu werden, daß Marx, um zu einem Kronzeugen deutscher Einheit erklärt werden zu können, sogar von konservativer Seite eine solche Wertschätzung erfährt und „unbefangen“ dem Erbe deutscher Geschichte zugeschlagen wird. Es ist freilich ein recht offenkundiger Versuch, die unbestrittene Autorität des Begründers des wissenschaftlichen Kommunismus gegen den realen Sozialismus auf deutschem Boden auszuspielen. Die Berufung auf Marx wirkt um so heuchlerischer, als in der BRD gerade jene politischen Kräfte, die sich von seiner Lehre leiten lassen, mit Berufsverboten und anderen Repressionen verfolgt werden. Die von Marx begründete revolutionäre Tradition ist allerdings alles andere als die der imperialistischen BRD, ganz abgesehen davon, daß Marx' Lehre keinen national-deutschen, sondern internationalen Charakter trägt, ebenso wie ihre Fortsetzung durch den Leninismus allgemeine, also auch für die deutsche Arbeiterbewegung gültige Bedeutung besitzt. Wenn man noch die gleichzeitigen Hoffnungen auf revisionistische Tendenzen innerhalb des Marxismus berücksichtigt, qualifiziert sich das Konzept von der „dialektischen Einheit der Nation“ von selbst als ein Versuch, unter Berufung auf Marx' Antwort auf die Frage nach den Bedingungen einer freien Entwicklung des Menschengeschlechts gesamtdeutsch-nationale Argumente gegen die sozialistische DDR zu gewinnen.

Ohne Einschränkung wird man der Feststellung zustimmen können, daß zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf deutschem Boden eine erbitterte Auseinandersetzung stattfindet. Doch erscheint es mehr als zweifelhaft, wie daraus nationale Einheit erwachsen soll. Die bisherigen geschichtlichen Erfahrungen haben Gegenteiliges an den Tag gebracht. Im Gefolge dieses weltweiten Kräfteingens haben sich auf deutschem Boden keinerlei Annäherungs-, sondern vielmehr deutliche Abgrenzungsprozesse durchgesetzt, sind zwei deutsche Staaten entstanden, haben sich zwei gegensätzliche Gesellschaftsordnungen formiert und konsolidiert, entwickeln sich zwei, ihrem sozialhistorischen Typ nach unterschiedliche deutsche Nationen. Die bis 1945 währende gemeinsame Vergangenheit, die niemand leugnet, hat diese Auseinanderentwicklung nicht verhindern können. Und es ist leicht einzusehen, daß angesichts der weiteren gesellschaftlichen Eigenentwicklungen in beiden deutschen Staaten sich auch ihr unterschiedener nationaler Status weiter ausprägen wird.

[78]

---

<sup>172</sup> Egon Bahr, Beitrag zur Verständigung zwischen Ost und West in Europa, in: Bulletin, 15.3.1973, S. 263 f.; Horst Ehmke, Tagung des Kuratoriums. „Unteilbares Deutschland“ zum Nationalbewußtsein in der DDR, in: SFB, 6.11.1979.

## **Realistische Einsichten in die geschichtliche Realität einer selbständigen Nationsentwicklung der DDR**

Während die Mehrheit bürgerlicher BRD-Historiker und anderer Gesellschaftswissenschaftler sich ganz darauf konzentriert, historisch-politische Argumente für die offizielle politische These von der fortbestehenden Einheit der Nation zu liefern, was häufig nicht ohne theoretische Verrenkungen zu machen ist, hat in den 70er Jahren die Zahl derer zugenommen, die tendenzielle Entwicklungen zu zwei deutschen Nationen hin nicht mehr leugnen, sondern eigene Nationsbildungen in DDR und BRD entweder als eine künftige Möglichkeit ins Auge fassen oder aber als sich bereits real vollziehende Prozesse begreifen. Natürlich werden solche Wertungen durchweg von bürgerlichen Positionen aus vorgenommen. Nicht selten wird dabei zugleich dem offiziellen Einheitsdogma noch auf diese oder jene Weise Tribut gezollt. Wohl kaum einer der bürgerlichen Gesellschaftswissenschaftler, die sich zu realistischen Einsichten in dieser Frage durchringen, kann als Freund oder gar Verteidiger der sozialistischen DDR angesehen werden. Für die meisten von ihnen ist im Gegenteil prinzipielle Gegnerschaft oder zumindest deutliche politische Distanz zum Sozialismus in unserem Lande charakteristisch. Das gilt auch für die Beweggründe für die Anerkennung der geschichtlichen Realität einer eigenen Nationalentwicklung der DDR. In vielen Fällen handelt es sich zweifellos darum, einer noch flexibleren Politik gegen den sozialistischen deutschen Staat den Boden zu bereiten. Häufig liegt vorrangig die Absicht zugrunde, im Interesse einer festeren Bindung der BRD-Bevölkerung an das herrschende System die nationale Eigenständigkeit der BRD zu begründen.

Fast durchweg wird jedoch weniger nach den objektiven gesellschaftlichen Grundlagen des nationalen Differenzierungsprozesses geforscht als vielmehr hauptsächlich von der Frage ausgegangen, ob und inwieweit sich bereits ein DDR- bzw. BRD-eigenes Nationalbewußtsein entwickelt. Den Zugang zum Thema Nation suchen diese bürgerlichen Wissenschaftler vornehmlich, wenn nicht gar ausschließlich, über das Nationalbewußtsein. Die nationale Identität erscheint als entscheidendes Kriterium für Nationsbildung. Seit der amerikanische Journalist Hans Apel Mitte der 60er Jahre erstmals mit Nachdruck auf die Entwicklung eines selbständigen sogenannten DDR-Bewußtseins aufmerksam machte, konnte auch in der BRD nicht mehr an der Entwicklung eines eigenen politischen Selbstverständnisses der DDR-Bevölkerung vorbeigegangen werden.<sup>173</sup> In den 70er Jahren setzte sich allgemein die Einsicht durch, daß sich im Bewußtsein der Menschen in der DDR tiefgreifende Prozesse vollziehen, die den selbständigen sozialistischen Entwicklungsweg dieses deutschen Staates reflektieren und letztlich zu einer eigenen nationalen Identität hinführen. Kontrovers betrachtet wird lediglich noch, *wie* diese Prozesse zu charakterisieren wären, ob es sich bereits um Staatsbewußtsein oder gar um Nationalbewußtsein handelt und bis zu welchem Punkt die Bewußtseinsentwicklung bereits fortgeschritten ist.

Die Mehrheit der Historiker und Politologen weigert sich strikt, dem sich entwickelnden eigenständigen Bewußtsein der DDR-Bürger den Charakter von Nationalbewußtsein zuzuerkennen.<sup>174</sup> Zwar wird dem „DDR-Wir-Gefühl“ bereits der Vorrang gegenüber einem sogenannten „gesamtdeutschen Zusammengehörigkeitsbewußtsein“ zugesprochen, doch zugleich versucht, das politische Selbstbewußtsein der DDR-Bevölkerung als eine mindere Qualität einem angeblich fortexistierenden gesamtdeutschen Nationalbewußtsein unterzuordnen.<sup>175</sup> Andere fassen demgegenüber die Herausbildung eines selbständigen Nationalbewußtseins in der DDR als Möglichkeit durchaus schon ins Auge.<sup>176</sup> Und einige scheuen sich nicht mehr, offen die Entwicklung eines DDR-Nationalbewußtseins zuzugeben. Für Schweigler steht die Möglichkeit außer Frage, „daß sich ein DDR-eigenes Nationalbewußtsein eines Tages entwickeln wird, wenn es sich nicht heute schon teilweise entwickelt hat (und dafür gibt

---

<sup>173</sup> Heinz Heitzer, *Andere über uns. Das „DDR-Bild“ des westdeutschen Imperialismus und seine bürgerlichen Kritiker*, Berlin 1969, S. 174 ff.; ders., *Das Bild von der Deutschen Demokratischen Republik*, in: *Unbewältigte Vergangenheit*, S. 387 f.

<sup>174</sup> Staatsbewußtsein in der DDR. Eine Diskussion, in: *Politik und Kultur*, 6/1978, S. 48 ff.; W. Trehame Jones, *Was ist des (Ost-)deutschen Vaterland?*, in: *Deutschland-Archiv*, 5/1977, S. 478 ff.

<sup>175</sup> Wolfgang Pfeiler, *Zum Nationalbewußtsein in der DDR*, in: *Politik und Kultur*, 1/1977, S. 52 ff.; Heinz Pollinger, *Tradition und Nationalbewußtsein*, in: *Ebenda*, H. 3, S. 39 ff.

<sup>176</sup> Wolfgang J. Mommsen, *Nation und Nationalbewußtsein in der Gegenwart*.

es immerhin einige gute Argumente und Hinweise) ... Die politische Wirklichkeit in beiden deutschen Staaten läßt zur Zeit keinen anderen Schluß zu.<sup>177</sup> Sontheimer und Bleek sprechen noch entschiedener von einem „gestärkten Selbstbewußtsein und Gefühl nationaler Eigenart“, das „sowohl Ursache wie Folge der inneren Konsolidierung des ostdeutschen Staats“ sei und als „ein politisch höchst relevantes Phänomen ... je länger je mehr der von der Bundesrepublik behaupteten Einheit der deutschen Nation die Grundlage entzieht. Der Sozialismus der DDR ist heute nicht mehr eine Sache allein der politischen Institutionen und der Ideologie ..., er ist auch, in einer [80] spezifisch deutschen Variante, in die sozialen Denk- und Verhaltensmuster der Ostdeutschen eingedrungen.“<sup>178</sup>

Überblickt man die in diese Richtung laufenden Vorstellungen, so lassen sich nach Provenienz der Argumente und hinsichtlich der Konsequenz, mit der die realen Prozesse gegensätzlicher Nationsentwicklungen anerkannt werden, verschiedene Tendenzen feststellen.

Eine Reihe von Historikern gelangte gerade durch historischen Vergleich mit früheren „nationalen Ausgliederungen“ aus der deutschen Geschichte dazu, zumindest die Möglichkeit einer nationalen Eigenentwicklung der DDR nicht auszuschließen. Diese Einsicht wurde durch die Erkenntnis gefördert, daß ein solcher historischer Vorgang für die deutsche Geschichte kein Präzedenzfall wäre, sondern in der Abspaltung der Schweiz, im Ausscheiden Hollands und im eigenen Weg Österreichs historische Vorläufer besitzt. Als erster zog – wie bereits erwähnt – 1954 Hermann Heimpel mit dem bemerkenswerten Hinweis darauf, daß es kein „in den Sternen geschriebenes Naturrecht auf die Einheit der Nation“ gäbe, eine solche historische Analogie.<sup>179</sup> Sähe man sich die „Geschichte des Reiches und seiner Entgliederung“ genau an, so „bedarf es keiner großen historischen Phantasie mehr, um sich vorzustellen, daß ebenso wie seit dem fünfzehnten Jahrhundert die Schweizer, wie seit dem sechzehnten Jahrhundert die Niederländer so auch im zwanzigsten Jahrhundert die Sowjetzone und somit die Bundesrepublik eigene ‚Nationen‘ werden könnten.“ 1960 ließ Karl Jaspers unter Hinweis auf die Erfahrungen der deutschen Geschichte zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert die Entwicklung einer eigenen „Staatsnation“ im „deutschen Oststaat“ DDR als Möglichkeit gelten.<sup>180</sup> Ein Jahrzehnt später forderte Eberhard Schulz, schon bedrängt von den neuen politischen Realitäten, auf, ernsthaft zu überlegen, ob nach einem Vierteljahrhundert eigener geschichtlicher Entwicklung des „östlichen Teils der Nation“ nicht ebenso auch ein zunehmender Wille zu nationaler Eigenständigkeit entstehen kann, wie das zuvor in Österreich geschehen sei.<sup>181</sup> Mitte der 70er Jahre behauptete Walter Schlesinger – unter ausdrücklicher Berufung: „Es wäre nicht das erstemal, daß die deutsche Nation eine andere aus sich entläßt“ –, daß das verschiedene politische System in der DDR, das zugleich ein verschiedenes Wirtschafts- und Sozialsystem ist, im Begriffe zu sein scheint, im „zweiten deutschen Staat eine neue Nation aus sich hervorzubringen“.<sup>182</sup> Zur gleichen Zeit kam auch Wolfgang J. Mommsen nicht umhin anzuerkennen, daß die Zeichen der Entwicklung in DDR und BRD darauf [81] hindeuten, „daß sich anstelle des einen deutschen Nationalbewußtseins zwei verschiedene Formen von politischem Selbstbewußtsein entwickeln werden, die sich zwar vom traditionellen Nationalstaatsdenken stark unterscheiden, aber doch alle Züge entwickeln, die diesem eigentümlich sind.“<sup>183</sup>

Eine zweite Tendenz findet in Bemühungen ihren Ausdruck, die nationalen Differenzierungsprozesse im Rahmen einer allgemeinen Theorie der Nationsbildung als Ergebnis von Integrationen und Desintegrationen zu deuten. Lemberg, der im ganzen an der Vorstellung von der Nationseinheit noch festzuhalten vorgab und sich zu diesem Zweck vor allem in bestimmte, von Staat und Gesellschaft

<sup>177</sup> Gebhard Schweigler, Zum Nationalbewußtsein in der DDR, in: Politik und Kultur, 1/1977, S. 68.

<sup>178</sup> Kurt Sontheimer./Wilhelm Bleek, Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg 1979, S. 61. Vgl. auch: XV. Trehame Jones, Was ist des (Ost-)deutschen Vaterland?, in: Deutschland-Archiv, 5/1977, S. 478 ff.; ferner: Gibt es noch ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein? Anhörung vor dem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.6.1978, S. 5; Die deutsche Frage in der politischen Bildung. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen 1978, Bonn 1978, S. 27 ff., 130 ff.

<sup>179</sup> Hermann Heimpel, Die Wiedervereinigung im Spiegel der Geschichte, S. 28.

<sup>180</sup> Karl Jaspers, Freiheit und Wiedervereinigung, S. 46 f.

<sup>181</sup> Eberhard Schulz, Die Weiterentwicklung der deutschen Frage, S. 167 ff.

<sup>182</sup> Walter Schlesinger, Die Königserhebung Heinrich 1., S. 531.

<sup>183</sup> Wolfgang J. Mommsen, Nation und Nationalbewußtsein in der Gegenwart, S. 20.

gelöste Gemeinsamkeiten im Ethnischen und historisch Traditionellen flüchtete, hat auf Grund von „historischen Erfahrungen mit der Nationsbildung durch den Staat“ und wegen des wachsenden Gewichts gesellschaftlicher Strukturen und Ideologien gegenüber ethnischen Merkmalen ebenfalls eine eigene Nationsbildung im Rahmen der DDR als Möglichkeit konzediert.<sup>184</sup> In seiner theoretischen Sicht sind Nationen und Nationalstaaten „Ergebnisse fortdauernder Integrations- und Desintegrationsprozesse“ im Spannungsfeld zwischen Ethnischem und Sozialhistorisch-Politischem, die jeweils nur „an einem bestimmten Punkt ihres Ablaufs für einige Zeit fixiert“ werden. Für die gegenwärtige Situation in Deutschland sei kennzeichnend, daß durch den zweiten Weltkrieg und die Umwälzungen der Nachkriegszeit der 1871 fixierte „Prozeß der nationalen Integration oder Desintegration von neuem in Gang gebracht“ worden sei.

In ähnlicher Weise hat Hans Mommsen der „neuzeitlichen Nation“ ein „breites Band möglicher Realisierungen“ eingeräumt, „wobei einerseits der Prozeß zunehmender Differenzierung, andererseits wachsender Integration denkbar“ sei.<sup>185</sup> Auch er will die für die deutsche Geschichte charakteristischen und auch gegenwärtig noch wirksamen Tendenzen einer Differenzierung des Ethnos in mehrere Nationen theoretisch reflektieren. Mommsen, der – den Vorstellungen K. W. Deutschs folgend – die Entstehung von Nationen mit Prozessen arbeitsteiliger Kommunikation in Zusammenhang bringt, mißt zugleich den geschichtlichen Erfahrungen eine große Bedeutung zu. Doch unterscheidet er dabei zwischen „gemeinsam empfundener geschichtlicher Überlieferung“ und „jüngerer geschichtlich vermittelter Kollektiverfahrung“, also zwischen zurückliegender nicht erlebter Geschichte und erlebter Zeitgeschichte. Am Beispiel Österreichs, aber mit dem gleichzeitigen Blick auf die gegenwärtigen Entwicklungen in DDR und BRD, spricht er, wenn auch nur in rhetori-[82]scher Frageform, den „jüngeren, vom gesamtnationalen Standpunkt disintegrativen Tendenzen gegenüber der nachwirkenden Tradition“ die entscheidende Prägekraft für nationale Entwicklungen zu. Auch er gibt letztlich den realen Prozessen einer eigenen Nationsbildung in DDR wie BRD den Vorrang gegenüber Vorstellungen von einer Fortexistenz einer deutschen Nation.

Am weitesten gehen in der Anerkennung der geschichtlichen Realitäten jene Historiker, Soziologen und Politologen, die sich an den tatsächlichen ökonomischen, sozialen und politischen Prozessen in der DDR orientieren und damit die gesellschaftlich-historischen Grundlagen jeder Nationsbildung zu berücksichtigen suchen. Mehr oder weniger direkt oder sogar offen negieren sie die regierungsoffizielle Version von einer noch existenten nationalen Einheit der Deutschen und nehmen die sich deutlich abzeichnende Entwicklung zweier selbständiger deutscher Nationen zur Kenntnis. Im Kern erklären sie das Auseinanderfallen der früher einheitlichen deutschen Nation aus den auf entgegengesetzten gesellschaftlichen Grundlagen beruhenden eigenständigen historischen Entwicklungen in DDR und BRD. Sie wirken auch dadurch nationsumbildend, daß sie einen neuen, eigenen historischen Erfahrungsschatz schaffen, der selbständiges nationales Identitätsbewußtsein sowohl in der DDR als auch in der BRD hervorbringt.

Als einer der ersten konstatierte der Politologe Kurt Sontheimer<sup>186</sup> der Nation scharf vom Volk im ethnischen Sinne abhebt und sie als „das durch einen eigenen Staat zu einer politischen Einheit geformte oder seiner politischen Einheit bewußte Volk“ definiert<sup>187</sup>, daß infolge gegensätzlicher gesellschaftlicher und politischer Systeme in DDR und BRD selbständige nationale Entwicklungen eingeleitet wurden.

Zwar konzediert Sontheimer noch Rudimente nationaler Zugehörigkeit, „doch die prägende Kraft des politischen Systems und der durch dieses System geschaffenen sozialen Umwelt führen zu einer

---

<sup>184</sup> Eugen Lemberg, Überlebenschancen der Nation ..., a. a. O., S. 52; ders., Deutsche Einheit im Konflikt der ideologischen Weltsysteme, in: Politik und Kultur, 3/1974.

<sup>185</sup> Hans Mommsen, Auf der Suche nach der Nation, S. 565 f.; siehe auch: ders., Nationalismus und transnationale Integrationsprozesse in der Gegenwart, in: Parlament, B 9, 1.3.1980, S. 9 ff.

<sup>186</sup> Kurt Sontheimer, Begriff und Problematik der Nation in der Sicht der Bundesrepublik, in: Die Nation – Schwerpunkt Berlin, Versuch einer Deutung, 1972, S. 25 ff.; ders., Der Wille zur Einheit, in: Die Zeit, 20.10.1972; Sontheimer/Bleek, Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg 1979, S. 57 ff.

<sup>187</sup> Kurt Sontheimer, Der Wille zur Einheit.

wachsenden gegenseitigen Entfremdung der deutschen Bevölkerung in Ost und West. So bestehen heute in Deutschland auf der Grundlage einer gemeinsamen Volkszugehörigkeit zwei sich national immer stärker differenzierende Staatsvölker, die sich dank der sozialen Prägekraft ihrer unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme täglich mehr voneinander entfernen. Der Spaltungsprozeß hat nicht nur Deutschland in zwei Staaten zertrennt, er hat auch die deutsche Nation ergriffen.“<sup>188</sup> Die politische Wirklichkeit führe „eine Tag für Tag wachsende Entfremdung zwischen den beiden Bevölkerungen [83] im Sinne einer nationalen Umformung der einzelnen Bevölkerungsteile herbei“.<sup>189</sup> Bei solcher Sachlage noch von *einer* deutschen Nation zu sprechen, erklärte er, sei „weniger eine Sach- als eine Willensfrage“. Eine „echte Nation im politischen Sinne“ seien die Deutschen nicht mehr.<sup>190</sup> Um doch noch eine Brücke zur offiziellen Regierungspolitik der BRD zu erhalten, ließ er „eine Art Restnation“<sup>191</sup> bestehen, die noch eine gewisse schmale Basis für den angeblichen Willen zu einer Nation abgeben soll.

1973 kam der in den USA ausgebildete Soziologe Gebhard Schweigler auf Grund umfangreicher soziologischer Untersuchungen über das „Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR“ zu dem Schluß, daß ein „Nationalbewußtsein, bezogen auf die DDR, ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein verdrängt zu haben“ scheint und sich im Laufe der Zeit noch wesentlich festigen wird. „Damit aber wird die Einheit der Nation Deutschland als Bewußtseinsnation immer mehr in Frage gestellt.“<sup>192</sup> Im gleichen Jahr qualifizierte der Jurist Kitzmüller gemeinsam mit den Historikern Kuby und Niethammer in einer Studie über den „Wandel der nationalen Frage in der Bundesrepublik Deutschland“, ebenso wie Schweigler von kommunikationstheoretischen Vorstellungen ausgehend, die gesellschaftlichen Prozesse in DDR und BRD als eine „Entwicklung der Binationalisierung in Deutschland“. Die „beiden deutschen Staatsgesellschaften“ seien „auf dem Wege..., je eigene Nationen zu werden“.<sup>193</sup> Sie wiesen nach, daß die eigentliche nationale Frage in der BRD nicht mehr die regierungsoffiziell angestrebte Wiedervereinigung ist, sondern vielmehr „die Aushöhlung der nationalen Demokratie durch die wirtschaftliche Integration Westeuropas“.<sup>194</sup> Was das Verhältnis zur DDR betrifft, so schlußfolgerten sie: „Wenn eine Nation u. a. durch hohe Innenkommunikation auf allen Gebieten und als Folge davon durch gemeinsame Werte und Einstellungen sowie durch einen kollektiven Willen zur politischen Selbstgestaltung als Einheit ausgezeichnet wird, so entsprechen die Bevölkerungen der DDR und der BRD zusammen diesem Begriff nicht mehr, wohl aber in wachsendem Maße jede einzeln.“<sup>195</sup>

In jüngster Zeit kennzeichnete der Historiker Andreas Hillgruber die Entwicklung von DDR und BRD im Sinne einer historisch nicht erstmaligen Tendenz „der Herausbildung neuer Nationen aus einem älteren nationalen Verband“,<sup>196</sup> hervorgerufen durch eine „Abgrenzungsrealität“, „die mit der Dauer und der zunehmenden Stärke der Prägekraft, die von unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen ausging – das Bewußtsein der Deutschen in der Bundesrepublik wie [84] in der DDR nachhaltig“ bestimmt. Gegenläufige Bewegungen reichten nicht aus, „sich gegenüber der Tendenz zum immer weiteren Auseinanderleben von Bundesrepublik und DDR durchzusetzen“.

Die wachsenden Einsichten in die Realität einer nationalen Eigenentwicklung der DDR stehen fast durchweg in direkter Verbindung mit Überlegungen zur Charakterisierung des nationalen Status der BRD, ja werden im Grunde daraus abgeleitet. Das Hauptanliegen der verschiedenen Autoren besteht

---

<sup>188</sup> Ebenda.

<sup>189</sup> Ders., Begriff und Problematik der Nation, a. a. O., S. 30.

<sup>190</sup> Ders., Der Wille zur Einheit, a. a. O.

<sup>191</sup> Ebenda.

<sup>192</sup> Gebhard Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, S. 99 f.

<sup>193</sup> Erich Kitzmüller/Heinz Kuby/Lutz Niethammer, Der Wandel der nationalen Frage in der Bundesrepublik Deutschland, in: Das Parlament, B 33, 1973, S. 14.

<sup>194</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>195</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>196</sup> Andreas Hillgruber, Zerbricht die Nation? Versuch einer Bestimmung des deutschen Nationalbewußtseins, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.11.1976; ders., Deutsches Nationalbewußtsein heute – in zeitgeschichtlicher Perspektive, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik, 4. Jg., 3/4/1976.

darin, die BRD nicht mehr als ein bloßes, auf eine längst illusionäre deutsche Wiedervereinigung festgelegtes Provisorium erscheinen zu lassen, sondern ihr grundsätzlich gesellschaftliche, staatliche und nationale Eigenständigkeit zuzuerkennen. Hinter der Forderung, daß sich auch die BRD als selbständige Nation verstehen müsse, steht die zumeist recht offen ausgesprochene Absicht, die Bevölkerung fest an das als freiheitliche Demokratie apostrophierte staatsmonopolistisch-kapitalistische System zu binden, ihre Identifizierung mit Staat und Gesellschaft in der BRD zu fördern und auf diese Weise zur inneren Stärkung der BRD beizutragen.

In diesem Sinne forderte Sontheimer bereits Anfang der 70er Jahre als einer der ersten ein allein auf die Verhältnisse in der BRD fixiertes Nationalbewußtsein ihrer Bürger. Den „neuen Nationalismus“, der sich in der BRD seit Mitte der 60er Jahre entwickelte, kennzeichnete er als eine sich fern von Wiedervereinigungsillusionen entwickelnde Erscheinung, die ein neues Staats- und Nationalbewußtsein zum Ausdruck brächte.<sup>197</sup> Andere schlossen sich dieser Sicht der Dinge an. Schweigler wies an soziologischen Untersuchungsergebnissen nach, daß das nationale Verständnis der BRD-Bevölkerung in erster Linie nicht am Deutschen Reich oder an einer deutschen „Kulturnation“, sondern an den konkreten und spezifischen Verhältnissen dieses deutschen Staates sich orientiert.<sup>198</sup> Kuby, Kitzmüller und Niethammer machten entschiedene Front gegen die regierungsoffizielle Identifizierung von nationaler Frage und „innerdeutscher Wiedervereinigung“ und begründeten die eigenen nationalen Interessen der BRD vor allem aus den realen Konfrontationen zur westeuropäischen Integrationspolitik der Monopole.<sup>199</sup> Niethammer qualifizierte die BRD als „eine Art Krypto-Nation mit einem zunehmenden Selbstgefühl von der eigenen, zuerst ökonomischen, jetzt auch vermehrt politischen Bedeutung ... Die Bundesrepublik erfüllt zunehmend den Begriff einer Nation, wie er im westlichen Sprachgebrauch üblich ist.“ Den in der BRD wirksamen „Vorgang einer nationalen Vergemeinschaftung durch gesellschaftliche Ordnung, Konsens und Verhalten“ [85] bezeichnet er als „die liberal-kapitalistische Variante jenes Nationsbegriffs“, den die SED mit entgegengesetztem, sozialistischem Inhalt für die DDR zur Geltung bringt.<sup>200</sup> Der Bundeswehr-Politikwissenschaftler Michael Hereth wandte sich energisch gegen die „offizielle Betonung des provisorischen Charakters der Bundesrepublik Deutschland“, die sich aus der fortdauernden Orientierung auf eine deutsche Wiedervereinigung ergebe, und verlangte, die BRD als eine Neugründung zu akzeptieren und ein entsprechendes Bewußtsein unter der Bevölkerung zu verbreiten.<sup>201</sup> Ludz, der die BRD ebenfalls „im begrenzten Sinne einer Staatsnation“ verstand, warnte Mitte der 70er Jahre mit der Bemerkung: „die in den Begriffen Staatsnation und Kulturnation liegenden historischen Belastungen verhindern die endgültige Zustimmung des Bundesbürgers zu seinem Staat“, durch nationale Einheitspropaganda die Bindung der BRD-Bevölkerung an den Staat zu vernachlässigen oder gar zu hemmen.<sup>202</sup>

Damit einher gingen gleichzeitige Bestrebungen, das Nationalbewußtsein der BRD-Bürger durch Förderung eines eigenen bundesdeutschen Geschichtsbewußtseins, das der BRD-Geschichte selbst einen gebührenden Platz einräumt, historisch zu untermauern. Die Mitte der 70er Jahre eingerichtete Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ im Westberliner Reichstagsgebäude machte die stärkere Gewichtung einer eigenen BRD-Geschichte bei merklicher Zurückhaltung gegenüber „gesamtdeutschen“ Aktivitäten sichtbar.<sup>203</sup> Inzwischen hat sich diese Tendenz wesentlich verstärkt. Der 30. Jahrestag der BRD-Staatsgründung machte offenkundig, wie stark sich die BRD-Zeitgeschichtspraganda auf die Geschichte ihres Staates konzentrierte und gesamtdeutsche Aspekte auffällig vernachlässigte, nicht zuletzt weil auf diesem Gebiet nicht nur nichts Positives zu gewinnen

---

<sup>197</sup> Kurt Sontheimer, Begriff und Problematik der Nation, S. 36 ff.

<sup>198</sup> Gebhard Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, S. 106 ff.

<sup>199</sup> Erich Kitzmüller/Heinz Kuby/Lutz Niethammer, Der Wandel der nationalen Frage in der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O.

<sup>200</sup> Lutz Niethammer, Bundesrepublik und Nation, in: Politik und Kultur, 2/1977, S. 31.

<sup>201</sup> Michael Hereth, Das Gerede von der Einheit, in: Die Zeit, 8.6.1979.

<sup>202</sup> Peter Christian Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft. Bundesrepublik und DDR in der Welt von morgen. Ein politischer Essay, München 1974, S. 104.

<sup>203</sup> Fragen an die deutsche Geschichte. Katalog, o. O., o. J., S. 171 ff.: Raum VII: Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik.

war, sondern auch das Schuldkonto des BRD-Imperialismus an der Spaltung Deutschlands und damit an der Zerstörung der ehemals einheitlichen deutschen Nation nicht ganz zu verhüllen wäre.<sup>204</sup> Am rigorosesten forderte erneut Sontheimer, sich endlich „intensiver als bisher mit der Geschichte der BRD zu beschäftigen und ein ihr eigenes historisches Bewußtsein zu entfalten“.<sup>205</sup> Die dreißigjährige eigene Entwicklung der BRD gäbe bereits „eine gute historische Grundlage für ein gesundes Selbstbewußtsein, ja ein eigenes Nationalbewußtsein“ ab, das umsichtig gepflegt werden müßte. Auch wenn Sontheimer im ethnischen Sinne die Deutschen noch für eine Nation hält – die für das politische Selbstverständnis unverzichtbare nationale Identität der Bundesbürger könne nur auf dem gesellschaftlichen Boden der BRD gewonnen werden, was Be-[86]kenntnis zu den „westlichen Lebensformen“ und zur „Zugehörigkeit zum Westen“ verlange.

Auch die den neuen nationalen Realitäten auf deutschem Boden am weitesten gerecht werdenden bürgerlichen Gesellschaftswissenschaftler bleiben mit ihren Einsichten in bestimmten, durch den bürgerlichen Klassenstandpunkt gesetzten Grenzen. Fast alle lassen erstens noch bestimmte Hintertüren zu einer einheitlichen deutschen Nation offen, sei es, daß sie zu einer Art „Willensnation“ erklärt oder – wie bei Sontheimer – unter Mißachtung der wohl erkannten und auch ausgesprochenen Unterschiede zwischen Ethnos und Nation zu einer „Nation im ethnischen Sinne“ umstilisiert wird. Zweitens wird die nationale Eigenentwicklung in der DDR wie in der BRD zwar als eine mehr oder weniger stark wirkende historische Tendenz begriffen, nicht jedoch die Unumkehrbarkeit einer sozialistischen Nationsentwicklung auf dem Boden der DDR anerkannt. Drittens scheuen sich fast alle, die sich dem Problem der selbständigen Nationsbildung in der DDR stellen und dabei auch die neuen gesellschaftlichen Grundlagen in Anschlag bringen, den sozialhistorisch neuen Typ der Nation in der DDR zu bezeichnen, von einer sich hier entwickelnden sozialistischen deutschen Nation zu sprechen, die im Gegensatz zur bürgerlichen deutschen Nation in der BRD steht.

Eigenständige Nationsbildungen auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert, die Formierung einer sozialistischen Nation in der DDR und die Fortexistenz einer kapitalistischen Nation in der BRD lassen sich nur auf dem Hintergrund der komplizierten Entwicklungsprozesse des durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleiteten weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus begreifen, der nach dem zweiten Weltkrieg in eine neue Etappe trat. Es handelt sich hier um Nationsbildungen eigener, gänzlich neuer Art. Sie sind nicht erstmaliger Zusammenschluß verschiedener Bevölkerungsgruppen zur neuen sozialen Einheit Nation überhaupt, wie er in weiten Teilen vor allem der sogenannten dritten Welt noch heute im Gange ist, sondern sie erfolgen in Kämpfen um die notwendige Erneuerung der gesellschaftlichen Existenzgrundlagen einer im 19. Jahrhundert auf kapitalistischen Verhältnissen bereits voll ausgebildeten deutschen Nation.

Die Aufgabe der sozialen Umwandlung dieser bürgerlichen deutschen Nation stand seit Beginn des 20. Jahrhunderts auf der Tagesordnung. Der erste Versuch, die Nation sozial zu erneuern, das heißt die ihrer freien Entfaltung im Wege stehenden gesellschaftlichen Bedingungen zu verändern, sie sozialistisch umzugestalten, scheiterte [87] mit der Niederlage der Novemberrevolution 1918/1919. Die imperialistische Bourgeoisie blieb an der Spitze der Nation und führte sie im zweiten Weltkrieg an den Rand ihrer Existenz. Die Ausschaltung dieser Kräfte und die Übernahme der Führung der Nation durch die Arbeiterklasse war die wichtigste geschichtliche Lehre zweier nationaler Katastrophen. Sollte die Zukunft der deutschen Nation und ihre Einheit gewährleistet werden, mußte der Imperialismus beseitigt, eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung erzwungen und so der Weg zum Sozialismus geöffnet werden. Die Zerschlagung des Faschismus durch die Armeen der Antihitlerkoalition, insbesondere durch die

---

<sup>204</sup> 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Wandel und Bewährung einer Demokratie. Ein politisches Lesebuch, hrsg. von Pitt Severin und Hartmut Jetter, München 1974; Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hrsg. von Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1974; Kurt Sontheimer, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik, S. Aufl., München 1976; ders., Die verunsicherte Republik: Die Bundesrepublik nach 30 Jahren, München 1979; Hans Karl Rupp, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung. Eine Einführung, Stuttgart – Berlin(West) – Köln – Mainz 1978; Die Bundesrepublik Deutschland: Entstehung, Entwicklung, Struktur, hrsg. von Wolf-Dieter Narr und Dietrich Thränhardt, Königstein/Ts. 1979.

<sup>205</sup> Kurt Sontheimer, Warum ich keine andere Republik will. Plädoyer für ein bundesrepublikanisches Nationalbewußtsein, in: Deutsche Zeitung, 1 2./13.4.1979.

Sowjetarmee, schuf die reale Chance, die geschichtlich erforderliche soziale Umgestaltung der deutschen Nation auf dem gesamten, vom Potsdamer Abkommen festgelegten deutschen Territorium durchzuführen. Die Arbeiterklasse rang unter Führung der SED bis an die äußerste Grenze um eine Verwirklichung dieser Möglichkeit in ganz Deutschland.<sup>206</sup> Sie strebte eine den Bedingungen des Potsdamer Abkommens entsprechende einheitliche antifaschistisch-demokratische deutsche Republik als Rahmen für die offene politische Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie um die Führung der Nation an. Die deutsche Bourgeoisie wich jedoch diesem offenen Kräfteingen in einem einheitlichen Staat aus. Gestützt auf die imperialistischen Westmächte und besonders auf den USA-Imperialismus, verhinderte sie die Durchführung des Potsdamer Abkommens in den Westzonen, spaltete Deutschland wirtschaftlich und staatlich, integrierte die 1949 gegründete BRD in das imperialistische Paktsystem der NATO und zerstörte so Schritt um Schritt die Einheit der deutschen Nation.

Der Imperialismus war noch stark genug, um die Erneuerung der sozialen Grundlagen des nationalen Lebens in den Westzonen zu unterbinden. Keine Macht der Welt aber vermochte den 1945 eingeleiteten Durchbruch zum historischen Fortschritt auf dem Boden der heutigen DDR mehr rückgängig zu machen. Mit der siegreichen antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der sozialistischen Revolution entstanden hier neue gesellschaftliche Grundlagen für die Nation. Eine objektive Gesetzmäßigkeit der neuen welthistorischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus begann zu wirken: Wo immer die sozialistische Gesellschaft aufgebaut wird, erfolgt zugleich auch die Umwandlung der vormals kapitalistischen zu einer sozialistischen Nation. Mit der Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse gewann die Nation in der DDR einen neuen sozialen Inhalt, entstand eine sozialistische deutsche Nation.

[88] Da sich der soziale Erneuerungsprozeß nicht, wie es der Regelfall ist, auf dem ganzen Territorium der im 19. Jahrhundert durch den Kapitalismus konstituierten deutschen Nation vollziehen konnte, sondern der Sozialismus sich nur auf einem Teil davon durchsetzte, während der andere Teil im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsformation verblieb, führte das zwangsläufig zur Auflösung des einheitlichen deutschen Nationalverbandes, zur Neubildung zweier deutscher Nationen auf unterschiedlichen sozialen Grundlagen. Mit der Verwirklichung des Sozialismus in der DDR formiert sich die sozialistische deutsche Nation; auf kapitalistischen Grundlagen existiert die bürgerliche deutsche Nation in der BRD weiter, die unter den Bedingungen der staatsmonopolistisch-kapitalistischen Entwicklung und der imperialistischen Integrationsprozesse einige spezifische Züge aufweist.

Die Entstehung zweier deutscher Nationen unterschiedlichen sozialhistorischen Typs aus einem ehemals einheitlichen bürgerlichen deutschen Nationalverband ist das konkrete Resultat langer und tiefgreifender historischer Auseinandersetzungen um die den gegenwärtigen Epochenanforderungen und -bedingungen entsprechende Umgestaltung einer konstituierten bürgerlichen Nation. Sie ergab sich daraus, daß die notwendige Neugestaltung nur auf einem Teil des nationalen Territoriums gelang. Der Fortschritt zum Sozialismus auf deutschem Boden und damit die Bildung einer sozialistischen deutschen Nation in der DDR ist irreversibel. Auch um die BRD wird der Sozialismus keinen Bogen machen, und damit werden auch die gesellschaftlichen Grundlagen der Nation eine neue, sozialistische Qualität annehmen. Die Entscheidung darüber, ob es dann zur Bildung einer einheitlichen deutschen Nation kommt oder der gegenwärtige Status zweier Nationen bleibt, hängt von der Gesamtheit der konkreten geschichtlichen Bedingungen ab, die heute nicht voraussehen sind. „In welchen Formen die europäischen Völker ihr Zusammenleben gestalten werden, wenn auch Westeuropa, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, den Weg des Sozialismus beschritten hat, wird die Zukunft zeigen.“<sup>207</sup>

---

<sup>206</sup> Vgl. dazu: Geschichte der SED. Abriß, S. 83, 120 f., 132, 154 ff., 172 f., 180 f., 209 f., 331 ff., 362 f., 435, 443 f., 491 ff.; Alfred Kosing/Walter Schmidt, Zur Herausbildung der sozialistischen Nation in der DDR, in: Einheit, 2/1974, S. 179 ff.; Alfred Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart, S. 94 ff.

<sup>207</sup> Erich Honecker, Zügig voran bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitag, in: Reden und Aufsätze, Bd. 2, S. 241.